Werkstattbericht der
Forschungs- und
Dokumentationsstelle zur
Analyse politischer und
religiöser Extremismen
in Niedersachsen (FoDEx)

9
—
21

Demokratie-Dialog

Der Sozialist und der Staatsschutz
Tobias Neef-Methfessel

Zwischen Schein und Sein
Marvin Hild

Niedersächsische Rechtsparteien in Corona-Zeiten
Florian Finkbeiner

Inhalt

Linker Radikalismus

Der Sozialist und der Staatsschutz
Politbiografische Skizze zu Karl Hofmann
Tobias Neef-Methfessel 2

Der Umgang mit der NS-Vergangenheit zwischen Kritik und Tradition
Historische Sinnbildung in Leser*innenbriefen zum Dokumentationsort der Reichserntedankfeste am Bückeberg
Liam Harrold 13

Das Gesetz der abnehmenden Responsivität: Warum wir eine Amtszeitbegrenzung brauchen
Ein Kommentar
Simon T. Franzmann 18

Zur Konstitution und Stabilität von Milieus
Gegenkultur(en) und Szenen in politischen Transitionsphasen am Fallbeispiel des „roten Hannovers“
Philipp Scharf 30

Radikaler Islam

Der deutsche *Telegram*-Kanal des „Islamischen Staates“
Ein Einblick in die Online-Aktivitäten des Deutschsprachigen Islamkreises Hildesheim
Joris Sprengeler 38

Zwischen Schein und Sein
Wie sich niedersächsische DITIB-Funktionäre in sozialen Medien äußern
Marvin Hild 43

Rechtsradikalismus

Niedersächsische Rechtsparteien in Corona-Zeiten
Florian Finkbeiner 54

„Wir gehen dahin, wo wir den Wind von vorn bekommen.“
Die NPD in Göttingen während der „langen Siebziger“
Katharina Trittel / Sören Isele 63

Wie die „Neue Rechte“ mit der AfD hadert
Zur Partei- und Organisationsfrage der radikalen Rechten
Florian Finkbeiner 78

Neef-Methfessel, Tobias (2021): „Der Sozialist und der Staatsschutz. Politbiografische Skizze zu Karl Hofmann." In: Demokratie Dialog 9 (2021), S. 2–12. doi:10.17875/gup2021-1768

Der Sozialist und der Staatsschutz

Politbiografische Skizze zu Karl Hofmann

Tobias Neef-Methfessel

Im Januar 1950 wurde in Niedersachsen die „Informationsstelle", in der Folgezeit auch als „Nachrichtenstelle" bezeichnet, gegründet, die 1954 nach einigen Umstrukturierungen in „Niedersächsisches Landesamt für Verfassungsschutz" umbenannt wurde. Gegründet wurde diese Informationsstelle unter der Ägide ihres ersten Leiters Karl Hofmann.

Indes: Seine Ausbildung prädestinierte Hofmann nicht gerade für die Leitung eines Nachrichtendienstes. Der gelernte Bierbrauer hatte die längste Zeit seines Lebens als Buchhalter gearbeitet, war in der Zeit des Nationalsozialismus einige Jahre arbeitslos gewesen und hatte bis kurz vor Kriegsende in einem Kohlenhandel sein Auskommen gefunden. Danach begann eine steile politische Karriere, die ihn über das Ministerium für Entnazifizierung schlussendlich in die Leitung des niedersächsischen Verfassungsschutzes brachte. In den vorliegenden Studien zur Genese des Bundesamtes für Verfassungsschutz sowie des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes[1] nimmt Hofmann nur eine randständige Rolle ein. Gleichwohl lassen sich anhand von Hofmanns Biografie die Ambivalenzen, die dem Neuaufbau der Sicherheitsstrukturen nach dem Nationalsozialismus innewohnten, treffend herausarbeiten: Hofmann war in den Jahren des Nationalsozialis-

1 Goschler, Constantin/Wala, Michael: „Keine neue Gestapo": Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die NS-Vergangenheit, Hamburg 2015; Hett, Benjamin Carter/Wala, Michael: Otto John: Patriot oder Verräter. Eine deutsche Biographie, Hamburg 2019; Buschfort, Wolfgang: Geheime Hüter der Verfassung. Von der Düsseldorfer Informationsstelle zum ersten Verfassungsschutz der Bundesrepublik (1947–1961), Paderborn 2004.

mus Widerständler, überzeugter Sozialist und politischer Aktivist. Seiner politischen Nachkriegskarriere, die im Ausschuss für Wiederaufbau der Stadt Hannover begann und in der Leitung des Niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz ihr Ende fand, ging ein jahrelanges, kompromissloses politisches Engagement voraus, das Hofmann eng mit wichtigen Personen in der Nachkriegsgeschichte der niedersächsischen Sozialdemokratie zusammenschweißte.

Zugleich zeigt sich an seiner politischen Biografie die strukturelle Macht, mit der Organisationen auf ihre Akteure einwirken und so deren Wahrnehmungs- und Handlungsweisen prägen. Der Sozialist Hofmann verstirbt 1959 an einem Herzinfarkt auf dem Höhepunkt eines Skandals um sein Amt, der ausgerechnet durch die Offenlegung der nationalsozialistischen Vergangenheit eines seiner engsten Mitarbeiter initiiert wird. In Hofmanns politischer Biografie bricht sich daher in eigentümlicher Weise der Antagonismus, den der Historiker Dominik Rigoll als kennzeichnend für die Geschichte des Staatsschutzes in Westdeutschland ansieht: Der strukturbildende Konflikt der Nachkriegszeit zwischen einer gesellschaftlichen Mehrheit, die im Nationalsozialismus mitmarschiert war, und einer Minderheit, die sich ihm verweigert hatte.[2] Hofmanns Weg vom sozialistischen Widerstand in das in besonderem Maße durch Kontinuitäten von nationalsozialistischen Beamten geprägte sicherheitspolitische Feld und der abschließende Sturz Hofmanns ausgerechnet über die Vergangenheit eines engen Mitarbeiters irritieren zunächst das von Rigoll skizzierte Verhältnis dieser beiden gesellschaftlichen Gruppen: Anders als die meisten aus dem Widerstand im Nationalsozialismus geborenen Karrieren endet die Hofmanns nicht aufgrund der Rückkehr der sog. „131er"[3] in die Verwaltungsapparate, sondern Hofmann etabliert sich so fest in seinem Amt, dass er sogar den Machtwechsel zwischen 1955 und 1957 überdauert. Zugleich stürzt er als Sozialdemokrat über innerparteiliche Anforderungen, die ihn als Widerständler in seinem Verhältnis zu einem „131er" adressieren.

Die hiesige Darstellung, die allenfalls als Skizze der politischen Biografie Hofmanns verstanden werden kann, analysiert dessen Karriere vor dem Hintergrund eines sich wandelnden strukturellen Umfeldes in zwei Teilen. Der erste, hier vorliegende Teil widmet sich seiner politischen Biografie bis zum Kriegsende und der Geschichte des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK), der zwischen 1925 und 1945 Hofmanns politische und soziale Heimat darstellte. In ihm soll dargelegt werden, wie die politische Praxis Hofmanns vor seiner Ministerialkarriere aussah, welche Leitbilder und politischen Ambitionen ihn und sein politisches Umfeld prägten, bevor seine Karriere auf dem sicherheitspolitischen Feld begann.

Der Weg zum ISK

1901 im ostwestfälischen Uffeln geboren, wuchs Hofmann zunächst in Kassel und später in Hannover auf.[4] In den Jahren vor dem ersten Weltkrieg zogen seine Eltern nach Hannover Linden.[5] 1915 begann Hofmann eine Ausbildung als Bierbrauer, 1920 bekam er eine Stelle als Buchhalter bei Continental, und schon 1919 trat er der SPD bei, in der er sich den Jungsozialisten anschloss. Hofmann war Teil des marxistischen „Hannoveraner Kreises", der eng mit dem „Internationalen Jugendbund" (IJB), einer Gruppe, die 1918 unter anderem von dem Göttinger Philosophen Leonard Nelson gegründet wurde, zusammenarbeitete. Der IJB war ein akademischer Zirkel, der es sich zum Ziel gemacht hatte, Kader für sozialistische und gewerkschaftliche Gruppen auszubil-

2 Rigoll, Dominik: Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr, Göttingen 2013, S. 21–22.

3 Als 131er werden Beamte bezeichnet, die im Zuge der Entnazifizierung zunächst für die Wiederverwendung gesperrt und erst ab 1951 wieder zugelassen wurden.

4 Personalakte Karl Hofmann, Niedersächsisches Landesarchiv, Nds. 100, Acc. 2006/070 Nr. 25.

5 Interview Familienangehörige_r.

den. Der Ansatz, den der IJB in den Jahren nach 1919 vertrat, lässt sich am ehesten als „ethischer Sozialismus" bezeichnen: Ein philosophisch begründetes Gleichheits- und Freiheitsverständnis bildete die Grundlage für eine internationalistische, antimilitaristische, antiklerikale, demokratiekritische und auf die Vergemeinschaftung der Produktionsmittel abzielende Gesellschaftsidee.[6] Die Nelsonianer drängten in den Folgejahren in die Gewerkschaften, die KPD und die SPD, wo sie es sich zum Ziel machten, unter den jungen Mitgliedern für ihren gesellschaftlichen Erziehungsauftrag zu werben. Innerhalb der SPD näherten sich die Nelsonianer dem linken Flügel der Jungsozialisten an, mit denen sie gemeinsam gegen die reformistische und insbesondere gegen die KPD ausgerichtete Parteilinie opponierten. Das Agieren der Mitglieder des IJB führte jedoch schnell zu Irritationen: 1922 reagierte der Parteivorstand der KPD mit einem Unvereinbarkeitsbeschluss, 1925 zog die SPD nach. Das sektiererisch anmutende, oftmals klandestin erscheinende Auftreten der IJBler_innen irritierte nicht nur habituell, sondern die Nelsonianer hatten die Zusammenarbeit mit dem linken Flügel der Jungsozialisten zu einer Wirksamkeit gebracht, die die Parteiführung beunruhigte. In Hannover verließen zusammen mit den Mitgliedern des IJB einige in die Organisation aufgenommene Jungsozialisten aus dem „Hannoveraner Kreis" die Partei, und als infolge dieser Krise des IJB der „Internationale Sozialistische Kampfbund" (ISK) gegründet wurde, stellten die Arbeiter_innen innerhalb der Organisation die größte Gruppe dar. Hofmann muss irgendwann zwischen 1919 und 1925 dem IJB beigetreten sein, zumindest gehörte er 1925 zu der „Kerngruppe" im IJB, welche infolge des Unvereinbarkeitsbeschlusses die Gründung des ISK in Hannover zum 01.01.1926 vorbereitete. [7] Hofmann, der zu diesem Zeitpunkt schon mit seiner späteren Ehefrau Margarethe (Grete) Hofmann zusammenlebte, nahm in den Folgejahren eine zentrale Rolle innerhalb der Gruppe ein: Er wurde der erste Vorsitzende des Ortsverbandes, und die Wohnung der beiden war einer der zentralen Treffpunkte des ISK in Hannover. Auch die Folgewohnungen, die zeitweise zusammen mit zwei eng verbundenen Genossen bewohnt wurden, blieben ein zentraler Treffpunkt.[8]

Nelson verstarb 1927 und an seine Stelle trat der spätere Mitautor des Godesberger Programms, Willi Eichler. Eichler und die Sozialistin Minna Specht nutzten die Zeit nach Nelsons Tod, um den ISK zu modernisieren: sie reduzierten die Anforderungen an die Mitglieder und fokussierten in der Gruppenarbeit tagespolitische Themen.

Der Weg in den Untergrund

Das hing nicht zuletzt damit zusammen, dass sich der ISK der Gefahr, die vom aufkommenden Faschismus ausging, schon früh bewusst war. Seit 1929 konzentrierten sich die Bestrebungen der Gruppe zusehends darauf, eine linke Einheitsfront zu schaffen. Im Zuge dessen wurden die eigenen demokratiekritischen und führerorientierten Positionen einer Revision unterzogen: An ihre Stelle trat die Kritik an populistischen Elementen der parlamentarischen Demokratie, die es Demagog_innen ermögliche, Mehrheiten zu bilden und gegen das Gemeinwohl zu positionieren.[9] Im Gegensatz zur Agitation des IJB adressierte der ISK die Öffentlichkeit: Er organisierte Aufmärsche und

6 Zum IJB, Nelson und dem fast sektenhaften Führungsstil siehe insbesondere: Walter, Franz: »Republik, das ist nicht viel«: Partei und Jugend in der Krise des Weimarer Sozialismus, Bielefeld 2014, S. 124 ff., sowie Klär, Karl-Heinz: Zwei Nelson-Bünde: Internationaler Jugend-Bund (IJB) und Internationaler Sozialistischer Kamp-Bund (ISK) im Lichte neuer Quellen, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Jg. 18 (1982), H. 3, S. 310–359.

7 Döscher-Gebauer, Susanne/Schmid, Hans-Dieter/Schmiechen-Ackermann, Detlef: Linkssozialistischer Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur in Hannover, Leipzig 2015, S. 80.

8 Döscher-Gebauer/Schmid/Schmiechen-Ackermann 2015, S.80–81.

9 Klär: Zwei Nelson-Bünde, S. 322.

Demonstrationen und brachte ab 1932 eine eigene Tageszeitung mit geringer Auflage, jedoch hoher gesellschaftlicher Strahlkraft heraus: *Der Funke* veröffentlichte am 25.06.1932 auch einen der bekanntesten Appelle für die Linke Einheitsfront, unterzeichnet von prominenten Persönlichkeiten aus dem Umfeld des ISK, wie etwa Karl und Käthe Kollwitz, Erich Kästner, Franz Oppenheimer, Heinrich Mann, Paul Oestreich, Theodor Plivier, Erich Zeigner und Albert Einstein.

Abb: Karl Hofmann, Foto unbekannten Datums, ca. 1950–1959. *Quelle: Niedersächsischer Verfassungsschutz.*

Dementsprechend äußerte sich auch Hofmann im Juli 1932 im *Funke* über eine geglückte Aktion nahe Hannovers, bei der Teile des lokalen Reichsbanners zusammen mit der KPD und der lokalen Arbeitslosenvereinigung einen Aufmarsch durchgeführt hatten. Hofmann reklamierte die Versuche der KPD, sich in den Vordergrund zu stellen und Parteipolitik zu betreiben, resümierte jedoch: „Welch ein Ereignis für alle, die am Aufbau der Einheitsfront arbeiten und immer wieder erleben müssen, wie bei Genossen die einfachste Erkenntnis für die heute notwendige Arbeit so klar ist, während die Führer sich durch Gehässigkeiten und Theoretisiererei immer mehr auseinander diskutieren. […] Die Kundgebung wird eröffnet. Der Reichsbanner-Genosse, nicht im Redefluss von Konferenzen, aber einfach und gerade, zeigt die Notwendigkeit der Einheitsfront in

Dringender Appell für die Einheit

Die Bestrebungen für die Bildung einer antifaschistischen Front, um deren Zustandekommen sich die Arbeiterschaft gerade in jüngster Zeit auf verschiedene Weise bemüht, werden unterstützt durch den hier folgenden Aufruf:

Dringender Appell!

Die Vernichtung aller persönlichen und politischen Freiheit in Deutschland steht unmittelbar bevor, wenn es nicht in letzter Minute gelingt, unbeschadet von Prinzipiengegensätzen alle Kräfte zusammenzufassen, die in der Ablehnung des Faschismus einig sind. Die nächste Gelegenheit dazu ist der 31. Juli.

Es gilt diese Gelegenheit zu nutzen und

endlich einen Schritt zu tun

zum Aufbau einer einheitlichen Arbeiterfront, die nicht nur für die parlamentarische, sondern auch für die weitere Abwehr notwendig sein wird.

Wir richten an jeden, der diese Ueberzeugung mit uns teilt, den dringenden Appell, zu helfen, daß ein Zusammengehen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei für diesen Wahlkampf zustande kommt, am besten in der Form gemeinsamer Kandidatenlisten, mindestens jedoch in der Form von Listenverbindung. Insbesondere in den großen Arbeiterorganisationen, nicht nur in den Parteien, kommt es darauf an, hierzu allen erdenklichen Einfluß aufzubieten.

Sorgen wir dafür, daß nicht Trägheit der Natur und Feigheit des Herzens uns in die Barbarei versinken lassen!

Chi-yin Chen, Willi Eichler, Albert Einstein, Karl Emonts, Anton Erkelenz, Kurt Großmann, E. J. Gumbel, Walter Hammer, Theodor Hartwig, Kurt Hiller, Maria Hodann, Erich Kästner, Karl Kollwitz, Käthe Kollwitz, Arthur Kronfeld, E. Lanti, Otto Lehmann-Rußbüldt, Heinrich Mann, Paul Oestreich, Franz Oppenheimer, Theodor Plivier, Paul von Schoenaich, August Siemsen, Minna Specht, Helene Stöcker, Ernst Toller, Erich Zeigner.

Wir begrüßen aufs wärmste diesen wahrhaft dringenden Appell, der zeigt, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Einheitsfront und die Bereitwilligkeit, für sie zu arbeiten, alle Kreise erfaßt hat, die überhaupt an der Verhinderung einer faschistischen Herrschaft interessiert sind.

Wir hoffen, daß den hier veröffentlichten Unterschriften in kürzester Zeit viele andere folgen werden.

Zustimmungserklärungen zu dem Aufruf werden erbeten an eine der folgenden Adressen:

Anton Erkelenz, Berlin-Zehlendorf, Teichstr. 20.
Kurt Großmann, Berlin-Charlottenburg 4, Wilmersdorfer Straße 86.
Maria Hodann, Berlin N 65, Adolfstr. 19.
Karl und Käthe Kollwitz, Berlin N 58, Weißenburger Straße 25.
Otto Lehmann-Rußbüldt, Berlin NW 40, Spenerstraße 11.

Dringender Appell für die Einheitsfront, aus: Der Funke vom 25.06.1932, S. 2. Quelle: *Archiv der Sozialen Demokratie*, abrufbar unter: https://library.fes.de/inhalt/digital/funke/pdf/1932/19320625.pdf.

Obernkirchen auf und sagt, dass sie ehrlich die Einheitsfront wollen und fordert jeden auf, ehrlich gegen den Faschismus zu kämpfen. Dann der Kommunist! Größer der Wortschwall, weniger klar der Gedanke. [...] Das öftere Erwähnen der antifaschistischen Aktion zeigt, daß sich bei ihm noch nicht der Gedanke einer wirklichen Einheitsfront gegenüber der Parteischablone durchgesetzt hat."[10] Mit diesem Artikel folgte Hofmann treu der strategischen Linie des ISK, denn entgegen der kommunistischen Parteilinie suchte der ISK eine eigenständige, zwischen den beiden Großparteien vermittelnde Position: Plurale Organisationen, Gewerkschaften, sozialistische Gruppen, kommunistische und sozialistische Parteien und nicht zuletzt die Sozialdemokratie sollten auf eine Einheitsfront hinwirken, die sich parlamentarisch und außerparlamentarisch niederschlagen sollte. Im Unterschied zur KPD setzte der ISK dabei nicht auf Partei- und Gewerkschaftsführungen, sondern auf die Basis der Organisationen.

Schon im Laufe des Jahres 1932 wurde dem ISK klar, dass die Strategie der Einheitsfront gescheitert war. Und so begann er schon im Herbst 1932 damit, sich auf die Untergrundarbeit vorzubereiten, indem Mitgliedsbücher und alle Insignien einer Mitgliedschaft im ISK vernichtet wurden und das Verhalten im Falle von Verhören und Verhaftungen geübt wurde. Nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten kam dem ISK seine vergleichsweise kleine Mitgliederzahl und seine verschworene Struktur zugute. Während die Funktionär_innen und aktiven Mitglieder von Gewerkschaften, SPD, KPD und SAPD großen Verfolgungswellen ausgesetzt waren, blieben beim ISK größere Repressionen aus, lediglich seine führenden Köpfe waren zur Emigration gezwungen. Die in Deutschland Verbliebenen passten ihre Strategien an: Das neue Ziel war, eine freie Gewerkschaftsbewegung zu initiieren. In allen Städten, in denen ISK-Gruppen vorhanden waren, wurde eine klandestine „Unabhängige Sozialistische Gewerkschaft" (USG) gegründet, in der Personen aus den lokalen sozialistischen Bewegungen gesammelt wurden – häufig, ohne dass den einzelnen Mitgliedern bewusst war, dass sie Teil eines vom ISK organisierten Netzwerkes waren. Die Organisation der Untergrundarbeit wurde durch neue, transnationale Bündnisse möglich: Bereits im Sommer 1933 einigte sich Eichler mit der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) auf eine Kooperation. Ein Bündnis, das für den ISK noch große Bedeutung bekommen sollte.

Die durch die Repressionen ausgelöste Neustrukturierung des ISK führte auch zu seiner Internationalisierung, die durch die erzwungene Emigration der Bundesführung eingeläutet wurde. In London war schon in den Vorjahren eine britische Sektion gegründet worden und in Paris sammelten sich um Willi Eichler einige führende Köpfe des ISK, die dort ein publizistisches Standbein aufbauten. Hier wurden zunächst die *Reinhart-Briefe* sowie die *Sozialistische Warte* veröffentlicht, die über die Kontakte zur ITF über Bahnverbindungen in das deutsche Netzwerk des ISK eingeschmuggelt werden konnten, wo sie in Betrieben und über Gewerkschaftsstrukturen verteilt wurden. Insbesondere die publizistische Arbeit war so in den Jahren nach 1933 eng mit dem lokalen Engagement gegen das NS-Regime verbunden: Die Zeitschriften waren ein wichtiger Bestandteil des symbolischen Arsenals, über das der Fortbestand einer sozialistischen Opposition im lokalen Raum kommuniziert wurde. Sie verwiesen zwar nicht auf den ISK als Urheber, adressierten aber die Breite der „Reihen der Sozialisten"[11] und versuchten so, dem Zerfall der Arbeiter_innenbewegung entgegenzuwirken. Dabei traten sie immer wieder in eine kritische Position gegenüber den ehemaligen Führungen der Sozialdemokratie und des ADGB,[12]

10 Hofmann, Karl: Wie die Einheitsfront zustande kommt, in: Der Funke, 15.07.1932, URL: http://library.fes.de/inhalt/digital/funke/pdf/1932/19320715.pdf [eingesehen am 08.07.2021].

11 Reinhart-Brief vom Juli 1934, zitiert nach Döscher-Gebauer/Schmid/Schmiechen-Ackermann, S. 101.

12 Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, der Dachverband der freien Gewerkschaften in der Weimarer Republik.

denen sie ein legalistisches Stillhalten und persönlichen Kollaborationswillen vorwarfen.[13]

Für Karl und Grete Hofmann wurde das Jahr 1933 zu einem Schicksalsjahr, persönlich wie auch politisch. Karl Hofmann hatte sich geweigert, zum Arbeitsantritt den Hitlergruß zu vollziehen, und war daraufhin aus der Continental entlassen worden.[14] Fast zeitgleich musste das Paar zusätzlich zu der eigenen, 1927 geborenen Tochter die Tochter ihrer Schwägerin, der KPD-Aktivistin Else Zimmermann[15], aufnehmen, da diese zu sieben Jahren Arbeitslager verurteilt worden war.[16] Zudem zwangen sie Arbeitslosigkeit und das wachsende Misstrauen der Nachbar_innen, ihre bisherige Wohngemeinschaft aufzugeben und in eine Wohnung in der sogenannten „roten Burg", einem großräumigen Quartier der Genossenschaftsbewegung an der Göttinger Chaussee in Ricklingen[17], zu ziehen. Das Arbeitermilieu, in dem sich ihr neuer Wohnort befand, schützte die beiden bei ihrer politischen Arbeit.[18] Durch die familiäre Doppelbelastung, die verlorene Arbeitsstelle und die steigende Gefahr für die eigene Familie sah sich Hofmann dennoch gezwungen, die Leitung des hannoverschen ISK abzugeben. Hofmann wurde in der Folgezeit gezielt aus gefährlichen Aktionen herausgehalten. Eine Morbus-Bechterew-Erkrankung und die familiäre Situation führten dazu, dass innerhalb der Gruppe vereinbart wurde, dass sein Name bei Verhaftungen auf keinen Fall genannt werden dürfe. In den folgenden Jahren kamen Karl und Grete Hofmann jedoch wichtige infrastrukturelle Funktionen innerhalb der Gruppe zu. Grete eröffnete eine Schneiderei, die einen unauffälligen Anlaufpunkt zur Verteilung von Informationen darstellte, übernahm Kurierfahrten zu den anderen bundesweiten Gruppen und war aktiv an den Widerstandsaktionen beteiligt. Die Wohnung der Hofmanns wurde zum Versteck für gefährdete Genoss_innen und für die Materialien, die für Aktionen benötigt wurden, und spätestens ab 1936 war Hofmann Teil eines vierköpfigen Bundeskomitees, das im Kriegsfall die Aktivitäten des ISK koordinieren sollte.[19]

Unter Tage

Die Lage Hannovers auf der Achse Paris – Berlin und der verhältnismäßig hohe regionale Organisationsgrad machten Hannover zu einem Zentrum der Widerstandstätigkeit. Strukturell spannte der ISK hierfür in Hannover in den Jahren nach 1933 ein Untergrundnetz auf, das weit über die Stadt hinausreichte und auf wesentlichen ökonomischen und strukturellen Pfeilern basierte: Es wurden sogenannte Vegas, vegetarische Gaststätten, gegründet, und auch andere selbst gegründete Geschäfte fungierten als Nachrichtenknotenpunkte und als Einnahmequellen, um die Untergrundarbeit zu finanzieren. Hierzu gehörten in Hannover neben Erna Blenckes mobilem Brothandel auch die Schneiderei, die Grete Hofmann 1935 eröffnet hatte. Nachrichten konnten über diese Anlauf- und Verteilerstellen unauffällig weitergeleitet werden, privater Kontakt hingegen wurde auf das Notwendigste reduziert, größe-

13 Döscher-Gebauer/Schmid/Schmiechen-Ackermann, S. 104.

14 Interview Familienangehörige_r, sowie Döscher-Gebauer/Schmid/Schmiechen-Ackermann: S. 95. Zur Rolle Continentals und insbesondere der Betriebsführung Tischbeins unter den Nationalsozialisten, siehe: Erker, Paul: Zulieferer für Hitlers Krieg. Der Continental-Konzern in der NS-Zeit, München/Berlin 2020.

15 Interview Familienangehörige_r.

16 Meyer-Schoppa, Heike: Zwischen „Nebenwiderspruch" und „revolutionärem Entwurf": emanzipatorische Potenziale sozialdemokratischer Frauenpolitik 1945–1949, Herbholzheim 2004, S. 59.

17 Zur bemerkenswerten Geschichte der „roten Burg", siehe: Neumann, Thomas: Hannovers „Rote Burg". Der Brüggemannhof/Schloßwender Garten, in: Geschichtswerkstatt Hannover (Hrsg.): Alltag zwischen Hindenburg und Haarmann. Ein anderer Stadtführer durch das Hannover der 20er Jahre, Hamburg 1987, S. 77–81

18 Döscher-Gebauer/Schmid/Schmiechen-Ackermann, S. 94–96.

19 Döscher-Gebauer/Schmid/Schmiechen-Ackermann, S. 90–96 sowie S. 121.

re Gruppentreffen vermieden. Die USG-Gruppen lieferten Informationen aus den Großbetrieben Conti, Bahlsen, der Hanomag und Günther Wagner, die an die Pariser Zentrale weitergeleitet wurden. Die Arbeit des ISK konzentrierte sich in dieser Zeit auf zwei wesentliche Punkte: Auf die Verteilung der Nachrichten aus dem Ausland und auf symbolische Aktionen, welche zum Widerstand gegen das NS-Regime aufriefen. Dabei entwickelte der ISK eine außerordentliche Kreativität, die auch in Hannover sichtbar wurde: Eigene Münzen in der Größe eines Fünfmarkstücks mit der Aufschrift „1. Mai. Brechet das Joch der Tyrannen" wurden geprägt und in der Stadt verteilt; in Walnüssen und Streichholzschachteln wurden Flugblätter versteckt; ein Stempelkoffer druckte antifaschistische Losungen auf den Boden, die durch die Einwirkung von Tageslicht sichtbar wurden, ebenso funktionierten Plakate an Litfaßsäulen, die zunächst eine Werbebotschaft zeigten, welche sich dann in den Schriftzug „Am 29.03. Nein." verwandelte. Daneben war die Fluchthilfe für gefährdete Genoss_innen und jüdische Verfolgte eine wichtige Aufgabe der Gruppe,[20] der sich ab 1938 vor allem Karl und Grete Hofmann widmeten: Einerseits diente schon seit längerem ein Wochenendhaus der beiden als Versteck, andererseits bekam Karl Hofmann 1938 eine Anstellung bei einer Kohlenhandlung, in der ein Kohlewagen mittels eines präparierten Verstecks für die Fluchthilfe genutzt werden konnte.[21]

Einbrüche

Im direkten Vergleich mit den parteilichen Großorganisationen KPD und SPD ist es bemerkenswert, wie funktional und effektiv der ISK seine Strukturen aufrechterhielt. Erst im November 1936 gelang es der Gestapo aufgrund eines missglückten Fluchtversuches eines ISKlers, die Gruppen in Frankfurt und Hamburg aufzudecken, was auch zu ersten Verhaftungen in Hannover führte. Zum Jahreswechsel 1937–1938 rollte dann jedoch eine Verhaftungswelle von Berlin Richtung Westen: 91 Mitglieder der Kerngruppe des ISK wurden verhaftet, was der Funktionalität des Untergrundnetzes einen schweren Schlag versetzte. In Hannover kam es zwar nur zu wenigen Verhaftungen, jedoch mussten sich einige wichtige Mitglieder, unter ihnen Erna Blencke, Otto Bennemann und Alfred Dannenberg, ins Ausland absetzen. Dennoch: Substanziell hatte die Gruppe in Hannover den geringsten Schaden erlitten. Die lokalen USG-Gruppen waren zwar zum Erliegen gekommen, jedoch waren die Ermittlungen mit einer letzten Hausdurchsuchung und einem Verhör Hofmanns ohne weitere Ergebnisse abgeschlossen worden. Die Strategien, die der ISK für den Ernstfall erprobt und entwickelt hatte, hatten funktioniert. Die Aktivitäten konzentrierten sich allerdings in der Folgezeit überwiegend darauf, Genoss_innen zur Flucht zu verhelfen, Inhaftierte zu unterstützen und ihren Familien zu helfen. Der lokale Widerstand war kurz nach Kriegseintritt weitgehend zum Erliegen gekommen. Der Kontakt zu den Exilgruppen brach zusammen, und auch die Verteilung der *Reinhart-Briefe* kam zum Erliegen.

Die Folgejahre waren auch für Karl und Grete Hofmann vermutlich die schwersten Jahre: 1938 kam es im Zuge der Verhaftungen auch bei ihnen zu einer Hausdurchsuchung und Karl Hofmann wurde zum Verhör vorgeladen, allerdings reichten die Beweise gegen ihn für eine Verhaftung nicht aus. 1940 wurde die zweite Tochter der Hofmanns geboren, und 1943 wurde ihre Wohnung bei Bombardements zerstört. Von nun an lebten sie im Wochenendhaus, das sie zeitgleich für die Fluchthilfe nutzten, in der ständigen Gefahr, selbst untertauchen zu müssen: Im Keller ihres Wohnhauses befanden sich noch die Druckplatten der Münzprägemaschine und einige Kisten mit Flugblättern, und eine Räumung des Geländes hätte die Familie in größte Gefahr gebracht. [22]

20 Döscher-Gebauer/Schmid/Schmiechen-Ackermann, S. 97–101.

21 Interview Familienangehörige_r.

22 Döscher-Gebauer/Schmid/Schmiechen-Ackermann, S. 119–121.

Infolge der Besetzung Frankreichs und Dänemarks musste sich auch der im Exil befindliche ISK umstrukturieren. Die Pariser Zentrale emigrierte größtenteils nach London, wo sie enge Kontakte zu den sich dort befindlichen sozialistischen Exilgruppen aufbaute. Diese Annäherung führte dazu, dass der Exil-ISK sich in die Bestrebungen für eine sozialistische Einheitspartei einreihte, die in der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Groß-Britannien" mündete. Die Vorbereitungen zielten ab 1943 verstärkt darauf, die Zeit nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes vorzubereiten. Im Zuge dieser strategischen Arbeit wurde dem ISK im Exil schlussendlich auch das Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie abgerungen.[23] Der Bund blühte also im Exil auf, während seine Aktivitäten in Hannover stagnierten.

Tageslicht

Dies änderte sich erst wieder im Herbst 1944: Nun fanden Treffen zur Vorbereitung der Kooperation mit den Alliierten im Wochenendhaus der Hofmanns statt. Der Gewerkschafter und Sozialdemokrat Albin Karl plante gemeinsam mit Karl Hofmann die Besetzung von Schlüsselpositionen in den Ämtern der Stadt Hannover. Im Verbund mit Mitgliedern von SPD, SAPD, dem ISK und den Gewerkschaften verabredeten sie eine paritätische Besetzung von Schlüsselpositionen durch Gruppen aus der Arbeiter_innenbewegung und vereinbarten, am Tage der Besetzung Hannovers gemeinsam bei der Kommandantur vorzusprechen. Hofmann schaffte es nach Kriegsende allerdings erst zwei Tage später, in die Stadt zu gelangen, wodurch einige wesentliche Posten allein durch die Sozialdemokraten besetzt wurden. Doch der Ausschuss für Wiederaufbau, das wichtigste Stadtgremium der frühen Besatzungszeit, wurde vornehmlich mit Personen aus den Netzwerken von Albin Karl und Karl Hofmann, mehrheitlich mit Sozialdemokraten, jedoch auch durch Mitglieder von ISK, KPD, DDP, des Zentrums sowie einer jüdischen Delegation, besetzt.

Der Verleger und ISK-Mitglied Erich Irmer berichtete im Juni 1945 von der Situation vor Ort: „Glücklicherweise fand ich Hofmann im Rathaus, das einem aufgestocherten Ameisenhaufen glich, und es war schwierig, eine Ecke zu finden, wo man sich was erzählen konnte. Überall waren Sitzungen und Besprechungen im Gange, und die Gänge waren voll von wartenden Menschen. Daß dabei überhaupt eine Arbeit herauskommen konnte, schien mir zweifelhaft. Karl Hofmann machte damals einen außerordentlich frischen Eindruck. [...] ‚Wir sind hier richtig drin und machen überall mit', sagte Karl. ‚Beinahe wäre ich sogar Bürgermeister oder Polizeipräsident geworden. Nur dadurch, daß ich so weit draußen wohne, konnte ich erst am dritten Tag in die Stadt kommen, aber unsere Verbindungen und unsere Arbeit in der Illegalität helfen uns außerordentlich.'"[24]

Die Idee der sozialistischen Einheitspartei wurde vom ISK zunächst weiterverfolgt. Zusammen mit Genoss_innen aus der SAPD versuchte der ISK Hannover, das linke Lager zu konsolidieren. Die „Arbeitsgemeinschaft zur Bildung der sozialistischen Einheit" sollte Sozialdemokrat_innen und Kommunist_innen dazu bewegen, der Idee einer sozialistischen Einheitspartei zuzustimmen.[25] Am 10. August einigte sich allerdings Eichler mit Kurt Schumacher auf eine Integration des ISK in die SPD. Der Prozess wurde zwar von vielen Mitgliedern mit großer Skepsis begleitet, jedoch setzte sich der pragmatische Kurs Eichlers durch – nicht

23 Siehe hierzu: Klär, S. 342 ff.

24 Irmer, Erich: Report über Deutschland, ohne Datum, in: Rüther, Martin/Schütz, Uwe/Dann, Otto: Deutschland im ersten Nachkriegsjahr. Berichte von Mitgliedern des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) aus dem besetzten Deutschland 1945/46, München 1998.S. 129–143, hier S. 135.

25 Becker, Jens/Lensch, Harald: „Es darf nie wieder zu einem 1933 kommen!" Das gewerkschaftspolitische Selbstverständnis Otto Brenners in der Bundesrepublik Deutschland, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, Jg. 35 (2006), H. 1, S. 59–73, hier S. 67.

zuletzt, weil die Erfahrungen in Hannover zu zeigen schienen, dass für den ISK so ein politischer Gestaltungsraum entstehen könne. So bekleideten Alfred Kubel und Otto Bennemann in den Folgejahren wichtige politische Ämter, Alfred Dannenberg wirkte zusammen mit dem aus der hannoverschen Widerstandszeit eng mit ihm verbundenen Otto Brenner wesentlich am Aufbau der IG Metall mit. Andere ISKler stiegen im Deutschen Gewerkschaftsbund bis in den Bundesvorstand auf. Und auch für Hofmann begann eine steile politische Karriere im Staatsdienst: Zunächst wurde er im September 1945 als politischer Referent der Handwerkskammer und dann für die Entnazifizierung der Handelskammer eingesetzt. Schon im Dezember 1946 wurde Hofmann ins Justizministerium übernommen, wo er den Entnazifizierungsausschuss leitete, und im Februar 1947 folgte die Beförderung zum Staatskommissar für Entnazifizierung. Diese Position bekleidete er, bis er im Januar 1950 zum Ministerialrat und Leiter der Informationsstelle befördert wurde.[26] Die Konzessionen, zu denen die sozialistische Linke gezwungen war, erzeugten also auch berufliche und politische Perspektiven. Zugleich bestimmten andere Akteure in hohem Maße das Kräftefeld, in dem sich die Sozialisten nun bewegten.

Die zweite Hälfte der 1940er Jahre war für die sozialistische Linke in Westdeutschland zunächst eine Aufbruchszeit. Der militärisch-ökonomische Komplex, der den Nationalsozialismus in seiner verheerendsten Form erst ermöglicht hatte, war in den Fokus der Alliierten und in das Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Wenngleich die Besatzungsmächte auf eine Restauration der Weimarer Parteienstruktur setzten, schien es für eine kurze Zeit einen politischen Konsens zu geben, der sich, wie es Peter von Oertzen 1972 formulierte,[27] von der KPD über die SPD bis zur CDU erstreckte und der, als Lehre aus der Katastrophe des Nationalsozialismus, die Vergemeinschaftung von Schlüsselindustrien und die Stärkung gemeinwohlorientierter Wirtschaftsweisen umfasste. Die Widerstandsnetzwerke, die den Nationalsozialismus überstanden und Solidaritäten erzeugt hatten, sie setzten sich im Neuaufbau in persönliche Teilhabe an der gesellschaftlichen Gestaltung um. Schon zum Ende der 1940er Jahre kam der Progress jedoch vor dem Hintergrund des Kalten Krieges zum Erliegen. Die sozialistischen Bewegungen gerieten im Zuge eines erstarkenden Antikommunismus in die Defensive. Nun waren es andere Netzwerke, die wieder ans Tageslicht drängten: Kontakte aus der Zeit vor dem Kriegsende begünstigten nicht zuletzt im sicherheitspolitischen Bereich die Karrieren von gehobenen Beamten mit nationalsozialistischer Vergangenheit, und trotz seiner sozialdemokratischen Regierung stellte Niedersachsen hier beileibe keine Ausnahme dar. So vollzog sich die Karriere Hofmanns unter sich wandelnden Vorzeichen: Die Entnazifizierung sollte nach der Übergabe der Kompetenzen von den Besatzungsmächten an die Deutschen pragmatisch abgewickelt werden, und auch die sogenannten „131er", also Beamte, die durch die Entnazifizierung bis 1951 vom Dienst suspendiert waren, drängten zurück in die Institutionen. Der gesellschaftlich-kulturelle Wandel, der damit einherging, erfasste insbesondere die staatlichen Institutionen und wirkte sich auch auf das Handeln und Denken der Akteure aus.

In Niedersachsen vollzog sich die Rückkehr der nationalsozialistischen Eliten unter besonderen Vorzeichen. Von 1946 bis 1963 wurde das Land mit einer kleinen Unterbrechung von sozialdemokratisch geführten Koalitionen regiert, die weit in das konservative Lager hineinreichten. Gerade die ersten Regierungen unter Hinrich Wilhelm Kopfs Ägide zeichneten sich dadurch aus, dass sie die Gegensätze, die den politischen Raum teilten, in die Regierungspraxis integrierten. Hier wurden Widerständler_innen nicht, wie es Rigoll für die Bundesrepublik in der Grundtendenz darlegt, in die institutionelle Diaspora verbannt oder in den Ruhestand versetzt, sondern in den Neuaufbau der Gesellschaft einbezogen: So kam es dazu, dass in der Staatskanzlei unter Kopfs Führung der NS-Jurist Justus Danckwerts zusammen mit dem

26 Personalakte Karl Hofmann, Niedersächsisches Landesarchiv, Nds. 100, Acc. 2006/070 Nr. 25.

27 Oertzen, Peter von: Otto Brenner, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 13 (1972), H. 6, S.337–340, hier S. 338.

ehemaligen Leiter der Osnabrücker Staatspolizeistelle, Richard Skiba, saß,[28] sich Alfred Kubel vom ISK den Kabinettstisch mit Erich Schellhaus und Hermann Ahrens teilte.[29] Karl Hofmann war sowohl in der Entnazifizierung wie auch in der Leitung des Verfassungsschutzes der ehemalige Oberleutnant der Wehrmacht Hans-Georg Nullmeyer an die Seite gestellt worden. Funktionieren konnten diese politisch-kulturellen Querfronten nur unter dem Leitmotiv eines gesellschaftlichen Neuanfangs, der von den Sozialisten in einzelnen Teilen mitdefiniert wurde. Unter Kopf wurden diese Akteure oftmals nach Jahren der Gefahr und der Entbehrung in die ministerielle Verwaltungspraxis des Landes eingebunden und nahmen den kulturellen Wandel, der sich um sie herum vollzog, sukzessive mit. Die Themen, die einst ihr Handeln bestimmten, sie wurden durch die administrativ-organisationellen Logiken ihrer Tätigkeit in den Hintergrund gedrängt.

Indes: Wie anhand des zweiten Teils von Hofmanns Biografie in der kommenden Ausgabe des Demokratie-Dialogs zu zeigen sein wird, ist dieser Prozess der Einpassung nicht reibungslos und sind die Menschen, die ihn durchlaufen, immer auch als eigenständige Subjekte mit einer relativen und institutionell begrenzten Autonomie über ihr Handeln zu sehen.

28 Zu Skiba, siehe: Steinwascher, Gerd: Gestapo Osnabrück meldet … : Polizei- und Regierungsberichte aus dem Regierungsbezirk Osnabrück aus den Jahren 1933 bis 1936, Osnabrück 1995, S. 18–21. Zu Danckwerts, siehe: Nentwig, Teresa: Die Kabinettsprotokolle der Hannoverschen und der Niedersächsischen Landesregierung 1946 bis 1951, Bd. II, Hannover 2012, S. 606.

29 Schellhaus war Mitglied des BHE und von 1951 bis 1957 und 1959 bis 1963 Minister für Vertriebene. Als Oberleutnant war Schellhaus unter anderem an der Ostfront an der massenhaften Verfolgung und Tötung von Juden beteiligt, siehe: Schwarz, Michael: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen und das „Dritte Reich", München 2012, S. 413–422. Hermann Ahrens war seit 1931 NSDAP-Mitglied gewesen, als Gauredner, Parteibeauftragter und Kreisleiter für die Partei aktiv gewesen, siehe: Glienke, Stephan A.: Die NS-Vergangenheit späterer niedersächsischer Landtagsabgeordneter. Abschlussbericht zu einem Projekt der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen im Auftrag des Niedersächsischen Landtages, Hannover 2012, S. 145.

Literatur:

Becker, Jens/Lensch, Harald: „Es darf nie wieder zu einem 1933 kommen!" Das gewerkschaftspolitische Selbstverständnis Otto Brenners in der Bundesrepublik Deutschland, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, Jg. 35 (2006), H. 1, S. 59–73.

Buschfort, Wolfgang: Geheime Hüter der Verfassung. Von der Düsseldorfer Informationsstelle zum ersten Verfassungsschutz der Bundesrepublik (1947–1961), Paderborn 2004.

Döscher-Gebauer, Susanne/Schmid, Hans-Dieter/Schmiechen-Ackermann, Detlef: Linkssozialistischer Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur in Hannover, Leipzig 2015.

Erker, Paul: Zulieferer für Hitlers Krieg. Der Continental-Konzern in der NS-Zeit, München/Berlin 2020.

Glienke, Stephan A.: Die NS-Vergangenheit späterer niedersächsischer Landtagsabgeordneter. Abschlussbericht zu einem Projekt der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen im Auftrag des Niedersächsischen Landtages, Hannover 2012.

Goschler, Constantin/Wala, Michael: „Keine neue Gestapo": Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die NS-Vergangenheit, Hamburg 2015.

Hett, Benjamin Carter/Wala, Michael: Otto John: Patriot oder Verräter. Eine deutsche Biographie, Hamburg 2019.

Hofmann, Karl: Wie die Einheitsfront zustande kommt, in: Der Funke, 15.07.1932, URL: http://library.fes.de/inhalt/digital/funke/pdf/1932/19320715.pdf [eingesehen am 08.07.2021].

Klär, Karl-Heinz: Zwei Nelson-Bünde: Internationaler Jugend-Bund (IJB) und Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund (ISK) im Lichte neuer Quellen, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Jg. 18 (1982), H. 3, S. 310–359.

Meyer-Schoppa, Heike: Zwischen „Nebenwiderspruch" und „revolutionärem Entwurf": emanzipatorische Potenziale sozialdemokratischer Frauenpolitik 1945–1949, Herbholzheim 2004.

Nentwig, Teresa: Die Kabinettsprotokolle der Hannoverschen und der Niedersächsischen Landesregierung 1946 bis 1951, Hannover 2012.

Neumann, Thomas: Hannovers „Rote Burg". Der Brüggemannhof/Schloßwender Garten, in: Geschichtswerkstatt Hannover (Hrsg.): Alltag zwischen Hindenburg und Haarmann. Ein anderer Stadtführer durch das Hannover der 20er Jahre, Hamburg 1987.

Oertzen, Peter von: Otto Brenner, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 13 (1972), H. 6, S.337–340.

Rigoll, Dominik: Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr, Göttingen 2013.

Rüther, Martin/Schütz, Uwe/Dann, Otto: Deutschland im ersten Nachkriegsjahr. Berichte von Mitgliedern des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) aus dem besetzten Deutschland 1945/46, München 1998.

Schwarz, Michael: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen und das „Dritte Reich", München 2012, S. 413–422.

Steinwascher, Gerd: Gestapo Osnabrück meldet ... : Polizei- und Regierungsberichte aus dem Regierungsbezirk Osnabrück aus den Jahren 1933 bis 1936, Osnabrück 1995.

Walter, Franz: »Republik, das ist nicht viel«: Partei und Jugend in der Krise des Weimarer Sozialismus, Bielefeld 2014.

Archivalien:

Personalakte Karl Hofmann, Niedersächsisches Landesarchiv, Nds. 100, Acc. 2006/070 Nr. 25.

Tobias Neef-Methfessel arbeitet am Institut für Demokratieforschung an der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen. Seit 2018 erforscht er die Entstehung und Entwicklung des niedersächsischen Verfassungsschutzes.

Harrold, Liam (2021): „Der Umgang mit der NS-Vergangenheit zwischen Kritik und Tradtion. Historische Sinnbildung in Leser*innenbriefen zum Dokumentationsort der Reichserntedankfeste am Bückeberg." In: Demokratie Dialog 9 (2021) S. 13–17. doi:10.17875/gup2021-1769

Der Umgang mit der NS-Vergangenheit zwischen Kritik und Tradition

Historische Sinnbildung in Leser*innenbriefen zum Dokumentationsort der Reichserntedankfeste am Bückeberg

Liam Harrold

Als 2011 nach jahrelanger Debatte das Gelände des nationalsozialistischen Reichserntedankfestes am Bückeberg in der Nähe von Hameln vom Land Niedersachsen unter Denkmalschutz gestellt wurde, bestand schon die Idee, hier einen Dokumentations- und Lernort zu schaffen. Auf der Hangwiese am Bückeberg in der Gemeinde Emmertal im Landkreis Hameln-Pyrmont wurde zwischen 1933 und 1937 das Reichserntedankfest mitsamt militärischer Schauübungen für Propagandazwecke im Sinne der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft" unter der Gastgeberschaft des Reichspropagandaministers Joseph Goebbels veranstaltet. Die Diskussion um das Projekt Lernort, welches im Wesentlichen vom Hamelner Historiker Bernhard Gelderblom und dem Verein für regionale Kultur- und Zeitgeschichte Hameln vorangetrieben wurde, intensivierte sich ab 2017 und rief sowohl Befürworter*innen als auch Gegner*innen weit über die Landkreisgrenzen hinaus auf den Plan. Neben Diskussionsveranstaltungen etablierte sich als ein zentraler öffentlicher Debattenraum die Leser*innenbriefspalte der lokalen *Deister-Weser-Zeitung* (DeWeZet) sowie der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* (HAZ).[1] Im Folgenden sollen Befunde einer im Rahmen einer Bachelorarbeit durchgeführten Untersuchung historischer Sinnbildung in Leser*innenbriefen vor dem Hintergrund folgender Fragen diskutiert werden: Wie stellt sich der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit als geschichtskulturelles Phänomen in den Leser*innenbriefen dar und welche Orientierungsbedürfnisse kommen in ihnen zum Vorschein? Was bedeutet dies für gegenwärtige geschichtskulturelle Debatten zwischen Schlussstrich-Forderungen einerseits und sogenannter Aufarbeitung der NS-Vergangenheit andererseits? Um sich diesen Fragen zu nähern, muss jedoch zunächst die Funktion von Gedenk- und Dokumentationsorten skizziert werden.

1 Vgl. Sammlung Gelderblom: Presseberichte, Leser*innenbriefe und Zuschriften von 2002–2020, Hameln. Unveröffentlicht.

Gedenk- und Dokumentationsorte und im weiteren Sinne Denkmäler können als geschichtskulturelles Phänomen begriffen werden. Geschichtskultur bezeichnet die gesellschaftliche bzw. kulturelle Auseinandersetzung mit sowie Formung bzw. – mit dem Historiker Jörn Rüsen gesprochen – Sinnbildung von Geschichte.[2] Gedenk- und Dokumentationsorte erfüllen dementsprechend eine Orientierungsfunktion für die Gegenwart und Zukunft. Der Geschichtsdidaktiker Bodo von Borries stellt fest, dass Denkmäler „naturgemäß als ‚Traditionen'"[3] angelegt seien. Zudem weist von Borries auf die Problematik einer Dichotomie von Tradition und Kritik hin und stellt die Frage, inwiefern KZ-Gedenkstätten „kritisch" oder „traditional" sein können. „Kritisch" könne sowohl als Opposition zu den NS-Verbrechen als auch, auf die Gegenwart bezogen, in Bezug auf die fortdauernde Gefahr des Nationalismus und Faschismus verstanden werden. Doch auch mit „traditional" könnte das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und die Pflicht zur Bekämpfung von Faschismus im Sinne des „Nie Wieder"[4] von Theodor W. Adorno gemeint sein. Von Borries stellt fest: „Kritisch kann man sich nur gegen etwas wenden, was man als ‚dominant', als ‚Konvention', als ‚Mainstream' definiert."[5] Diese Dichotomie kann so auch für Dokumentationsorte im Allgemeinen und den Bückeberg im Besonderen gelten. Dokumentationsorte erfüllen neben der appellativ mahnenden Funktion (Gedenk- und Dokumentationsorte als Mahnmale) die zentrale Funktion historisch-politischer Bildung und werden daher oft auch Lernorte genannt. Dokumentationsorte verfolgen als außerschulische Lernorte das Ziel, historisches Denken zu vermitteln. Das ist den Geschichtsdidaktikern Holger Thünemann und Johannes Jansen zufolge „ein gesellschaftlich bzw. geschichtskulturell gerahmter, sozial und kommunikativ vermittelter, aber zugleich individueller Prozess historischer Sinnbildung."[6] Wie der Name schon nahelegt, erfüllen Dokumentationsorte auch die Funktion der Dokumentation von historischen Sachverhalten, die mit dem jeweiligen historischen Ort verbunden sind. NS-Gedenkstätten symbolisieren zudem eine besondere Verantwortung gegenüber den Opfern und Überlebenden der NS-Verbrechen und kommen einer ethisch-humanitären Funktion nach. In Anbetracht der geschichtskulturellen Entwicklung[7] der Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten kann Gedenk- und Dokumentationsorten, die insbesondere die NS- und DDR-Geschichte thematisieren, ein Bedeutungszuwachs attestiert werden. Dies zeigt sich beispielsweise in der Fülle an Initiativen zur Schaffung neuer Gedenk- und Dokumentationsorte, für die auch die Diskussion um den Bückeberg bei Hameln ein Exempel darstellt.

Die Debatte um den Bückeberg bzw. den historischen Ort der Reichserntedankfeste begann Ende der 1990er Jahre, nachdem die Gemeinde Emmerthal schon in den 1980er Jahren eine Wohnbebauung am Rande des Geländes zuließ, die in den 1990ern auf dem ehemaligen Festplatz noch einmal erweitert wurde. Zudem wurde 1991 eine Bepflanzung der Überreste der oberen Rednertribüne und des östlichen Hangs vorgenommen mit der Begründung, man wolle verhindern, dass an diesem Ort zu Hitlers Geburtstag von Rechts-

2 Vgl. Rüsen, Jörn: Zeit und Sinn. Strategien historischen Denkens, Frankfurt a. M. 2012.

3 Borries, Bodo von: Historisch Denken Lernen – Welterschließung statt Epochenüberblick. Geschichte als Unterrichtsfach und Bildungsaufgabe, Opladen/Farmington Hills 2008, S. 187.

4 Vgl. Adorno, Theodor W.: Erziehung nach Auschwitz. (1966), in: Kadelbach, Gerd (Hrsg.): Erziehung zur Mündigkeit – Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959 bis 1969, Frankfurt a. M. 1971.

5 Borries, S. 187.

6 Vgl. Thünemann, Holger/Jansen, Johannes: Historisches Denken lernen, in: Bracke, Sebastian et al.: Theorie des Geschichtsunterrichts, Schwalbach/ Ts. 2018, S. 94.

7 Zur historischen Entwicklung sowie zur Theorie und Praxis von Gedenkstätten vgl. auch: Gryglewski, Elke et al. (Hrsg.): Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen, Berlin 2015.

radikalen Blumen niedergelegt würden.[8] Die von Bernhard Gelderblom erarbeitete Ausstellung „Ein Volk dankt seinem (Ver)führer. Die Reichserntedankfeste auf dem Bückeberg 1933–1937" wurde 1999 erstmals gezeigt und fand auch überregional Beachtung. So wurde sie 2001 im Braunschweigischen Landesmuseum ausgestellt und von Abendvorträgen und einer Publikation gerahmt.[9] Auch die niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung veranstaltete 2002 eine Tagung zur überregionalen Bedeutung des Geländes, auf der sich die Teilnehmer*innen gegen eine Rekonstruktion des Festplatzes, aber ausdrücklich dafür aussprachen, den Ort unter Denkmalschutz zu stellen.[10] So wurde 2002 auf Initiative Gelderbloms der Denkmalschutz beantragt, dem sich eine bis 2011 andauernde Debatte anschloss, die sich mit der Denkmalschutzfrage für den historischen Ort der Reichserntedankfeste befasste und im Zuge derer sich in der regionalen Presse auch kritische Stimmen zu Wort meldeten. So befürchteten Gegner*innen unter anderem die mögliche Entstehung „eine[r] ‚Kultstätte' für politisch rechte Gruppierungen"[11]. 2011 wurde das Gelände dann als Kulturdenkmal unter Denkmalschutz gestellt, nachdem 2009 ein Expertensymposium aus Historiker*innen, Denkmalpfleger*innen sowie Landschaftsarchitekt*innen dem Ort eine nationale Bedeutung als Kulturdenkmal im Kontext der Aufarbeitung der NS-Geschichte zugesprochen hatte.[12] Der Entwurf für einen Dokumentations- und Lernort am Bückeberg wurde am 24. November 2017 bei einer Bürger*innenveranstaltung in der Gemeinde vorgestellt. Seitdem wurden Gelderblom zufolge ca. 200 Leser*innenbriefe in der *Deister- und Weserzeitung* (DeWeZet), der regionalen Tageszeitung, publiziert.[13] Eigene Sichtungen dieser Sammlung belegen zudem diverse Leser*innenbriefe auch in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* (HAZ) als bedeutender überregionaler Tageszeitung. Diese Briefe hätten es laut Gelderblom geschafft, „die öffentliche Diskussion in einem hohen Maße zu bestimmen und viele Menschen in Emmerthal und im Landkreis Hameln-Pyrmont glauben zu machen, es handele sich um ein ‚maßloses' und überaus kostspieliges Projekt."[14]

Für die diesem Artikel zugrundeliegende Untersuchung wurden 16 Leser*innenbriefen (die aus einer Sammlung von über 147 hauptsächlich in den Jahren 2017 bis 2019 publizierten Leser*innenbriefen ausgewählt wurden) auf ihren historischen Sinnbildungsgehalt mithilfe der Theorie historischen Erzählens von Jörn Rüsen[15] untersucht; einige Auszüge daraus sollen nun hier präsentiert werden. Rüsen charakterisiert die „Erinnerungsleistung des Geschichtsbewusstseins formal als Erzählen einer Geschichte"[16] und begreift das Geschichtsbewusstsein als den Ort, an dem Sinnbildung über Zeiterfahrung vollzogen wird.[17] Die jeweilige historische Sinnbildung in den Leser*innenbriefen zeigt also Blitzlichter des Geschichtsbewusstseins der Autor*innen auf. Die Briefe sind folglich ein Akt der Kommunikation des Geschichtsbewusstseins und werden so Teil von Geschichtskultur, die hier mit Rüsen als „praktisch wirksame Artikulation von Geschichts-

8 Vgl. Gelderblom, Bernhard: Die NS-Reichserntedankfeste auf dem Bückeberg 1933–1937. Aufmarsch der Volksgemeinschaft und Massenpropaganda, Holzminden 2018, S. 181 f.

9 Vgl. Biegel, Gerd/Otte, Wulf: Vorträge zur Ausstellung. Ein Volk dankt seinem (Ver)führer. Die Reichserntedankfeste auf dem Bückeberg 1933–1937, Braunschweig 2002.

10 Vgl. Gelderblom, S. 183.

11 Hummel, Juliane/Keller, Rolf: Der Bückeberg bei Hameln. Ein langer Weg zum Kulturdenkmal und Informations- und Lernort, in: Gedenkstättenrundbrief 174 (2014), S. 26–31., hier S. 27.

12 Vgl. ebd., S.27 f.

13 Vgl. Gelderblom, S. 189.

14 Ebd., S. 185.

15 Vgl. bspw. Rüsen, Jörn: Historisches Erzählen, in: Bergmann, Klaus et al. (Hrsg): Handbuch der Geschichtsdidaktik, Seelze-Velber 1997, S.57–63 und ders.: Historik. Theorie der Geschichtswissenschaft, Köln u. a. 2013.

16 Rüsen: Zeit und Sinn, S. 241.

17 Vgl. ebd., S. 16.

bewusstsein im Leben einer Gesellschaft"[18] verstanden werden kann. Die Leser*innenbriefe und deren Argumentationen sind mit ihrer Veröffentlichung Teil einer größeren geschichtskulturellen Debatte geworden und haben sogar einen wesentlichen Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung geleistet.[19]

Zudem kamen in der Debatte um den Dokumentationsort zwei zentrale Orientierungsbedürfnisse bei den Briefautor*innen zum Ausdruck: Erstens gibt es diejenigen, die sich positiv zum Dokumentations- und Lernort positionieren und an eine Gedenk- und Erinnerungstradition nach 1945 anknüpfen, diese als moralisch notwendig und als Teil demokratischer Traditionen verstehen. Zweitens gibt es diejenigen, die mit dem Erinnern an den Nationalsozialismus abschließen wollen, einen Schlussstrich ziehen möchten und die zwölf Jahre NS-Herrschaft als eine zu vernachlässigende Episode deutscher Geschichte verstehen. Während beide in die Zukunft schauen, tun sie dies jedoch auf fundamental unterschiedliche Weise. Der kategorische Imperativ Adornos, „dass Auschwitz nie wieder sei", wird in einer demokratischen Tradition als Bildungsauftrag des Dokumentations- und Lernortes verstanden und zum Postulat der Befürworter. Während die Schlussstrich-Fraktion sich in ihren Leser*innenbriefen vermeintlich „gegenwärtigeren Problemen" wie Kita, Schule, schlechte Haushaltslage öffentlicher Einrichtungen und des Staates zuwendet, bedient sie sich einer NS-relativierenden Sprache und Argumenten, die in ihren schärfsten Ausprägungen an rechte Narrative erinnern. So heißt es in einem Leserbrief beispielsweise: „Ich werde den Verdacht nicht los, dass uns Deutschen ein ewiges Schuldgefühl auferlegt werden soll, um die millionenfache Migration von größtenteils muslimischen Wirtschaftsmigranten zu rechtfertigen."[20] Die angeführten Argumentationen gegen die Errichtung des Dokumentationsortes sind indes nicht neu und müssen im Kontext ähnlicher Debatten wie zum Beispiel der um die Errichtung einer Gedenkstätte im ehemaligen KZ Dachau gesehen werden.[21]

Historische Sinnbildung als solche manifestiert sich in den Leser*innenbriefen im bewährten Muster des Für und Widers: Die Einen argumentieren für den Dokumentationsort und sehen das Postulat des „Nie Wieder" Adornos und die Entwicklung der Erinnerungskultur von einem gegenkulturellen Projekt hin zu einer überwiegend gesellschaftlich akzeptierten und staatlichen (oder staatlich geförderten) Erinnerungskultur auf ihrer Seite.[22] Die Anderen argumentieren gegen den Dokumentationsort und kritisieren wahlweise das Verfahren bis zur Entscheidungsfindung, mangelnde Bürger*innenbeteiligung, die Kosten oder die Erinnerungskultur in Gänze. Einschränkend muss festgehalten werden, dass es nicht zwingend bei den beiden skizzierten Orientierungsbedürfnissen bzw. Sinnbildungen bleibt. Denn: Nicht alle Briefe positionieren sich eindeutig, manche suchen gar einen Mittelweg oder sind mit „Kompromiss" überschrieben. Diese vermittelnden Positionen waren jedoch stark in der Unterzahl. Zusammengenommen zeigen die Briefe, dass geschichtskulturelle Debatten und geschichtspolitische Kämpfe um Deutungshohei-

18 Ebd., S. 235.

19 Vgl. Gelderblom, S. 185.

20 Vgl. Fiegert, Rainer: Investition in marode Schulen nicht sinnvoller?, in: Deister-Weser-Zeitung, 17.01.2018, S. 14. Auch in: Sammlung Gelderblom.

21 Zu Dachau als Beispiel einer anderen geschichtskulturellen Debatte, die der Schaffung einer Gedenkstätte vorausging und diese begleitet hat, vgl. Siebeck, Cornelia: 50 Jahre „arbeitende" NS-Gedenkstätten in der Bundesrepublik. Vom gegenkulturellen Projekt zur staatlichen Gedenkstättenkonzeption – und wie weiter?, in: Gryglewski, Elke et al. (Hrsg.): Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen, Berlin 2015., S. 19-43, hier S. 19 f.

22 Siebeck, Cornelia: 50 Jahre „arbeitende" NS-Gedenkstätten in der Bundesrepublik. Vom gegenkulturellen Projekt zur staatlichen Gedenkstättenkonzeption – und wie weiter? in: Gryglewski, Elke et al. (Hg.): Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen, Berlin 2015, S. 19-43, hier S. 33 ff.

ten immer wieder neu ausgetragen werden müssen. Die hier untersuchte Debatte und damit auch die Leser*innenbriefe reihen sich in eine Entwicklung der Erinnerungskultur ein, die von der die Auschwitz-Prozesse der 1960er Jahre begleitenden öffentlichen Debatte über die Ausstrahlung der US-amerikanischen Serie „Holocaust" im westdeutschen Fernsehen, über die Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker 1985 bis hin zu jüngeren Debatten wie der um das Holocaust-Mahnmal in Berlin, das der Politiker Björn Höcke (AfD) 2017 als „Mahnmal der Schande" bezeichnete, reicht.

Erinnerungskulturelle Debatten sind oft durch auseinanderklaffende Meinungen zum gegenwärtigen Umgang mit der Vergangenheit geprägt. Zwei zentrale Begriffe, die in (geschichts-)politischen und geschichtskulturellen Debatten immer wieder neu verhandelt werden (müssen), sind, wie bereits oben erwähnt, *Tradition* und *Kritik*. Wer übt woran wie Kritik und warum? Welches Traditionsverständnis haben verschiedene Generationen, Bevölkerungsgruppen etc.? Denn Traditionen bzw. traditionale Erzählungen können sich unterscheiden und verändern, je nachdem, welche historischen Bezugspunkte man wählt. Historische Sinnbildung bleibt zudem weiterhin eine der zentralen geschichtstheoretischen Kategorien, weswegen die Frage, wie und warum Menschen Geschichte schreiben bzw. erzählen, immer wieder neu gestellt und etablierte Antworten überprüft werden müssen. Denn so wie Gesellschaft ist auch Geschichtskultur stetiger Veränderung im Zeitverlauf zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft unterworfen. Historische Sinnbildung und unsere gegenwärtigen Orientierungsbedürfnisse prägen dabei unser Verhältnis zur Vergangenheit. Sie beeinflussen, wie wir Geschichte schreiben, und prägen damit nicht nur unser Geschichtsverständnis, sondern auch gegenwärtige und zukünftige gesellschaftliche und (geschichts-) politische Debatten, wie sich an der kontroversen Diskussion um den Lern- und Dokumentationsort am Bückeberg eindrucksvoll belegen lässt.

Literatur:

Adorno, Theodor W.: Erziehung nach Auschwitz. (1966), in: Kadelbach, Gerd (Hrsg.): Erziehung zur Mündigkeit – Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959 bis 1969, Frankfurt a. M. 1971.

Biegel, Gerd/Otte, Wulf: Vorträge zur Ausstellung. Ein Volk dankt seinem (Ver)führer. Die Reichserntedankfeste auf dem Bückeberg 1933–1937, Braunschweig 2002.

Borries, Bodo von: Historisch Denken Lernen – Welterschließung statt Epochenüberblick. Geschichte als Unterrichtsfach und Bildungsaufgabe, Opladen/Farmington Hills 2008.

Bracke, Sebastian/Flaving, Colin/Jansen, Johannes/Köster, Manuel/Lahmer-Gebauer, Jennifer/Lankes, Simone/Spieß, Christian/Thünemann, Holger/Wilfert, Christoph/Züls-dorf-Kersting, Meik (Hrsg.): Theorie des Geschichtsunterrichts, Schwalbach/Ts. 2018.

Gelderblom, Bernhard: Die NS-Reichserntedankfeste auf dem Bückeberg 1933–1937. Aufmarsch der Volksgemeinschaft und Massenpropaganda, Holzminden 2018.

Gryglewski, Elke/Haug, Verena/Kößler, Gottfried/ Lutz, Thomas/Schikorra, Christa (Hrsg.): Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen, Berlin 2015.

Hummel, Juliane/Keller, Rolf: Der Bückeberg bei Hameln. Ein langer Weg zum Kulturdenkmal und Informations- und Lernort, in: Gedenkstättenrundbrief 174 (2014), S. 26–31.

Rüsen, Jörn: Historisches Erzählen, in: Bergmann, Klaus/Fröhlich, Klaus/ Kuhn, Annette (Hrsg): Handbuch der Geschichtsdidaktik, Seelze-Velber 1997, S. 57–63.

Rüsen, Jörn: Zeit und Sinn. Strategien historischen Denkens, Frankfurt a. M. 2012.

Rüsen, Jörn: Historik. Theorie der Geschichtswissenschaft, Köln u. a. 2013.

Siebeck, Cornelia: 50 Jahre „arbeitende" NS-Gedenkstätten in der Bundesrepublik. Vom gegenkulturellen Projekt zur staatlichen Gedenkstättenkonzeption – und wie weiter? in: Gryglewski, Elke et al. (Hg.): Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen, Berlin 2015, S. 19–43.

Quellen:

Sammlung Gelderblom: Presseberichte, Leser*innenbriefe und Zuschriften von 2002–2020, Hameln. Unveröffentlicht.

Liam Harrold, geb. 1995, Studium der Geschichte und Philosophie an der Leibniz Universität Hannover, seit April 2021 im Master Geschichte ebenfalls am Historischen Seminar in Hannover. Seine Forschungsschwerpunkte sind deutsche Umweltgeschichte, Geschichte des Nationalsozialismus und Holocaustforschung, deutsche und europäische Erinnerungs- und Geschichtskultur sowie Geschichtstheorie.

Franzmann, Simon T. (2021): „Das Gesetz der abnehmenden Responsivität: Warum wir eine Amtszeitbegrenzung brauchen. Ein Kommentar." In: Demokratie Dialog 9 (2021) S. 18-28. doi:10.17875/gup2021-1770

Das Gesetz der abnehmenden Responsivität: Warum wir eine Amtszeitbegrenzung brauchen

Ein Kommentar

Simon T. Franzmann

Ähnlich wie am Ende der Ära Kohl wird nun auch zum Ende der Ära Merkel akademisch wie politisch über eine Amtszeitbegrenzung der Kanzlerschaft nachgedacht – obwohl die deutsche Bevölkerung doch eine solche Neigung zur Kontinuität hegt. Aber gerade deswegen forderte zum Beispiel Ende März der Berliner Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel genau das: eine Amtszeitbegrenzung, damit „keine Ersatzkönige und -königinnen regieren"[1]. Grüne und Union machten sich diese Forderung zu eigen,[2] während andere Politikwissenschaftler*innen die Gegenposition einnahmen.[3] Vielleicht haben wir Deutschen jedoch auch einfach unseren eigenen hintergründigen Humor nicht verstanden, denn selbst

1 Zitiert nach: Tunk, Carola: Politikwissenschaftler Merkel: Amtszeit von Kanzlern unbedingt verkürzen, in: Berliner Zeitung, 26.03.2021, URL: https://www.berliner-zeitung.de/news/politikwissenschaftler-merkel-fordert-amtszeit-von-kanzlern-begrenzen-li.148755 [eingesehen am 09.08.2021].

2 Vgl. etwa dpa: Grüne und CDU – Debatte um begrenzte Kanzlerschaft, in: zdf.de, 29.04.2021, URL: https://www.zdf.de/nachrichten/politik/kanzler-zeit-begrenzung-merkel-baerbock-100.html [eingesehen am 09.08.2021].

3 Z. B.: Decker, Frank: Ist zwei Mal wirklich genug? Warum die Forderung nach einer Amtszeitbegrenzung der Bundeskanzler nicht zu Ende gedacht ist, in: Verfassungsblog, 02.06.2021, URL: https://verfassungsblog.de/ist-zwei-mal-wirklich-genug/ [eingesehen am 09.08.2021].

offenkundiger Wandel geht bei uns mit Kontinuität einher: Als Gerhard Schröder 2005 als Kanzler knapp nicht bestätigt wurde, hing dies auch mit einem Überdruss an des Kanzlers „Basta"-Politik zusammen. Die Bevölkerung wünschte sich einen anderen Politikstil, und sie fand und unterstützte ihn zeitweilig bei Angela Merkel. Oder besser gesagt: Sie bekam bei ihr einen anderen politischen Kommunikationsstil. Denn was unterscheidet inhaltlich die Aussage, etwas sei „alternativlos", von der Aussage „Basta – der Beschluss ist jetzt so gefallen, weil er als der einzig richtige im Kanzleramt erachtet wird"? Wenig, außer dass ironischerweise ausgerechnet das „Basta" von Schröder demokratischer ist, da es – theoretisch – impliziert, dass es eine Diskussion von Alternativen geben kann und auch gegeben hat. „Basta" heißt Schluss mit der Diskussion – es muss entschieden werden, und dies ist nun Kernaufgabe der Exekutive. „Alternativlos" avancierte hingegen gar zum Unwort des Jahres 2010, weil es die politische Debatte gar nicht erst mitdenke. „Alternativlos" suggeriere „sachlich unangemessen, dass es bei einem Entscheidungsprozess von vornherein keine Alternativen und damit auch keine Notwendigkeit der Diskussion und Argumentation gebe", so das harsche Jury-Urteil.[4] Die Formulierung der „Alternativlosigkeit" ist entsprechend eine demokratietheoretisch problematische Verengung des „Bastas". Zwar gestehen selbst ihre Gegner*innen der Kanzlerin zu, dass viele ihrer Entscheidungen möglicherweise jeweils die beste Alternative im Sinne einer pragmatischen Lösung wie im Falle der Eurokrise gewesen sei – nur gab es eben doch Alternativen. „Die Behauptung von Alternativlosigkeit ist nicht nur riskant, sondern auch irreführend. Demokratische Entscheidungen können keine absolute Richtigkeit oder Wahrheit beanspruchen, sie sind fehlbar und komplex", kommt auch die Politikwissenschaftlerin Astrid Séville zu einem kritischen Urteil bezüglich Merkels Rhetorik der Alternativlosigkeit.[5] Es ist im Kern zwar „nur" eine Rhetorik und spiegelt sicherlich nicht ein anti-pluralistisches Politikverständnis der Kanzlerin wider. Ähnlich wie das „Basta" erscheint aber auch Merkels Diktum der „Alternativlosigkeit" einer technokratischen, outputorientierten Exekutivüberlegung zu entstammen. Wenig erstaunlich indes, dass jeweils diese Art der politischen Kommunikation zum Kristallisationspunkt der oppositionellen Kritik geriet, denn: Etwas Könighaftes kann weder dem Schröderschen „Basta" noch der Merkelschen „Alternativlosigkeit" ganz abgesprochen werden. Formierte sich gegen Schröders „Basta" bezüglich der Arbeitsmarktpolitik die „Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit" (WASG), die später mit der PDS zu der Partei „Die Linke" fusionierte, gründete sich unter Merkel vordergründig anlässlich der Euro-Rettungspolitik, aber im Kern verursacht durch Unzufriedenheit im national-konservativen Lager, die „Wahlalternative 2013", deren Protagonisten bald daraufhin die AfD ins Leben riefen.[6] Und der eher staatstragende Teil der Coronaproteste jenseits der „Querdenker"-Bewegung opponierte in den vergangenen Monaten weniger gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, sondern vor allem gegen die Art, *wie* diese kommuniziert wurden. Die vorwiegend von Schauspieler*innen getragene #allesdichtmachen-Kampagne im April 2021 mag die Corona-Maßnahmenpolitik zwar intellektuell nicht durchdrungen haben. Sie stellte aber auf künstlerisch-emotionaler Ebene die Defizite der öffentlichen Debatte und politischen Kommunikation bloß, die als eine Art Fortsetzung der „Alternativlosigkeit" der 2010er Jahre interpretiert

4 Hier zitiert nach dpa: Unwort des Jahres ist „alternativlos", in: ZEIT ONLINE, 18.01.2011, URL: https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2011-01/unwort-2010-alternativlos [eingesehen am 09.08.2021].

5 Séville, Astrid: Ton in Ton, in: taz, 30.10.2016, URL: https://taz.de/Astrid-Seville/!a36569/ [eingesehen am 09.08.2021]. Detailliert in: Séville, Astrid: There is no alternative: Politik zwischen Demokratie und Sachzwang, Frankfurt a. M. 2017.

6 Zur Gründung der AfD und zur Unterscheidung der Gründungsursache vom Gründungsanlass siehe Franzmann, Simon T.: Die Wahlprogrammatik der AfD in vergleichender Perspektive, in: Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung, H. 20/2014, S. 115–124.

wurden. Ob diese Interpretation angemessen ist, sei dahingestellt. Das große rhetorische Vermächtnis der Ära Merkel – das „Wir schaffen das" während der so genannten Flüchtlingskrise 2015 – weist in eine andere Richtung. Denn hier stellte die Kanzlerin ihre Entscheidung nicht als alternativlos dar, sondern als die politische Variante, die sie geschlossenen Grenzen vorzieht.

Aber hier soll es nicht um eine Bilanz der Regierung Merkel gehen, sondern vielmehr um den gesellschaftlichen Ausdruck von Unbehagen angesichts einer wahrgenommenen Machtfülle und damit einhergehenden technokratischen Debattenlosigkeit. Hätte eine Amtszeitbegrenzung den Ursachen dieses Unbehagens entgegenwirken können? Bedenkt man, dass sich die zwei erfolgreichsten Parteineugründungen seit 1990 an den Rändern des Parteiensystems abspielten und nicht nur durch ihre Themen, sondern auch in ihrer Gegnerschaft zur jeweiligen Kanzlerin bzw. zum jeweiligen Kanzler begründet waren, ist dies ein guter Hinweis, dass wir uns nicht nur aus feuilletonistischer Unterhaltung über eine Amtszeitbegrenzung Gedanken machen sollten. Denn sie betrifft die Frage nach der Stabilität unseres politischen Systems. Es geht eben nicht nur um ein *gefühltes* Unbehagen in Teilen der Bevölkerung. Die Frage ist: Würde unsere parlamentarische Demokratie tatsächlich besser funktionieren im Sinne einer besseren Umsetzung der Wünsche der Wählerschaft und in der Folge einer höheren Demokratiezufriedenheit, wenn wir eine Amtszeitbegrenzung der Kanzlerschaft hätten? Und erzeugen wir ohne sie potenzielle Ersatzkönig*innen, wie Wolfgang Merkel, es formulierte?

Es gibt eindeutige Hinweise darauf, dass dem so ist. Insbesondere birgt eine Amtszeitbegrenzung das Potenzial einer verbesserten Repräsentationsbeziehung zwischen Regierten und Regierenden und somit in der Wirkung eine erhöhte Demokratiezufriedenheit in der Bevölkerung. Dies gilt vor allem dann, wenn ein politisches System in der Regierungsbildung zeitweilig unflexibel ist, wie ich nachfolgend argumentieren werde.

Warum Amtszeitbegrenzungen der parlamentarischen Demokratie eigentlich wesensfremd sind

Offenkundig liegt in der stark zunehmenden Personalisierung der Politik ein Element, das wir in der Grundkonzeption der parlamentarischen Parteiendemokratie nicht bedacht haben.[7] Und tatsächlich ist es gar nicht so leicht, die Frage nach den Vor- und Nachteilen einer Amtszeitbegrenzung befriedigend zu klären. Vielleicht mag man einwerfen: Könnte das nicht einfach jemand einmal modellieren, welche Effekte die Einführung einer Amtszeitbegrenzung hätte – so wie auch zur Erklärung der Corona-Pandemie Modelle erstellt wurden? Selbstverständlich ist das möglich, nur müssen wir uns über die Begrenztheit der langfristigen Aussagekraft solcher Prognosemodelle bewusst sein. Denn wir stehen hier ja vor der Aufgabe, die Wirkung einer Maßnahme – der Amtszeitbegrenzung – abzuschätzen, die es bislang in parlamentarischen Demokratien nicht gibt. Wir müssen nach dem Kontrafaktum fragen, also danach, ob irgendetwas *nicht* eingetreten wäre oder künftig eintreten *würde*, wenn es die Amtszeitbegrenzung gäbe.

Zur Annäherung an eine Antwort müssen wir uns zunächst vergegenwärtigen, warum Amtszeitbegrenzungen der parlamentarischen Demokratie eigentlich wesensfremd sind. Das zentrale Erfordernis einer repräsentativen Demokratie ist es, dass sich die Regierenden in ihren Entscheidungen nach den Wünschen der Regierten richten. In der Politikwissenschaft sprechen wir von „Responsivität". Der US-amerikanische Demokratieforscher Robert A. Dahl definierte eine Demokratie entsprechend als diejenige Staatsform, in der die Re-

7 Politikwissenschaftlich präziser als „Präsidentialisierung" bezeichnet (vgl. Poguntke, Thomas: Präsidentialisierung: Entmachtung des Parlaments?, in: Arnim, Hans-Herbert von (Hrsg.): Erosion von Demokratie und Rechtsstaat? Beiträge auf der 17. Speyerer Demokratietagung vom 26. bis 27. Oktober 2017 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2018, S. 190–204), worauf ich später noch eingehe.

gierenden sich responsiv zu den Wählerwünschen verhalten.[8] Zur Sicherstellung dieser Responsivität bedarf es einer Sanktionsmöglichkeit. Diese garantiert, dass die Regierenden ggf. bestraft oder belohnt werden, wenn sie die Wünsche der Regierten nicht umsetzen. Die Regierenden müssen also zur Verantwortung gezogen werden können. Dies geschieht in Demokratien mittels fairer und freier Wahlen, bei denen die Bevölkerung regelmäßig die Möglichkeit erhält, die Regierung abzuwählen und die vormalige Opposition in die Regierung zu schicken. Dieser Kreislauf aus Responsivität und Verantwortlichkeit sichert u. a. die demokratische Qualität eines politischen Systems. Nun ist dieser Kreislauf dynamisch zu denken; Responsivität ist nicht statisch. Die Welt verändert sich während einer Legislaturperiode. Die Regierung erhält demnach ein allgemeines Mandat, das politische Gemeinwesen im Sinne der Wahlbevölkerung für eine bestimmte Amtszeit nicht nur zu erhalten, sondern auch weiterzuentwickeln und den äußeren Umständen anzupassen. Der Kreislauf aus Responsivität und Verantwortlichkeit soll über den Wählerstimmenwettbewerb somit auch Innovation gewährleisten.[9] Im Grunde sammelt die Opposition zum jeweiligen Wahlzeitpunkt bei ausbleibender oder mangelnder Innovation dialektisch die Unzufriedenen ein, bis sie die neue Mehrheit stellt. Demokratien nutzen somit inhaltliche Konflikte im politischen System zur eigenen Stabilisierung und Weiterentwicklung, während Autokratien solche Konflikte unterdrücken. Eine Amtszeitbegrenzung würde diese Dynamik rüde unterbrechen. Ohne die Möglichkeit einer Wiederwahl fehlt der Sanktionsmechanismus, der die Responsivität sicherstellt. So gesehen lag die größte historische Leistung von Helmut Kohl vielleicht gar nicht in der Deutschen Einheit, sondern in der Akzeptanz der Niederlage im Jahre 1998, die Deutschland erstmals einen „vollständigen" Regierungswechsel von schwarz-gelb zu rot-grün brachte.[10] Und trotzdem gab es auch zu Kohls Zeiten schon Überlegungen, ob eine Amtszeitbegrenzung sinnvoll gewesen und ein Teil des so genannten „Reformstaus" der 1990er Jahre nicht aufgetreten wäre, hätte es schon vor 1998 wenigstens einen Wechsel im Kanzleramt gegeben.

Warum es in präsidentiellen Systemen trotzdem Amtszeitbegrenzungen gibt

Amtszeitbegrenzungen werden in Deutschland meist mit Blick auf gänzlich andere politische Systeme wie das in den USA gefordert, obwohl das dortige präsidentielle System grundlegend anders funktioniert als eine parlamentarische Demokratie. Während wir in Deutschland wie selbstverständlich von einer Schicksalsgemeinschaft der mehrheitstragenden Fraktionen im Parlament mit der Regierungsspitze ausgehen, ist die US-amerikanische Präsidentschaft nicht auf die politische Unterstützung des Kongresses angewiesen. Er – oder künftig womöglich auch sie – wird direkt von der Bevölkerung gewählt und ggf. bei der nächsten Wahl auch wieder abgewählt. Aus politischen Gründen kann es zwischen diesen beiden Urnengängen keine Abberufung geben. Ein Misstrauensvotum wie in einer parlamentarischen Demokratie ist nicht vorgesehen. Lediglich bei schweren verfassungsrechtlichen Verstößen kann es mit einer Zweidrittelmehrheit in beiden Parlamentskammern zu einer Absetzung des Präsidenten, dem so genannten „Impeachment", kommen. Während die direkte Legitimation der

8 Da laut Dahl das Ideal der Demokratie nicht zu erreichen sei, sondern nur annährend zu erfüllen, bezeichnete er die realen Ausprägungen als „Polyarchien" – Vielherrschaften, vgl. Dahl, Robert A.: Polyarchy: Participation and Opposition, New Haven/London 1971.

9 Vgl. Lowi, Theodore: Toward functionalism in political science: The case of innovation in party systems, in: American Political Science Review, Jg. 57 (1963), H.3, S. 570–583 und Franzmann, Simon T.: Opposition und Staat. Zur Grundlegung der Parteiendemokratie, in: Bukow, Sebastian/Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Parteien in Staat und Gesellschaft. Zum Verhältnis von Parteienstaat und Parteiendemokratie, Wiesbaden 2016, S. 51–83.

10 Ansonsten blieb bisher im Bund immer mindestens eine der vorherigen Regierungsparteien Teil der nachfolgenden Regierung.

Präsidentschaft durchaus als ein Vorteil im Sinne eines zusätzlichen Partizipationskanals für die Bevölkerung gesehen werden kann, erwächst hieraus aber auch eine Form der dualen Legitimität, die zu einer kontinuierlichen Konfliktstellung von Legislative und Exekutive führt. Der Politikwissenschaftler Juan Linz sah genau in dieser dualen Legitimität einen permanenten Konfliktherd, der im Kern nicht lösbar sei. Ohne eine den Kompromiss begünstigende politische Kultur würden präsidentielle Systeme daher anfällig sein, zusammenzubrechen.

Die große Machtfülle des US-Präsidenten hat im historischen Prozess und nach Vorbild des ersten Präsidenten George Washington dazu geführt, dass nur *eine* Wiederwahl erlaubt wurde. Es gibt nicht wenige in der Politikwissenschaft, die daher präsidentielle Systeme als im Kern undemokratisch betrachten, weil sie einer Person strukturell so viel Macht geben, dass sie den Responsivitäts-Verantwortlichkeitsmechanismus außer Kraft setzen. Sie halten präsidentielle Demokratien daher schlicht für „begrenzte Monarchien“[11]. Eine Lösung dieses Dilemmas bietet die Schweizer Verfassung: Als diese 1848 ausgearbeitet wurde, erhielt nicht eine Person, sondern ein Kollektivorgan aus sieben Personen – der Bundesrat – die präsidiale Macht. In diesem Kollektivorgan wechselt zudem jährlich der Vorsitz.[12] In beiden Fällen wird die implizite oder explizite Amtszeitbegrenzung durch die exekutive Machtfülle begründet, die diesen schweren Eingriff in den demokratischen Responsiviätsmechanismus erforderlich mache. Im Falle einer repräsentativen Demokratie verbietet sich jedoch eine einfache Analogie zu einem präsidentiellen System schlicht aufgrund der Unterschiedlichkeit der Systeme. Um das nachvollziehen zu können, müssen wir uns die Kette der Responsivität in einer parlamentarischen Demokratie vertieft anschauen.

Das Gesetz der abnehmenden Responsivität

Die Qualität der demokratischen Repräsentation wird häufig über die inhaltliche Kongruenz der Wahlbevölkerung mit der Regierung ermittelt. Sofern diese stark sei, könne auch von einer hohen Responsivität ausgegangen werden.[13] Nun sind aber mehrere Schritte vonnöten, bis aus den Präferenzen der Wählerschaft eine konkrete Regierungspolitik folgt. Auf jedem dieser Schritte verringert sich zwangsläufig die Kongruenz zwischen Wählerschaft und Regierenden.[14] Im ersten Schritt wird über den Wahlmechanismus die tatsächliche Heterogenität der Bevölkerung in repräsentierte Heterogenität umgewandelt.[15] Neben der mechanischen Verzerrung durch den automatischen Ausschluss von Wählerstimmen durch die Prozenthürde, zeigt sich in den letzten Jahrzehnten ebenso eine Zunahme einer verzerrten Wahlenthaltung sozio-ökonomisch benachteiligter Gruppen, sodass das Parlament eben nicht die vollständige gesellschaftliche Heterogenität abbildet, weder inhaltlich noch symbolisch. Durch das Fernbleiben vor allem sozio-ökonomisch schlechter gestellter Gruppen von den Wahlurnen droht ein Teufelskreis: Diejenigen, die sich ohne-

11 Prakash, Saikrishna Bangalore: The Living Presidency. An Originalist Argument Against Its Ever-Expanding Powers, Cambridge u. a. 2020, zitiert nach Ganghof, Steffen: Beyond Presidentialism and Parliamentarism. Democratic Design and the Separation of Powers, New York 2021, S. 7.

12 Diese Informationen zur Genese der Schweizer Verfassung wurde entnommen aus Lijphart, Arend: Parliamentary versus presidential government, New York 1992. Zu den weiteren Besonderheiten der schweizerischen Exekutiv-Legislativ-Dynamik siehe Ganghof: Beyond Presidentialism, S. 35 ff.

13 Vgl. Golder, Matt/Ferland, Benjamin: Electoral rules and citizen-elite ideological congruence. The Oxford handbook of electoral systems, New York 2017.

14 Vgl. Powell, G. Bingham: Representation, achieved and astray: Elections, institutions, and the breakdown of ideological congruence in parliamentary democracies, Cambridge 2019.

15 Vgl. Franzmann, Simon T.: Competition, contest, and cooperation: The analytic framework of the issue market, in: Journal of Theoretical Politics, Jg. 23 (2011), H.3, S. 317–343.

hin schon nicht gut in die Gesellschaft integriert fühlen und auch tatsächlich schlechter integriert sind, enthalten sich der Wahl, weshalb ihre Präferenzen nicht in das politische System eingespeist werden.[16] Die politischen Parteien sehen zudem wenig Anreize, um eine Wählergruppe zu werben, die höchstwahrscheinlich ohnehin nicht wählen geht. Unter Umständen verhalten sich die Parteien zwar hochresponsiv – aber nur in Bezug auf die Gruppen, die wirklich wählen. Auf der nächsten Stufe der Delegationskette einer parlamentarischen Demokratie kommt es nun zu einer weiteren Einschränkung: Aus dem schon verzerrt repräsentativen Parlament heraus wird die Regierung gewählt. Mit höherer Wahrscheinlichkeit wird sich diese Regierung auf jene Parteien stützen, deren Wählerschaft besonders zahlreich an der Wahl teilgenommen hat. Der andere Teil der Wählerschaft landet zumindest temporär in der parlamentarischen Opposition. Grundsätzlich geht die empirische Demokratieforschung davon aus, dass mit einer größeren Abdeckung – oder: Inklusion – der Wählerschaft durch die Regierungsparteien auch die Demokratiequalität steigt.[17] Ein ähnlicher Effekt entsteht auch, je mehr Parteien sich in einer Regierungskoalition wiederfinden.[18] Allerdings gibt es hier einen für die Demokratiequalität paradoxen Effekt: Zwar weisen Vielparteienkoalitionen eine vergleichsweise hohe Kongruenz mit den Präferenzen der Gesamtbevölkerung auf, doch zugleich ist es für die Bevölkerung schwieriger, die Verantwortlichkeit für konkrete politische Maßnahmen den einzelnen Regierungsparteien zuzuordnen. Was auf den ersten Blick nach höherer Kongruenz und somit auch höherer Responsivität aussieht, bedeutet im Zeitverlauf zugleich eine Einschränkung des Responsivitäts-Verantwortlichkeitsmechanismus.

Die Möglichkeit zum Regierungswechsel oder eine wie auch immer geartete Alternanz der Regierungszusammensetzung[19] bleibt somit zentral, um die demokratische Qualität und auch im Zeitverlauf eine umfassende Berücksichtigung der Präferenzen der Wahlbevölkerung sicherzustellen. Im dritten Delegationsschritt verstärkt sich die Inkongruenz nun noch weiter, weil aus der Regierung heraus die Initiativen für konkrete politische Maßnahmen erfolgen und diese nicht unerheblich vom politischen Spitzenpersonal und im deutschen Fall von der Richtlinienkompetenz der Kanzlerin oder des Kanzlers abhängen. Wie bereits dargestellt, besteht – anders als im präsidentiellen System – im parlamentarischen System eine permanente Sanktionsmöglichkeit gegen die Regierungsspitze aus dem Parlament heraus, nämlich die Abberufung mittels eines Misstrauensvotums. Dies sichert ein Mindestmaß an Responsivität im gesamten politischen Prozess. Allerdings sollte nicht vergessen werden, wie weit wir uns hier in der Delegationskette schon von der Parteibasis und der Wählerschaft als Gesamtheit entfernt haben.

Eines der ältesten Gesetze der Parteienforschung ist der von dem Soziologen Robert Michels bereits 1911 diagnostizierte Umstand, dass die Parlamentsfraktion in einer repräsentativen Demokratie früher oder später das Kraftzentrum einer Partei wird – allein aufgrund ihrer Expertise und der ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen. Michels nannte es das „Gesetz der Oligarchie" – dass wenige aus der Fraktion die Parteigeschicke bestimmen. Die deutsche „Kanzlerdemokratie" (Niclauß) verstärkt und verändert diesen Effekt insofern, als dass die Fraktion ja die Regierungsmehrheit sicherstellen muss.

Eine lange Amtsdauer der Kanzlerin oder des Kanzlers geht in der Regel mit einer Dominanz

16 Elsässer, Lea/Hense, Svenja/Schäfer, Armin: „Dem Deutschen Volke"? Die ungleiche Responsivität des Bundestags, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, H. 27/2017, S. 161–180, URL: https://doi.org/10.1007/s41358-017-0097-9 [eingesehen am 20.08.2021].

17 Lijphart, Arend: Patterns of democracy, New Haven 2012.

18 Powell: Representation, achieved and astray, S. 202.

19 Vgl. Kaiser, André: Alternanz und Inklusion. Zur Repräsentation politischer Präferenzen in den westeuropäischen Demokratien, 1950–2000, in: Kaiser, André/Zittel, Thomas (Hrsg.): Demokratietheorie und Demokratieentwicklung, Wiesbaden 2004, S. 173–196.

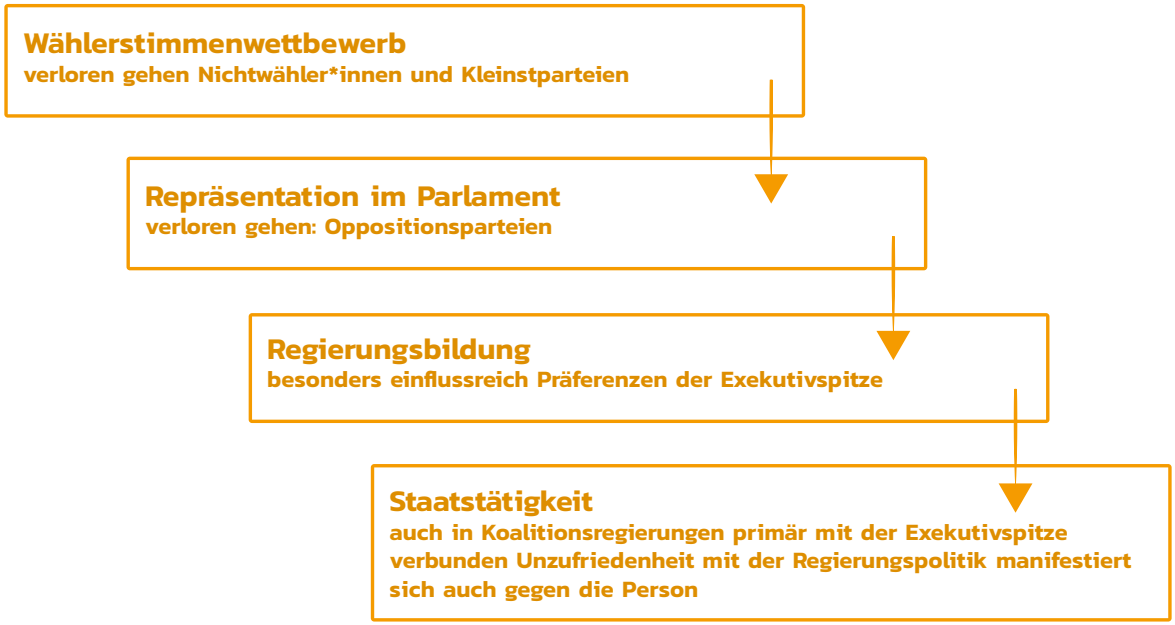


Abbildung 1: Die Delegations- und Responsivitätskette in parlamentarischen Demokratien (eigene Darstellung in Anlehnung an Powell 2019 und Strøm 2000).[21]

der Regierungsspitze über die Fraktion einher. Entsprechend wertet die Politikwissenschaft den Austausch der Regierungsspitze durchaus als ein Element der Alternanz, weil mit ihrer Erneuerung eine Veränderung der persönlichen Netzwerke, Themenschwerpunkte und somit der konkreten Regierungspolitik einhergeht – selbst ohne Wechsel der Parteienzusammensetzung der Regierung.[20]

Hier kommt nun die Amtszeitbegrenzung ins Spiel: Sie ergibt dann Sinn, wenn sie der strukturellen wie temporalen Abnahme der Responsivität entgegenwirkt. Mit dem erzwungenen Austausch der Regierungsspitze wird zwar die Sanktionsmöglichkeit per Wahlen suspendiert – allerdings nicht für die Partei oder andere Regierungsmitglieder, sondern nur für die Spitze der Exekutive. Der Eingriff über eine Amtszeitbegrenzung wäre in einer parlamentarischen Demokratie also viel geringer als in einer präsidentiellen Demokratie, da die Sanktionsmöglichkeit der Regierungsparteien und somit der tragenden Säule der Exekutive bestehen bliebe! Er könnte aber die sich im politischen Prozess verfestigende Verkrustung der Verbindung zwischen Exekutivspitze, Fraktion und Parteiführung der größten Regierungspartei lösen. Die oben dargestellte Delegationskette würde dadurch potenziell stärker an die Partei und damit mittelbar – wenn auch bis zur nächsten Wahl nicht unmittelbar – an die Wählerschaft zurückgebunden. Die Hoffnung wäre also, eine höhere Responsivität darüber herzustellen, dass über neue personelle Ver- und Entflechtungen Gruppen in der Regierungsarbeit besser repräsentiert würden, die bislang nicht repräsentiert wurden. Eine neue Regierungsspitze sähe sich auch damit konfrontiert, eigene Leistungen gegenüber der Wählerschaft erbringen zu müssen, um für eine Mehrheit wählbar zu sein. Unter Umständen wäre sie auch darauf angewiesen, neue Wählergruppen ins Visier zu nehmen. Allerdings würde die neue Regierungsspitze ebenfalls den alten Regierungsparteien angehören – sofern mit dem Ausscheiden der alten Exekutivspitze nicht auch ein

20 Kaiser: Alternanz und Inklusion, S. 183.

21 Vgl. Powell: Representation, achieved and astray und: Strøm, Kaare: Delegation and accountability in parliamentary democracies, in: European journal of political research, Jg. 37 (2000), H. 3, S. 261–290.

Wechsel der Koalitionspartner einhergeht. Einen echten demokratischen Wechsel kann eine Amtszeitbegrenzung selbstverständlich nicht ersetzen – ebenso wenig, wie die zahlreichen institutionellen Vetopunkte, wie z. B. die Möglichkeit der Anrufung des Verfassungsgerichts, einer strukturellen Minderheit gleiche Einflusschancen im politischen Prozess einräumt.[22] Wir müssen uns also abschließend fragen, ob die Amtszeitbegrenzung *trotzdem* zu einer Verbesserung der Demokratiequalität beitragen kann. Wäre sie geeignet, dem entgegenzuwirken, was die Politikwissenschaftler Schäfer und Zürn als „demokratische Regression" bezeichnet haben – nämlich der Abkehr vom Ideal der Demokratie bei gleichzeitigem Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen?[23]

Amtszeitbegrenzung als Prävention gegen unerwünschten Stillstand

Die Antwort ist: Das *Fehlen* einer Amtszeitbegrenzung erschwert eine Verbesserung der Repräsentationsbeziehung. Die obigen Überlegungen zeigen deutlich, dass umgekehrt die Existenz einer Amtszeitbegrenzung ein Gelegenheitsfenster zur Etablierung neuer Regierungs- und damit mittelbar auch Repräsentationsstrukturen öffnet – und damit auch die *Chance* böte, verlorenes Vertrauen in der Bevölkerung durch neues Spitzenpersonal aufzubauen. Dass neues Personal diese Chance nicht notwendigerweise auch nutzen würde, steht außer Frage. Zwei Entwicklungen der letzten Jahre in Verbindung mit unserem auf Stabilität ausgerichteten Grundgesetz lassen aber die Amtszeitbegrenzung umso notwendiger erscheinen: Erstens die zunehmende „Präsidentialisierung" der parlamentarischen Systeme und zweitens die Tendenz zu großen Mehrparteienkoalitionen. „Präsidentialisierung" heißt hier verkürzt, dass aufgrund zahlreicher parallel ablaufender Prozesse, wie der stärkeren Medienfokussierung und der komplexen Lösungsstrukturen der Institutionen der Europäischen Union mit seinen multiplen Entscheidungsebenen, die autonomen Handlungsbefugnisse der Exekutive so sehr zugenommen haben, dass in parlamentarischen Systemen die Exekutivspitze das Parlament, die eigene Partei und den Wahlprozess zunehmend dominiert.[24] Stärker als in der Vergangenheit gibt es also einen äußeren Druck, Ersatzkönig*innen zu schaffen. Diese nun mit zusätzlicher *de-facto*-Handlungsautonomie ausgestattete Exekutivspitze muss angesichts der zunehmend fragmentierten Parteienlandschaft mit der Tendenz, übergroße Koalitionen in der politischen Mitte zu schaffen, kaum noch befürchten, direkt abgewählt zu werden. Auch dies ist neu. Selbst wenn Helmut Kohl als erster Bundeskanzler mit seiner schwarz-gelben Regierung *komplett* abgewählt wurde, drohte doch über Jahrzehnte jeder anderen Bundesregierung bei Bundestagswahlen zumindest theoretisch ebenfalls die komplette Abwahl. Das ist in der Praxis aber nicht passiert – das heißt, die aktuelle politische Landschaft ist so beschaffen, dass die Sanktionsmöglichkeit der Wählerschaft gegenüber den Regierenden eingeschränkt ist. Dies ist exakt die Konstellation, vor welcher der Parteienforscher Giovanni Sartori immer gewarnt hat: Durch die Nicht-Möglichkeit, einen vollständigen Regierungswechsel herbeizuführen, werden die politischen Ränder gestärkt.[25] Die Unzufriedenen in der Wählerschaft haben gar keine andere Möglichkeit, als extremere Randparteien zu wählen, wollen sie die Regierung sanktionieren. So entsteht ein Teufelskreis: Da die Ränder stärker werden, müssen noch mehr Mitte-Parteien miteinander koalieren, weswegen extremere Randparteien gewählt werden, weswegen wieder nur die Parteien um die Mitte herum eine Koalition bilden können usw. Eine Amtszeit-

22 Vgl. Ganghof, Steffen: Politische Gleichheit und echte Mehrheitsdemokratie: Über die normativen Grundlagen institutioneller Arrangements, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 15 (2005), H. 3, S. 741–763.

23 Vgl. Schäfer, Armin und Michael Zürn: Die demokratische Regression. Frankfurt am Main 2021.

24 Vgl. Poguntke: Präsidentialisierung.

25 Sartori, Giovani: Parties and Party Systems: a framework for analysis, Cambridge 1976. Er spricht hier von einer zentrifugalen Wettbewerbsdynamik.

begrenzung kann dieser Spirale der Stärkung extremer Parteien zumindest teilweise entgegenwirken. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der Diskursqualität eines politischen Systems. Sie leidet aufgrund der (über)großen Koalitionen in der Mitte, weil die miteinander koalierenden Parteien weniger miteinander öffentlich streiten. Opponiert eine große mitte-rechts Partei oder ein Block aus mitte-rechts Parteien gegen ein mitte-links Regierungsbündnis, so kann die Wählerschaft deren Unterschiede klarer erkennen und deren Politik entsprechend sanktionieren oder belohnen. Öffentlich werden Alternativen aus der Mitte und nicht der extremen Ränder diskutiert.[26] Der oben diskutierte Begriff der „Alternativlosigkeit" verliert dann seine Bedrohlichkeit – weil die Alternativen klarer zu erkennen sind. Eine Amtszeitbegrenzung wäre vor diesem Hintergrund als eine Art Notfallmechanismus zu verstehen, der (mit-)verhindern soll, dass ein politisches System zu stark in eingefahrenen Bahnen verharrt. Der erzwungene Austausch der Exekutivspitze wäre somit als möglicher Impuls für eine Re-Konfiguration der politischen Landschaft zu sehen. Als solcher sollte er vorsichtig eingesetzt werden – weil die amtierende Regierungsspitze sich ja auf eine demokratisch legitimierte Mehrheit stützen kann.

Der doppelte Verweis der Gegner der Amtszeitbegrenzung zum einen auf andere parlamentarische Systeme, die auch keine Amtszeitbegrenzung hätten, sowie zum anderen auf die US-Präsidenten, die durch die Amtszeitbegrenzung zur „lame duck" würden, sticht meines Erachtens nicht.[27] Anders als in präsidentiellen Systemen bleibt die parlamentarische Regierung vom Vertrauen des Parlamentes permanent abhängig. Die beteiligten Regierungsparteien stehen zudem zur Wiederwahl. Eine tatsächlich machtlose Exekutivspitze kann sofort abgewählt werden. Es wäre schlicht eine ganz andere, mit einem präsidentiellen System nicht vergleichbare Situation. Die phasenweise Dominanz, mit der Angela Merkel während der Corona-Pandemie bei der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) auftrat, widerlegt aktuell das „lame duck"-Argument deutlich. Kritiker*innen, die von ihr in diesem Rahmen noch mehr Durchsetzungsfähigkeit erwarten, übersehen, dass der Bundeskanzlerin bei der MPK eigentlich so gut wie gar kein Einfluss zugedacht ist. Die Diskussion um ihre Rolle belegt also eher Merkels mittlerweile ungewöhnlich starke Stellung im politischen System der BRD, *obwohl* sie nicht zur Wiederwahl antritt. Bleibt der berechtigte Blick auf die anderen parlamentarischen Systeme. Diese sind aber weder institutionell noch politisch kulturell so stark auf Stabilität ausgerichtet wie das deutsche. Ein Beispiel hierfür ist das schwedische System.[28] Die dortige Lösung für eingefahrene Situationen besteht häufig in der Bildung einer Minderheitsregierung, weil hier alleine die Duldung einer Regierung ausreicht – ein Weg, der in Deutschland aufgrund des Erfordernisses einer „Kanzlermehrheit"[29] institutionell schwieriger umsetzbar und zudem bislang politisch-kulturell wenig populär ist. Das konstruktive Misstrauensvotum, das tatsächlich als deutsche Besonderheit

26 Dies zeigt sich in einer Simulation schon alleine für die programmatischen Aspekte des deutschen Parteienwettbewerbs (Vgl. Schmitt, Johannes/Franzmann Simon T: A Polarizing Dynamic by Center Cabinets? The Mechanism of Limited Contestation, in: *Historical Social Research, Jg.* 43 (2018), H. 1, S. 168–209.). Die Diskursqualität und die Komponente der Personalisierung wurden dort (noch) nicht mit modelliert.

27 Z. B.: Decker: Ist zwei Mal wirklich genug?

28 Wieder kürzlich in Schweden im Juli 2021 zu beobachten, als der von der alten Koalition nicht mehr gestützte Ministerpräsident Löfven nach einer neuen geduldeten Regierung suchen konnte: O. A.: Löfven erhält eine neue Chance, in: tagesschau, 01.07.2021, URL: https://www.tagesschau.de/ausland/schweden-regierung-sondierung-loefven-101.html [eingesehen am 20.08.2021].

29 Der umgangssprachliche Begriff „Kanzlermehrheit" existiert formal nicht. Er drückt aber hinreichend präzise aus, dass im deutschen System zur Wahl der Kanzlerin oder des Kanzlers in der Regel eine absolute Mehrheit der Parlamentsabgeordneten nötig ist. Eine Ausnahme bildet lediglich der noch nie eingetretene Fall, dass das Parlament innerhalb von 14 Tagen nicht eine solche Mehrheit findet, sodass in der dritten Wahlphase die einfache Mehrheit zur Wahl reicht.

für Stabilität im parlamentarischen System sorgt, ist diesen anderen Systemen fremd. Insofern wäre die Amtszeitbegrenzung als Mittel zur Prävention politischen Stillstandes als eine verfassungsrechtliche Ergänzung des für Stabilität sorgenden konstruktiven Misstrauensvotums zu sehen.

Fazit

Insbesondere bei dem so auf Stabilität bedachten System der BRD ergibt eine Amtszeitbegrenzung der Exekutivspitze Sinn, da so die Responsivität erhöht, die Repräsentationsbeziehung zur Bevölkerung verbessert und schließlich eine eingefahrene Regierungsbildungspraxis durchbrochen werden kann, die im ungünstigsten Fall eine Unzufriedenheitsspirale zugunsten der politischen Ränder auszulösen vermag. Allerdings sollte sie aufgrund ihres der Demokratie auf den ersten Blick wesensfremden Charakters als Teil der temporalen Gewaltenteilung mit Vorsicht eingeführt werden. Wer eine Amtszeitbegrenzung als sinnvoll erachtet, muss sich dazu äußern, wie lange denn die Amtszeit maximal dauern darf. Die häufig diskutierte Möglichkeit einer einmaligen Wiederwahl oder eine Begrenzung auf zehn Jahre orientiert sich an präsidentiellen Systemen. Für eine parlamentarische Demokratie halte ich diese Zeitspanne für zu kurz, da die Amtszeitbegrenzung nur als eine Art absolutes Limit zur Vorbeugung einer die Demokratie selbst unterminierenden Situation gedacht sein kann. So schnell entsteht ein*e Ersatzkönig*in vermutlich nicht – zumindest, soweit wir dies rückblickend erkennen können. Auch sollte bedacht werden, dass die oder der amtierende Kanzler*in eine demokratisch legitimierte Mehrheit hat. Entsprechend vorsichtig sollte das Instrument der Amtszeitbegrenzung eingesetzt werden. Sinnvoll ist sie zur Verhinderung einer eingefahrenen politischen Landschaft, in der es kaum die Aussicht auf einen vollkommenen Regierungswechsel gibt und die Parteien der Mitte als tatsächliche oder potenzielle Koalitionspartner sich öffentlich weniger voneinander klar abgrenzen, als wenn sie vollständig um die Regierungsmacht miteinander konkurrieren würden. Hier kann der erzwungene personelle Austausch ein Impuls für neue politische Bündnisse setzen und zur Revitalisierung des politischen Diskurses dienen.

Die Historie der BRD gibt zwei Anhaltspunkte für mögliche Zeitspannen: Der erste Kanzler Konrad Adenauer ging nach 14 Jahren, bei Helmut Kohl und Angela Merkel werden es jeweils 16 Jahre werden. Wenn wir diese Parallelität nicht als Zufall begreifen, sondern als Ausdruck des richtigen Zeitpunktes, dann sollten wir diese 16 Jahre als Referenz nehmen und als Notfallmechanismus im Grundgesetz verankern, um der im Zeitverlauf abnehmenden Responsivität – also einer verschlechterten Repräsentationsbeziehung – einer parlamentarischen Regierung institutionell entgegenzuwirken.

Literatur:

Dahl, Robert A.: Polyarchy: Participation and Opposition, New Haven/London 1971.

Decker, Frank: Ist zwei Mal wirklich genug? Warum die Forderung nach einer Amtszeitbegrenzung der Bundeskanzler nicht zu Ende gedacht ist, in: Verfassungsblog, 02.06.2021, URL: https://verfassungsblog.de/ist-zwei-mal-wirklich-genug/ [eingesehen am 09.08.2021].

dpa: Grüne und CDU – Debatte um begrenzte Kanzlerschaft, in: zdf.de, 29.04.2021, URL: https://www.zdf.de/nachrichten/politik/kanzler-zeit-begrenzung-merkel-baerbock-100.html [eingesehen am 09.08.2021].

dpa: Unwort des Jahres ist „alternativlos", in: ZEIT ONLINE, 18.01.2011, URL: https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2011-01/unwort-2010-alternativlos [eingesehen am 09.08.2021].

Elsässer, Lea/Hense, Svenja/Schäfer, Armin: „Dem Deutschen Volke"? Die ungleiche Responsivität des Bundestags, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, H. 27/2017, S. 161–180, URL: https://doi.org/10.1007/s41358-017-0097-9 [eingesehen am 20.08.2021].

Franzmann, Simon T.: Competition, contest, and cooperation: The analytic framework of the issue market, in: Journal of Theoretical Politics, Jg. 23 (2011), H.3, S. 317–343.

Franzmann, Simon T.: Die Wahlprogrammatik der AfD in vergleichender Perspektive, in: Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung, H. 20/2014, S. 115–124.

Franzmann, Simon T.: Opposition und Staat. Zur Grundlegung der Parteiendemokratie, in: Bukow, Sebastian/Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Parteien in Staat und Gesellschaft. Zum Verhältnis von Parteienstaat und Parteiendemokratie, Wiesbaden 2016, S. 51 –83.

Ganghof, Steffen: Beyond Presidentialism and Parliamentarism. Democratic Design and the Separation of Powers, New York 2021.

Ganghof, Steffen: Politische Gleichheit und echte Mehrheitsdemokratie: Über die normativen Grundlagen institutioneller Arrangements, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 15 (2005), H. 3, S. 741–763.

Golder, Matt/Ferland, Benjamin: Electoral rules and citizen-elite ideological congruence. The Oxford handbook of electoral systems, New York 2017.

Kaiser, André: Alternanz und Inklusion. Zur Repräsentation politischer Präferenzen in den westeuropäischen Demokratien, 1950–2000, in: Kaiser, André/Zittel, Thomas (Hrsg.): Demokratietheorie und Demokratieentwicklung, Wiesbaden 2004, S. 173–196.

Lijphart, Arend: Parliamentary versus presidential government, New York 1992.

Lijphart, Arend: Patterns of democracy, New Haven 2012.

Lowi, Theodore: Toward functionalism in political science: The case of innovation in party systems, in: American Political Science Review, Jg. 57 (1963), H.3, S. 570–583.

Poguntke, Thomas: Präsidentialisierung: Entmachtung des Parlaments?, in: Arnim, Hans-Herbert von (Hrsg.): Erosion von Demokratie und Rechtsstaat? Beiträge auf der 17. Speyerer Demokratietagung vom 26. bis 27. Oktober 2017 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2018, S. 190–204.

Powell, G. Bingham: Representation, achieved and astray: Elections, institutions, and the breakdown of ideological congruence in parliamentary democracies, Cambridge 2019.

Prakash, Saikrishna Bangalore: The Living Presidency. An Originalist Argument Against Its Ever-Expanding Powers, Cambridge u.a. 2020.

Sartori, Giovani: Parties and Party Systems: a framework for analysis, Cambridge 1976.

Séville, Astrid: There is no alternative: Politik zwischen Demokratie und Sachzwang, Frankfurt a. M. 2017.

Séville, Astrid: Ton in Ton, in: taz, 30.10.2016, URL: https://taz.de/Astrid-Seville/!a36569/ [eingesehen am 09.08.2021].

Schäfer, Armin und Michael Zürn: Die demokratische Regression. Frankfurt am Main 2021.

Schmitt, Johannes/Franzmann Simon T: A Polarizing Dynamic by Center Cabinets? The Mechanism of Limited Contestation, in: Historical Social Research, Jg. 43 (2018), H. 1, S. 168–209.

Strøm, Kaare: Delegation and accountability in parliamentary democracies, in: European journal of political research, *Jg.* 37 (2000), H. 3, S. 261–290.

Tunk, Carola: Politikwissenschaftler Merkel: Amtszeit von Kanzlern unbedingt verkürzen, in: Berliner Zeitung, 26.03.2021, URL: https://www.berliner-zeitung.de/news/politikwissenschaftler-merkel-fordert-amtszeit-von-kanzlern-begrenzen-li.148755 [eingesehen am 09.08.2021].

Bild: Fotostudio Balsereit

Simon T. Franzmann geb. 1977, ist seit April 2021 Professor für Demokratieforschung mit Schwerpunkten in der Parteien- und politischen Kulturforschung, Direktor des Instituts für Demokratieforschung sowie wissenschaftlicher Leiter von FoDEx. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind Theorie und Empirie des Parteienwettbewerbs, Opposition, Populismus und Extremismus, Forschungslogik und Inhaltsanalyse.

Linker Radikalismus

Scharf, Philipp (2021): „Zur Konstitution und Stabilität von Milieus. Gegenkultur(en) und Szenen in politischen Transitionsphasen am Fallbeispiel des „roten Hannovers" In: Demokratie Dialog 9 (2021) S. 30–36. doi:10.17875/gup2021-1771

Zur Konstitution und Stabilität von Milieus

Gegenkultur(en) und Szenen in politischen Transitionsphasen am Fallbeispiel des „roten Hannovers"

Philipp Scharf

Das „Superwahljahr 2019"[1] sorgte deutschlandweit für einige Verwerfungen; neben der Europawahl waren die Bürger:innen aufgerufen vier Landesparlamente[2] neu zu wählen. Dabei verursachten insbesondere in den ostdeutschen Parlamenten die Etablierung der AfD sowie eine grundsätzlich abnehmende Parteienbindung des Wahlvolks eine erschwerte Regierungsbildung.[3] Doch auch in Niedersachsen fand eine – freilich überwiegend lokal beachtete, jedoch nicht minder spektakuläre – Wahl statt: Nach dem im Zuge der sogenannten „Rathausaffäre" erzwungenen Rücktritt des bis hierhin regierenden Oberbürgermeisters Stefan Schostok (SPD), gegen den Vorwürfe der schweren Veruntreuung erhoben wurden, musste in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover ein neuer Oberbürgermeister gewählt werden.[4]

1 Gabele, Julius: Superwahljahr 2019. Wahlen in Deutschland, in: Katapult-Magazin, URL: https://katapult-magazin.de/de/artikel/superwahljahr-2019 [eingesehen am 21.07.2021].

2 Gemeint sind Brandenburg, Bremen, Sachsen und Thüringen.

3 Vgl. Gabele.

4 Vgl. Schinkel, Andreas/Doelke, Karl: Chronik eines schwierigen Abgangs, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 30.04.2019, URL: https://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Rathausaffaere-Wie-die-SPD-ihren-Oberbuergermeister-ausgetrickst-hat [eingesehen am 21.07.2021].

Schwer wog also die Hypothek für die örtliche Sozialdemokratie, die seit 1946 durchgängig den Oberbürgermeister der Stadt stellte; schwerer noch wog das Wahlergebnis: Das „rote Rathaus" war grün geworden – ein absolutes Novum, das zu ungeahnten Verschiebungen in der „politischen Tektonik"[5] der Leinestadt führte. So sparten einige journalistische Kommentatoren nicht mit Superlativen, demnach wurde Hannover „ein historisch bedeutsames Ereignis beschert. In der politischen Welt der Stadt ist seit diesem Sonntagabend nicht mehr viel so, wie es bisher war."[6] Erste Stimmen interpretierten den Wahlausgang[7] als eine Abstrafung der hiesigen SPD, einerseits sollte ein phlegmatisches „Weiter so" der Stadtoberen demnach nicht weiter geduldet, andererseits die „Verfilzung von Politik und Verwaltung"[8] beendet werden. Daher mag es nur oberflächlich paradox anmuten, dass im Wahlkampf kaum unterschiedliche Positionen zwischen den jeweiligen Kandidaten ausgemacht werden konnten.[9] Bisherige sicher geglaubte Gewissheiten wurden mit dem Wahlergebnis endgültig auf den Kopf gestellt, die traditionelle sozialdemokratische Prägung[10] der Stadt scheint nun nicht mehr in Stein gemeißelt. Dadurch ergeben sich viele Fragen, Unsicherheiten und unklare Zukunftsprognosen,[11] weswegen die Landeshauptstadt besonders aus zweierlei Gründen für die sozialwissenschaftliche Exploration spannend wird: Erstens liegt die Vermutung nahe, dass es hier starke Milieuzusammenhänge gibt. Zweitens scheinen diese Milieus – oder doch zumindest die elektorale Loyalität, die lange Zeit Ausdruck eines Milieubewusstseins war – zu erodieren. Diesen Überlegungen folgend, ist die jüngste Wahlniederlage der SPD nicht die Ursache, sondern Symptom einer sich verändernden sozialen Ordnung. Dieser Artikel versucht nun einen Ausblick zu geben auf die Frage: Wie organisiert sich anhand von sozialen Milieus, gegenkulturellen Strömungen und lokalen Szenen das gesellschaftliche Zusammenleben Hannovers?

Erosion oder Stabilität der sozialen Verbände?

Spätestens seit dem 1986 veröffentlichten Werk „Risikogesellschaft" des Soziologen Ulrich Beck wird wissenschaftlich die Frage nach dem Fortbestehen und dem Formwandel sozialer Klassenlagen neu gestellt. Beck beschreibt eine janusköpfige Gleichzeitigkeit moderner Industriegesellschaften: Einerseits profitierten sie von zunehmendem Reichtum, andererseits werde analog „ein Prozeß der Individualisierung und Diversifizierung von Lebenslagen und Lebensstilen in Gang gesetzt, der das Hierarchiemodell sozialer Klassen und Schichten unterläuft und in seinem Wirklichkeitsgehalt in Frage stellt."[12] Als problematisch an dieser Tendenz identifiziert er die un-

5 Schinkel, Andreas: „Mia san mia": Wie die CDU Hannover aus der Wahlniederlage Kraft ziehen will, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 14.11.2019, URL: Stadt/Hannover-nach-der-Oberbuergermeister-wahl-CDU-Onay-bekommt-100-Tage-Schonzeit [eingesehen am 21.07.2021].

6 Brandt, Hendrik: Kommentar: Neue Chance für Hannover, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 28.10.2019, URL: https://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Kommentar-der-HAZ-zur-OB-Wahl-in-Hannover-Neue-Chance-fuer-Hannover [eingesehen am 21.07.2021].

7 Der Kandidat der Grünen, Belit Onay, konnte sich in der Stichwahl gegen den parteilosen Kandidaten der CDU, Eckhard Scholz, durchsetzen. SPD-Kandidat Marc Hansmann schaffte es hingegen nicht in die Stichwahl.

8 Brandt: Kommentar.

9 Vgl. Schinkel, Andreas: Das sind die fünf wichtigsten Erkenntnisse aus der Diskussion, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 23.10.2019, URL: https://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/HAZ-Salon-zur-OB-Wahl-Das-sind-die-fuenf-wichtigsten-Erkenntnisse-aus-der-Diskussion [eingesehen am 21.07.2021].

10 Gardemin, Daniel: Kleinräumige Untersuchung der SPD-Wählerschaft – Wahlanalysen in Hannover von 1998 bis 2008, in: Geiling, Heiko (Hrsg.): Die Krise der SPD. Autoritäre oder partizipatorische Demokratie, Berlin 2010, S. 259–301, hier S. 264.

11 Vgl. etwa: Schinkel: „Mia san mia".

12 Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 2020 [1986], S. 122.

gleiche Verteilung von gesamtgesellschaftlichen Vorteilen und individuellen Risiken.[13] Hierdurch löse sich die bekannte Klassenstruktur auf, da es zu einer „Potenzierung der Risiken"[14] komme, deren Abwehr selbst den materiell Wohlhabenden nicht mehr möglich sei: „Not ist nicht hierarchisch, Smog ist demokratisch."[15] Politisch wie wissenschaftlich bargen diese Beobachtungen einige Sprengkraft und verdeutlichten eindrücklich das Problem, mit dem sich Gesellschaftstheoretiker:innen konfrontiert sehen: Dem Formwandel ihres Beobachtungsgegenstandes.

Eine alternative Konzeption gesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen stellt der Begriff des „Milieus" dar, der im deutschsprachigen Raum von Rainer M. Lepsius geprägt wurde.[16] Am Beispiel des deutschen Kaiserreiches arbeitet Lepsius insgesamt vier zugrundeliegende „sozialmoralische Milieus" heraus, die eng mit den jeweiligen Parteien verbunden waren – und 1933 nicht überlebten. An diese Überlegungen anschließend skizziert Karl Rohe seinen Milieubegriff; dieser zielt auf „unterschiedliche kulturelle Manifestationen, auf Lebensweise, Mentalität und Deutungskultur. Aber konstitutiv für den Begriff ist letztlich nicht eine bestimmte Denkweise, sondern eine bestimmte Lebensweise. Kultur als Lebensweise kann man nur mit anderen zusammen haben. Milieu ist deshalb stets ein soziales, nicht bloß mentales Phänomen, auch wenn die Grenzen zwischen Lebensweise und Mentalität fließend sind."[17] Gegenüber dem materiellen Klassenmodell, das den Überlegungen Becks zugrunde liegt, betont der Milieu-Begriff also symbolische und kollektive Faktoren der Vergemeinschaftung und scheint so zunächst geeignet, um den dynamischen gesellschaftlichen Wandlungsprozessen Rechnung zu tragen.[18] Jedoch: Neuere Forschungsergebnisse legen die Interpretation nahe, dass nicht nur ökonomische Klassen, sondern auch soziale und politische Milieus erodieren.[19] Somit liegt zunächst die Deutung nahe: „Die Privatsphäre ist anscheinend der einzige noch funktionierende integrative Sozialraum."[20]

Dem lässt sich die These der Stabilität der Milieus gegenüberstellen, welche die Wandlungsprozesse nicht als vollständige Auflösung des Althergebrachten versteht, sondern von einer gewissen Neuordnung ausgeht. Die „Wahlverwandtschaft des Habitus"[21] bliebe demnach weiterhin der soziale Kompass, weiche soziale Faktoren lösten die harten sozio-ökonomischen Differenzierungsmerkmale ab. Die vielfach vorgebrachte Beobachtung der abnehmenden Parteibindung würde oftmals fehlgedeutet, sie stelle keine „Krise der Milieus" infolge ihrer Auflösung, sondern vielmehr eine „Krise der politischen Repräsentation"[22] dar. Der hier verwendete Milieubegriff zielt also stärker auf lebenspraktisch-kulturelle Entwürfe, ist zugleich jedoch keinesfalls beliebig, setzt er doch ein „gewisses Maß an lebensbiographischer Konstanz, effektiver Gemeinschaftsbildung und sozialer Verbindlichkeit"[23] voraus. So wird das Milieu zu einem politischen Kollektivierungszusammenhang, weil sich hier politisch Gleichgesinnte ver-

13 Vgl. ebd., S. 25.

14 Ebd., S. 47.

15 Ebd., S. 48.

16 Vgl. hier und folgend: Lepsius, Rainer M.: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Ritter, Gerhard Albert (Hrsg.): Die deutschen Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 56–80.

17 Rohe, Karl: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1992, S.19.

18 Vgl. Marg, Stine: Mitte in Deutschland. Zur Vermessung eines politischen Ortes, Bielefeld 2014, S. 43.

19 Vgl. Neugebauer, Gero: Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2007, S. 11.

20 Ebd., S. 134.

21 Vester, Michael et al.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Köln 2015, S. 80.

22 Vgl. ebd., S. 1.

23 Rohe, S. 21.

sammeln.[24] Hieraus ergibt sich, dass der elektorale Abgesang der Sozialdemokratie eben *nicht* den Niedergang des hiermit verknüpften Milieus bedeuten muss und die sozialen Verbände durchaus noch über einige Stabilität verfügen können. Anders ausgedrückt: Soziale Verbindlichkeit, geteilte Normen und Werte können auch nach der Ablösung der Parteibindung noch Wertigkeit besitzen; nicht jede wahrgenommene Veränderung muss also als Indiz einer vielfach beschworenen Krise der abnehmenden gesellschaftlichen Bindungen infolge erodierender Milieus sein.

Milieus verfügen demnach über eigene Kulturen, zumindest jedoch über genuine Kulturfragmente. Der engere thematische Fokus dieses Artikels liegt nun auf denjenigen Personengruppen und -verbänden, deren kulturelle Prägungen im Gegensatz oder Konflikt mit der von ihnen identifizierten Mehrheitsgesellschaft stehen – also Mitglieder von Subkulturen.[25] Als besondere Spielart, die sich insbesondere durch diese Frontstellung auszeichnet, prägte der Historiker Dieter Langewiesche 1979 den Begriff der „Gegenkultur", also von antagonistischen „Teil- oder Gruppenkulturen mit beschränkten Autonomieansprüchen" innerhalb einer Gesellschaft. Am Beispiel der historischen Arbeiterbewegung macht er sein Verständnis von Gegenkultur deutlich, demnach richte sie sich „gegen den Verbindlichkeitsanspruch der dominanten Kultur, die von den Trägern der Gegenkultur gedeutet wird als eine Klassenkultur zur Aufrechterhaltung politisch gesellschaftlicher Verhältnisse, deren gänzliche Veränderung das Ziel der Gegenkultur ist."[26] Hieran knüpft die Überlegung an, dass es – im Sinne Luhmannscher Systemtheorie – verschiedene gesellschaftliche Teilbereiche gäbe,[27] in denen verschiedene Gruppen um kulturelle Deutungsmacht konkurrieren könnten.

Wenn eine gesellschaftliche Minorität in einem dieser Teilbereiche zu einiger Autonomie und Autorität gekommen ist, so kann von einer „Szene" gesprochen werden. Sie stellt eine wesentlich kleinere organisationale Einheit als die Milieus dar und kann als ein individualistischer Eskapismus aus den gesellschaftlichen Normvorstellungen bewertet werden – anders als im Milieu ist die Suche nach „Gesinnungsfreunden" hier nicht zwangsläufig politischer Natur. Szenen sind thematisch, zeitlich und teilweise auch örtlich gebunden und bedürfen einer gewissen Selbststilisierung, damit sind sie – stärker als das Milieu – auf kommunikative (Selbst-)Erzeugung angewiesen.[28]

Das „rote Hannover"

Die hier vorgestellte Triangulation der Begriffe Milieu, (Gegen-)Kultur und Szene verspricht ein deutlich komplexeres Bild der politischen Landkarte Hannovers zu zeichnen, als es die bloße Fokussierung auf einzelne erklärende Faktoren, wie beispielsweise Wahlergebnisse, leisten kann. Unter anderem diesem Vorhaben widmete sich der Fachbereich Linksradikalismus in der im Erscheinen begriffenen Studie über die „Konstitutions-

24 Vgl. Neugebauer, S. 22.

25 Milton M. Gordon definiert Subkulturen, die mehr seien als die bloße Zusammensetzung ihrer Teile, als „a concept used here to refer to a sub-division of a national culture, composed of a combination of factorable social situations such as class status, ethnic background, regional and rural or urban residence, and religious affiliation, but forming in their combination a functioning unity which has an integrated impact on the participating individual", siehe Gordon, Milton M.: The Concept of Sub-Culture and its Application, in: Social Forces, Jg. 26 (1947), H. 1, S. 40–42, hier S. 40.

26 Langewiesche, Dieter: Arbeiterkultur in Österreich: Aspekte, Tendenzen und Thesen, in: Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): Arbeiterkultur, Königstein/Ts. 1979, S. 40–57, hier jeweils S. 40.

27 Vgl. Langewiesche, Dieter: Liberalismus und Sozialismus. Gesellschaftsbilder, Zukunftsvisionen und Bildungskonzeptionen, Bonn 2003, S. 280–281.

28 Vgl. Hitzler, Ronald/Bucher, Thomas/Niederbacher, Arne: Leben in Szenen. Formen jugendlicher Vergemeinschaftung heute, Opladen 2001, S. 20–24.

faktoren des ‚anderen Hannover'",[29] deren zentrale Ergebnisse hier kurz dargestellt werden sollen.

Wie bereits eingangs skizziert, ist die politische Kultur Hannovers eng mit der Geschichte und dem Wirken der örtlichen SPD verbunden. Während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik fristeten die Sozialdemokrat:innen noch ein Ghettodasein in der Arbeiterhochburg Linden, das erst in den 1920er Jahren durch die Stadt Hannover eingemeindet werden sollte. Aus dieser Situation heraus bildete sich eine besondere Lagermentalität, die sich in der Hannoveraner SPD durch ein besonderes Hierarchiebewusstsein, herausragende Parteidisziplin sowie einen an Sachpolitik, Ausgleich und Konfliktmoderation orientierten Politikstil auszeichnete. Sukzessive prägte dieser Politikstil nicht nur die lokale SPD, sondern auch die politische Kultur Hannovers als solche. Vor diesem Hintergrund ist auch der derzeitige Wechsel der Wähler:innengunst zu interpretieren: Zwar können noch weitere Gründe – beispielsweise der entsprechende Bundestrend der Parteien oder ökonomische Erklärungsfaktoren – diesbezüglich gewiss eine wichtige Rolle spielen, die Art und Weise des Politikwechsels, eben wenig konfrontativ, dafür betont sachlich, bleibt „typisch hannoversch". Paradox mag es daher anmuten, dass gerade die jüngsten Wahlerfolge der Grünen für eine Stabilität des (vormals) sozialdemokratischen Milieus sprechen, da die Wähler:innenwanderung innerhalb eines politischen Lagers stattfand.

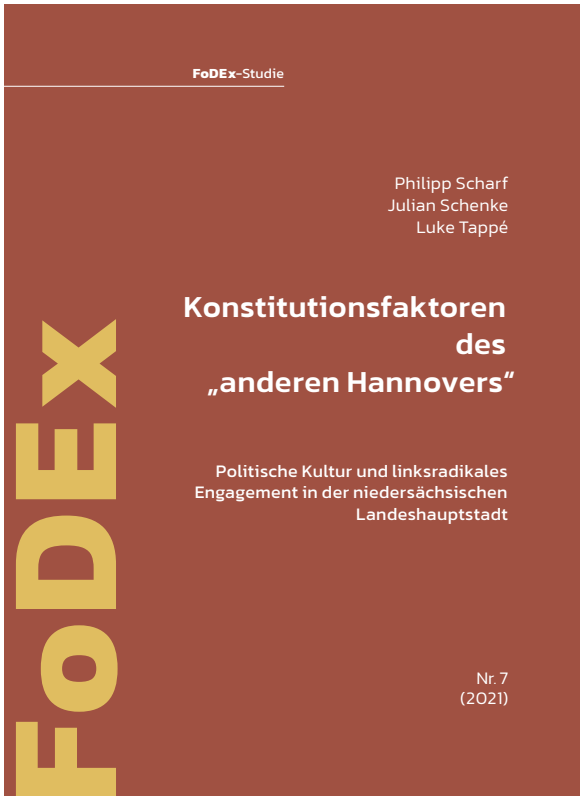
Dass dieses harmonische Politikverständnis die Stadt generell charakterisiert, zeigt sich im integrativen Umgang mit der linksradikalen Szene vor Ort. Zwar wird diese von den Sicherheitsbehörden als ein hochgradig gefährlicher Hotspot in Niedersachsen dargestellt,[30] die Ergebnisse unserer Studie legen jedoch nahe, dass es sich hier um einen verfehlten Alarmismus handelt. Vielmehr scheint es ein eher sprunghaftes öffentliches Interesse am Linksradikalismus zu geben, das routinierte Wahrnehmungskonjunkturen durchläuft. Sprich: Infolge von öffentlichkeitswirksamen Protesterereignissen steigt das Interesse der städtischen Gesellschaft am politischen Phänomen, um anschließend wieder einer gewissen Gleichgültigkeit zu weichen. Dies mag einerseits daran liegen, dass die hiesige linksradikale Szene hinsichtlich ihrer thematischen Ausrichtung sowie ihrer aktivistischen Performanz im Bundesvergleich eher durchschnittlich wirkt. Andererseits, und dies ist die entscheidende Besonderheit, gelang es – auch mit Hilfe der beschriebenen langfristigen politischen Prägungen –, die Szene in Hannover fest zu institutionalisieren und Konfliktverläufe zu ritualisieren.

Es ist offensichtlich, dass die wechselseitig vollzogenen Abgrenzungs- und Annäherungsprozesse zwischen Stadt und Szene zyklisch reproduziert und gleichzeitig auch eingehegt werden. Dadurch wird die radikale Linke in Hannover zumindest von einigen Teilen der Bevölkerung als legitimer Bündnispartner und bedeutender Bestandteil des lokalpolitischen „Hefeteigs" wahrgenommen. Dieser Kompromiss kann als Ausdruck der Beziehung der lokalen Milieus, Subkulturen und Szenen interpretiert werden: Innerhalb der gegenkulturellen Subkultur, die sich aus dem sozialdemokratischen Milieu rekrutiert, können sich um verschiedene zentrale Orte bestimmte gegenkulturelle Szenen formieren, welche lokale Deutungsmacht erlangen, gleichzeitig aber den hegemonialen Konsens nicht grundsätzlich gefährden. Hierdurch entsteht ein stabiles Gleichgewicht der Kulturangebote, das die Landeshauptstadt bis in die Gegenwart hinein charakterisiert.

29 Hier und im Folgenden: Scharf, Philipp/Schenke, Julian/Tappé, Luke: Konstitutionsfaktoren des „anderen Hannover". Politische Kultur und linksradikales Engagement in der niedersächsischen Landeshauptstadt, Göttingen 2021, im Erscheinen. Konkret war das Erkenntnisziel der Studie, die lokalkulturellen Kontextbedingungen sowie die zentralen Charakteristika und Entwicklungstendenzen der Hannoverschen linksradikalen Szene zu identifizieren, um schließlich analysieren zu können, inwieweit Linksradikalismus als Prägefaktor der lokalen politischen Kultur angesehen werden kann.

30 Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2019, Hannover 2020, S. 139 und 143–145.

Welche Kulturangebote und Orte des gegenkulturellen Bewusstseins für die politische Landschaft Hannovers entscheidend wirkten, welche Protestzyklen und Konfliktaustragungsmodi sich in der Stadt etablierten und wie „rot" Hannover heute tatsächlich noch ist, können Sie in unserer Studie nachlesen.



Philipp Scharf, M.A., ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Protest- und Bewegungsforschung sowie politische Kulturforschung.

Literatur:

Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 2020 [1986].

Brandt, Hendrik: Kommentar: Neue Chance für Hannover, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 28.10.2019, URL: https://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Kommentar-der-HAZ-zur-OB-Wahl-in-Hannover-Neue-Chance-fuer-Hannover [eingesehen am 21.07.2021].

Gabele, Julius: Superwahljahr 2019. Wahlen in Deutschland, in: Katapult-Magazin, URL: https://katapult-magazin.de/de/artikel/superwahljahr-2019 [eingesehen am 21.07.2021].

Gardemin, Daniel: Kleinräumige Untersuchung der SPD-Wählerschaft – Wahlanalysen in Hannover von 1998 bis 2008, in: Geiling, Heiko (Hrsg.): Die Krise der SPD. Autoritäre oder partizipatorische Demokratie, Berlin 2010, S. 259–301.

Gordon, Milton M.: The Concept of Sub-Culture and its Application, in: Social Forces, Jg. 26 (1947), H. 1, S. 40–42.

Hitzler, Ronald/Bucher, Thomas/Niederbacher, Arne: Leben in Szenen. Formen jugendlicher Vergemeinschaftung heute, Opladen 2001.

Langewiesche, Dieter: Arbeiterkultur in Österreich: Aspekte, Tendenzen und Thesen, in: Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): Arbeiterkultur, Königstein/Ts. 1979, S. 40–57.

Langewiesche, Dieter: Liberalismus und Sozialismus. Gesellschaftsbilder, Zukunftsvisionen und Bildungskonzeptionen, Bonn 2003, S. 280–281.

Lepsius, Rainer M.: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Ritter, Gerhard Albert (Hrsg.): Die deutschen Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 56–80.

Marg, Stine: Mitte in Deutschland. Zur Vermessung eines politischen Ortes, Bielefeld 2014.

Neugebauer, Gero: Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2007.

Rohe, Karl: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1992.

Scharf, Philipp/Schenke, Julian/Tappé, Luke: Konstitutionsfaktoren des „anderen Hannover". Politische Kultur und linksradikales Engagement in der niedersächsischen Landeshauptstadt, Göttingen 2021 [im Erscheinen].

Schinkel, Andreas: Das sind die fünf wichtigsten Erkenntnisse aus der Diskussion, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 23.10.2019, URL: https://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/HAZ-Salon-zur-OB-Wahl-Das-sind-die-fuenf-wichtigsten-Erkenntnisse-aus-der-Diskussion [eingesehen am 21.07.2021].

Schinkel, Andreas: „Mia san mia": Wie die CDU Hannover aus der Wahlniederlage Kraft ziehen will, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 14.11.2019, URL: Stadt/Hannover-nach-der-Oberbuergermeisterwahl-CDU-Onay-bekommt-100-Tage-Schonzeit [eingesehen am 21.07.2021].

Schinkel, Andreas/Doelke, Karl: Chronik eines schwierigen Abgangs, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 30.04.2019, URL: https://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Rathausaffaere-Wie-die-SPD-ihren-Oberbuergermeister-ausgetrickst-hat [eingesehen am 21.07.2021].

Vester, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/Herrmann, Thomas/Müller, Dagmar: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Köln 2015.

Radikaler Islam

Sprengeler, Joris (2021): „Der deutsche *Telegram*-Kanal des ‚Islamischen Staates'. Ein Einblick in die Online-Aktivitäten des Deutschsprachigen Islamkreises Hildesheim."
In: Demokratie Dialog 9
(2021) S. 38–42.
doi: 10.17875/gup2021-1772

Der deutsche *Telegram*-Kanal des „Islamischen Staates"

Ein Einblick in die Online-Aktivitäten des Deutschsprachigen Islamkreises Hildesheim

Joris Sprengeler

Der Deutschsprachige Islamkreis Hildesheim (DIK), dessen Imam Abu Walaa von Medien und Behörden als ranghöchstes deutsches IS-Mitglied eingeschätzt wurde,[1] war bis zu seinem Verbot im Jahr 2017 ein Anziehungspunkt für zahlreiche radikale Muslim:innen aus unterschiedlichsten Teilen Deutschlands. Die Popularität des Imams, der im November 2016 verhaftet wurde, fußte nicht etwa auf der Autorität einer akademischen Vita als Theologe, vielmehr ließ sich Abu Walaa als radikalislamischer Influencer bezeichnen. Der „Prediger ohne Gesicht", der „stets mit dem Rücken zur Kamera [posierte]"[2], war populär auf *YouTube*, *Facebook* und *Telegram*.

Im Folgenden soll nun ein Blick in die relevanten *Telegram*-Kanäle aus dem Umfeld des DIK – die im Gegensatz zu den *Facebook*- und *YouTube*-Präsenzen bis heute nicht gelöscht sind – geworfen werden. Dies soll dazu dienen, einen vertieften Eindruck in dessen Kommunikationsarbeit und Innenleben zu gewinnen: Welche Inhalte standen im Vordergrund, welcher Stil wurde verwendet, um neue Anhänger:innen zu gewinnen und mit den bestehenden zu kommunizieren?

Bis zum Verbot des DIK wurden drei *Telegram*-Kanäle von Abu Walaa genutzt, auf denen

1 Klevesath, Lino: IS vor Gericht. Der Prozess gegen das Netzwerk um ‚Abu Walaa' am Oberlandesgericht (OLG) Celle, in: Demokratie-Dialog, H. 2/2018, S. 64–71; o. V.: Terrorverdächtiger hatte laut Bericht Kontakt zu Abu Walaa, in: ZEIT ONLINE, 16.01.2018, URL: http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-01/karlsruhe-terrorverdacht-abu-walaa-dasbar-w [eingesehen am 10.06.2021].

2 Budde, Alexander: Eine Regalwand voller Akten und 120 Zeugen, in: Deutschlandfunk, 08.02.2021, URL: https://www.deutschlandfunk.de/vor-dem-urteil-im-abu-walaa-prozess-eine-regalwand-voller.724.de.html?dram:article_id=492210 [eingesehen am 20.08.2021].

Text- und Sprachnachrichten sowie Videos geteilt wurden. Nacheinander wurden die Bezeichnungen @abu_walaa (26.10.2015 bis 27.07.2016), @abuwalaaa (01.08. bis 09.08.2016) und @abuwalaa3 (13.08.2016 bis 27.05.2017) verwendet. Daneben bestanden noch einige kleinere, wohl von Anhänger:innen erstellte Kanäle[3] und der Kanal von „Al Manhaj Media", einer radikalislamischen Online-Schulungsplattform – dort sind auch die (inzwischen auf *YouTube* gesperrten) Videos von Abu Walaa verfügbar.

Den Umstand, dass im digitalen Raum mit einfacheren Mitteln eine höhere Reichweite erzielt werden kann, machen sich in hohem Maße auch Anhänger:innen des radikalen Islam zunutze: Bezüglich der Da'wa-Strategien, also der Missionierungsstrategien, hat in den vergangenen Jahren „ein Prozess der Diversifizierung und Professionalisierung der Mittel eingesetzt: Diversifizierung insofern, als dass – neben der Ansprache [...] über Videos und öffentliche Auftritte – neue Methoden zum Einsatz kommen". So werden beispielsweise „potenzielle Sympathisant:innen [...] gezielt mit persönlichen Nachrichten [...] angesprochen."[4] Der vorliegende Beitrag deckt insofern lediglich einen kleinen Teil der *Telegram*-Aktivitäten des DIK ab und bezieht sich nur auf den öffentlich zugänglichen Datenfundus. Dieser umfasst jedoch zahlreiche Text- und Sprachnachrichten sowie Bilddateien und Videos, die sowohl Aufschluss über die Außenpräsentation als auch das Innenleben des DIK geben.

Der Stil: niedrigschwellig, verbindlich und intensiv

Im Oktober 2015 eröffnete der Imam der DIK-Moschee Abu Walaa seinen ersten *Telegram*-Kanal: @abu_walaa. Hier wurde zumeist je eine Text- und eine Sprachnachricht gemeinsam veröffentlicht. Abu Walaa sprach in diesen Nachrichten mit langsamer, ruhiger Stimme. Die Nachrichten wurden – abgesehen von einigen arabischen Wendungen zur Lobpreisung Allahs – allesamt in deutscher Sprache gehalten und insofern im Gegensatz zu den Angeboten der meisten Moscheen auch an jene gerichtet, die der arabischen und türkische Sprache nicht mächtig sind: „Hier ist euer Bruder im Islam, Abu Walaa. Liebe Geschwister, wir haben diesen Kanal aufgemacht, damit wir euch schneller erreichen können, damit wir euch [...] ermahnen. Wa-llāhi, weil wir euch Gutes wollen, wollen wir, dass ihr gerettet werdet [vor dem] Höllenfeuer, dass ihr in Frieden in den Paradiesgarten eintretet. [...] Verbreitet diesen Kanal, damit die anderen Geschwister auch davon profitieren. [...] Möge Allah, subḥānahu wa tåālā, diesen Kanal segnen und unsere Taten annehmen, unsere Sünden vergeben."[5]

Der Stil Abu Walaas changierte zwischen sachlich-theologischen Ausführungen, salopper Sprache und dringlich formulierten Appellen. So wich auch die Wortwahl der im Kanal veröffentlichten Freitagspredigten in ihrer Direktheit deutlich von den Predigten anderer Gemeinden ab: „Dass einige nicht zu unserer Moschee kommen, weil irgendjemand gesagt hat: ‚In dieser Moschee [beten] keine Marokkaner' – das ist Quatsch! Derjenige, der das gesagt hat, wir werden es ihm erklären und wenn er nicht aufhört, werden wir ihn vielleicht auch aus der Moschee rausschmeißen, weil er diesen Nationalismus verbreitet unter den Muslimen"[6]. Der Stil der Sprachnachrichten wechselte zwischen kurzen, teils auch mit Hintergrund-

3 Insbesondere werden drei kleinere *Telegram*-Kanäle untersucht: @surah_al_kahf, @surah_al_mulk und @vortraege_abuwalaa.

4 Klevesath, Lino et al.: Radikalislamische YouTube-Propaganda. Eine qualitative Rezeptionsstudie unter jungen Erwachsenen, Bielefeld 2021, S. 13.

5 Telegram-Kanal @abuwalaa, Sprachnachricht vom 26.10.2015, 10:46 Uhr.

6 Telegram-Kanal @abuwalaa, Sprachnachricht vom 26.10.2015, 14:01 Uhr.

geräuschen, offenbar auf der Straße aufgenommenen,[7] Nachrichten und längeren inhaltlichen Predigten.

In seinen Beiträgen erzeugte Abu Walaa unmittelbar einen Eindruck von Verbindlichkeit und kündigte schon in den ersten Beiträgen an, den Kanal in steter Regelmäßigkeit zu betreiben: „Wir [fangen] jeden Tag mit einem Thema [an] und bezüglich dieses Themas werde ich mehrere Audio[nachrichten], in schā'a llāh, posten. Noch dazu werden wir jeden Tag einen Vers auswendig lernen" [8]. Die täglichen Beiträge wurden mit Aufgaben, die teils auch eingesandt werden mussten, und Ermahnungen verknüpft. So entstand durchweg eine hohe Intensität und Dringlichkeit: „Wir haben wirklich viel Zeit verloren in der Dunyā [Anm.: Diesseits] und wir kommen jeden Tag [...] unserem Ende näher. [...] Wir haben keine Zeit"[9].

Um möglichst viele Follower zu gewinnen, wurde in den Textnachrichten zuweilen auf eine geradezu marktschreierische Wortwahl zurückgegriffen: „Bitte weiterleiten!!! Vielleicht wird jemand durch euch rechtgeleitet und dann wird alles für dich als gute Tat geschrieben [...] Dieser Kanal [...] wird direkt von Abu Walaa geführt. Weiterleiten und gute Taten kassieren"[10].

Der Inhalt: ermahnend, theologisch und zunehmend politisch

Nicht nur der Stil ist als niedrigschwellig einzustufen – inhaltlich begann Abu Walaa bei den Grundlagen und war auch für (potenzielle) Konvertit:innen ohne Weiteres verständlich. So begann die *Telegram*-Präsenz mit Ausführungen zu islamischen Grundlagen wie etwa zum Tauhid, also dem Glauben an die Einheit Gottes.[11] Zudem hob Abu Walaa in seinen Beiträgen stets den Stellenwert der Umma, der muslimischen Gemeinschaft, hervor. Er betonte die Gleichheit der Mitglieder der Umma und appellierte insbesondere gegen Nationalismus, den er als spaltend und damit schädlich für die Umma ansah: „Wann lassen wir endlich diese[n] Nationalismus sein? ‚Ich bin Türke, ich bin Kurde, ich bin Araber, ich bin Marokkaner, ich bin Iraker'. Ich bin Muslim! Und ich bin stolz, al-ḥamdu li-Llāh. [...] Es interessiert uns nicht, welche Hautfarbe er hat, welche Sprache er spricht, aus welchem Land er kommt, er ist unse[r] Bruder. Er ist unse[r] Bruder im Islam."[12]

Das scheinbar egalitäre Gesellschaftsbild des Abu Walaa bezog sich jedoch nur auf diejenigen, die als Teil der Umma gesehen wurden. So betonte Abu Walaa regelmäßig die Sonderstellung der Umma und insbesondere seiner Gefolgsleute. Seine Anhänger:innen bezeichnete er als „gesegnete Gruppe"[13], denen seine besondere Solidarität galt: „Wenn du Hilfe brauchst, helfen wir [...] dir, werden wir dir beistehen."[14]

Die Mehrheit der Beiträge widmete sich jedoch innertheologischen Konflikten, so etwa der Abgrenzung von „Übertreibern" und der Ablehnung theologischer Ideen wie der des „Kettentakfir".[15] Wer diesen vollzieht, erklärt bereits diejenigen zu Ungläubigen, die es bloß unterlassen, den Takfir zu betreiben (also andere zu Ungläubigen zu erklären). Dass die „mušrikūn", jene, die die Einheit

7 Telegram-Kanal @abuwalaa, Sprachnachricht vom 26.10.2015, 13:03 Uhr.

8 Telegram-Kanal @abuwalaa, Sprachnachricht vom 28.10.2015, 16:16 Uhr.

9 Ebd.

10 Telegram-Kanal @abuwalaa, Textnachricht vom 26.10.2015, 11:42 Uhr

11 Telegram-Kanal @abuwalaa, Sprachnachricht vom 28.10.2015, 16:16 Uhr.

12 Telegram-Kanal @abuwalaa, Sprachnachricht vom 26.10.2015, 14:01 Uhr.

13 Telegram-Kanal @abuwalaa, Sprachnachricht vom 28.10.2015, 16:16 Uhr.

14 Telegram-Kanal @abuwalaa, Sprachnachricht vom 26.10.2015, 14:01 Uhr.

15 Vgl. Telegram-Kanal @abuwalaa, Sprachnachricht vom 27.03.2016, 12:12 Uhr

Gottes in Frage stellen, zu Apostat:innen erklärt werden („Takfir"), ist ein grundlegender Gedanke der islamischen Theologie, der insbesondere im radikalen Islam einen hohen Stellenwert hat. Der hier in Kürze erklärte Kettentakfir führt jedoch dazu, dass auch Personen, die es bloß unterlassen, sich über den „širk" (Polytheismus) oder „Kāfir" (Unglaube) anderer zu äußern, bereits als Ungläubige bezeichnet werden. Diese werden dann aus der Umma ausgeschlossen. Die theologischen Auffassungen Abu Walaas erwiesen sich stets als übereinstimmend mit denen des IS – auch in der Ablehnung des Kettentakfir. Die deutliche Distanzierung von der Position des Kettentakfir zeigt darüber hinaus, dass – trotz der immensen Gewalttätigkeit des IS – in theologischer Hinsicht durchaus noch strengere Auffassungen gegenüber den in der DIK-Moschee geäußerten Positionen bestehen. Dies ist jedoch mitnichten als rein taktisches Agieren einzuordnen, sondern als abgrenzender Beitrag innerhalb eines radikalislamischen Diskurses, in dem sich Abu Walaa positionierte.[16]

Zwar bestanden theologische Übereinstimmungen mit dem IS, konkrete Sympathiebekundungen ihm gegenüber wurden auf den Kanälen jedoch allenfalls in Andeutungen vorgenommen. Allgemein erfolgten auf den öffentlichen *Telegram*-Präsenzen der DIK-Moschee nur wenige Stellungnahmen im Hinblick auf den IS. So äußerte sich der Imam zwar zu zahlreichen Themen selbst – konkrete Bezüge auf den IS bestanden jedoch wenige. So wurde beispielsweise ein kurzer Videoabschnitt aus einer Talkshow als Beitrag geteilt, in welchem über Angriffe auf den Islamischen Staat berichtet wurde und die Taten des IS als bloße Reaktion auf die Gewalt des Westens dargestellt wurden: „Das sind Angriffe gewesen, auf die der IS auch militärisch reagiert hat. […] Jetzt hat man zu spüren bekommen, dass der IS zurückschlägt"[17]. Im Oktober 2016 fand zudem ein Seminar mit dem Titel „IS – Freund oder Feind?"[18] statt – also einen Monat vor der Festnahme Abu Walaas.

Weitere, noch zu untersuchende Themenfelder, die Abu Walaa in seinen Beiträgen behandelte, sind insbesondere die Diskriminierung von Muslim:innen,[19] der geringe Wert des Leben im Diesseits,[20] die Abgrenzung vom syrischen und saudischen Staat sowie die Abgrenzung von „Spionen", die die Moschee überwachten.[21] Die Beiträge enthielten überdies zahlreiche Hinweise auf wesentliche Vorkommnisse in der Moschee, wie etwa Seminarankündigungen[22] oder auch die Enttarnung eines durch den jordanischen Staat eingesetzten Geheimdienstmitarbeiters.[23] Im zeitlichen Verlauf von 2015 bis 2017 wurden die Beiträge zunehmend meinungsstärker, was entweder für eine zunehmende Politisierung oder für eine verstärkte Offenheit in der Außenkommunikation sprechen kann. Bei einer weiteren Unter-

16 Ebd.; vgl. auch Klevesath, Lino: Wenn der „Islamische Staat" nicht radikal genug ist – Boban S. und der Takfīrismus, in: Demokratie-Dialog H. 8/2021, S. 36–43 (insb. S. 41).

17 Telegram-Kanal @abuwalaa, Video vom 24.11.2015, 11:48 Uhr.

18 Telegram-Kanal @abuwalaa3, Textnachricht vom 22.08.2016, 19:37 Uhr.

19 Beispielsweise wird auf einen Fall eingegangen, in dem ein in Polizeigewahrsam befindlicher Afghane mutmaßlich von einem Polizeibeamten gequält wurde, s. Telegram-Kanal @abuwalaa, Video vom 13.04.2016, 17:03 Uhr. Weiter wird auf Safia S. hingewiesen, ein radikalislamisch ausgerichtetes Mädchen, das am Hauptbahnhof in Hannover mit einem Messer auf einen Bundespolizisten einstach, s. Telegram-Kanal @abuwalaa, Textnachricht vom 05.03.2016, 23:43 Uhr.

20 Telegram-Kanal @abuwalaa, Sprachnachricht vom 28.10.2015, 20:05 Uhr.

21 Vgl. Telegram-Kanal @abuwalaa3, Textnachrichten vom 15.10.2016, 19:20 Uhr, vom 29.11.2016, 01:29 Uhr sowie vom 09.12.2016, 18:59 Uhr.

22 Beispielsweise erfolgt ein Hinweis auf ein gemeinsames Seminar mit Abu Khadijah, vgl. Telegram-Kanal @abuwalaa, Textnachricht vom 20.03.2016, 11:31 Uhr.

23 Vgl. Telegram-Kanal @abuwalaa3, Textnachrichten vom 16.09.2016, 11:40 Uhr und 23:03 Uhr; a.a.O., Sprachnachricht vom 16.09.2016, 22:24 Uhr.

suchung wird daher auch der Frage nachzugehen sein, ob sich Abu Walaa selbst im Laufe der Zeit radikalisierte – oder ob es sich vielmehr um eine Strategie handelte, sich zunächst eher unpolitisch zu gerieren, um potenzielle Anhänger:innen nicht zu verschrecken und sodann erst nach und nach die weiteren Auffassungen zu offenbaren.

Der vorliegende Beitrag hatte zum Ziel, einen Einblick in die *Telegram*-Aktivitäten Abu Walaas, also der deutschen Sektion des Islamischen Staates, zu ermöglichen. Die Einträge sind, wie bereits dargestellt, im Gegensatz zu den *Facebook*- und *YouTube*-Präsenzen bis heute nicht gelöscht. Im Wesentlichen sind die *Telegram*-Aktivitäten von theologischen Inhalten, Ermahnungen sowie Aufrufen, am Unterricht von Abu Walaa teilzunehmen, geprägt – konkrete Bezüge auf den IS sind nach bisheriger Sichtung des Materials nur in begrenztem Umfang vorhanden. Dies entspricht auch den Erkenntnissen der Begleitung des Strafverfahrens vor dem Oberlandesgericht Celle, in welchem deutlich wurde, dass die konkrete Kommunikation über den IS zumeist klandestin erfolgte: So traf sich die Gruppe beispielsweise ohne Mobiltelefone im Keller der Moschee, um ihre Vorhaben zu erörtern. Hierbei wurde nur ein enger Personenkreis einbezogen. Die Kommunikation über *Telegram* erfolgte vorsichtiger. Es wurde stärker die besondere Stellung der – in den Worten Abu Walaas – „gesegneten Gruppe" seiner Anhängerschaft betont, anstatt offen über die Ziele des IS zu sprechen. Der Stil der Kommunikation erwies sich dabei einerseits als niedrigschwellig, um neue Anhänger:innen zu rekrutieren und andererseits als außerordentlich intensiv: So wurde von den Follower:innen der *Telegram*-Kanäle Abu Walaas gefordert, täglich seine Sprachnachrichten anzuhören und Koranverse auswendig zu lernen. Aus der Sichtung des Materials wurden insofern bereits erste Ansatzpunkte offenkundig, die die Eigenschaften der Gruppe um Abu Walaa verdeutlichen. Das Material soll in der weiteren Auswertung – im Rahmen einer derzeit bei FoDEx durchgeführten Studie zum DIK Hildesheim – einen Ausgangspunkt dafür bieten, thematische Schwerpunkte der Betätigung des DIK Hildesheim sowie deren Wandel im zeitlichen Verlauf zu untersuchen.

Joris Sprengeler (Dipl.-Jur., B.A.), geb. 1991, forschte bis Mitte 2021 an der Universität Göttingen besonders zu Organisations- und Aktionsformen des radikalen Islam sowie des Rechtsextremismus. Er widmete sich dabei einerseits den Phänomenen selbst und andererseits staatlichen Gegenmaßnahmen.

Literatur:

Budde, Alexander: Eine Regalwand voller Akten und 120 Zeugen , in: Deutschlandfunk, 08.02.2021, URL: https://www.deutschlandfunk.de/vor-dem-urteil-im-abu-walaa-prozess-eine-regalwand-voller.724.de.html?dram:article_id=492210 [eingesehen am 20.08.2021].

Klevesath, Lino et al.: Radikalislamische YouTube-Propaganda. Eine qualitative Rezeptionsstudie unter jungen Erwachsenen, Bielefeld 2021.

Klevesath, Lino: IS vor Gericht. Der Prozess gegen das Netzwerk um ‚Abu Walaa' am Oberlandesgericht (OLG) Celle, in: Demokratie-Dialog, H. 2/2018, S. 64–71.

Klevesath, Lino: Wenn der „Islamische Staat" nicht radikal genug ist – Boban S. und der Takfīrismus, in: Demokratie-Dialog, H. 8/2021, S. 36–43.

O. V.: Terrorverdächtiger hatte laut Bericht Kontakt zu Abu Walaa, in: ZEIT ONLINE, 16.01.2018, URL: http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-01/karlsruhe-terrorverdacht-abu-walaa-dasbar-w [eingesehen am 10.06.2021].

Hild, Marvin (2021): „Zwischen Schein und Sein. Wie sich niedersächsische DITIB-Funktionäre in sozialen Medien äußern" In: Demokratie Dialog 9 (2021) S. 43–51. doi:10.17875/gup2021-1773

Zwischen Schein und Sein

Wie sich niedersächsische DITIB-Funktionäre in sozialen Medien äußern

Marvin Hild

Die Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion e. V., kurz DITIB, bekennt in ihren Grundsätzen zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Ebenso legt sie „Wert auf Freundschaftlichkeit, Achtung, Nachsicht, Toleranz und Solidarität der Menschen untereinander und gegenüber anderen Glaubensangehörigen" und lehnt jede „Art von Gewalt und Aufruf zur Gewalt"[1] ab. Dieser Darstellung lief das Verhalten des ehemaligen Göttinger DITIB-Vorsitzenden, Mustafa Keskin, in den sozialen Medien jahrelang zuwider, wie die *Jüdische Allgemeine* am 07.07.2021 berichtete. Für einige Äußerungen muss Keskin sich sogar vor Gericht verantworten.[2] Im Vorfeld der Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen im März 2021, auf der über einen Antrag auf Vollmitgliedschaft des DITIB-Jugendverbands für Niedersachsen und Bremen abgestimmt werden sollte, nahm die „Sozialistische Jugend – Die Falken" in Göttingen diesen Umstand zum Anlass, den dortigen Ortsverband der DITIB genauer zu betrachten und stieß im Zuge dessen auch auf das Facebook-Profil Keskins. Dieser habe, nach dokumentierten Berichten der Falken, auf seinem Profil „antisemitische Hassbotschaften und Verschwörungsmythen verbreitet, gegen Kurden[3] und Armenier [ge]hetzt und sich positiv auf islamistische Strömungen wie die Muslimbruderschaft bez[ogen]."[4] Weiter-

1 Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.: Grundsätze, URL: https://www.ditib.de/default1.php?id=5&sid=9&lang=de [eingesehen am 27.07.2021].

2 Vgl. O. V.: Früherer Göttinger Ditib-Chef muss im Oktober vor Gericht, in: Jüdische Allgemeine, 07.07.2021, URL: https://www.juedische-allgemeine.de/religion/frueherer-goettinger-ditib-chef-muss-im-oktober-vor-gericht/ [eingesehen am 07.09.2021].

3 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern das generische Maskulinum verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

4 Sozialistische Jugend – Die Falken, Ortsverband Göttingen: Vorsitzender der Göttinger Ditib-Gemeinde/

Abbildung 1: Sozialistische Jugend – Die Falken, Ortsverband Göttingen: Vorsitzender der Göttinger Ditib-Gemeinde/Türkisch Islamische Gemeinde zu Göttingen e. V. verbreitet antisemitische Verschwörungsmythen und Hassbotschaften – Stellungnahme des Göttinger Ortsverbands der Sozialistischen Jugend – Die Falken, öffentliche Mail vom 05.02.2021, S. 3.

hin konstatieren die Jungsozialisten einen „[…] türkisch-nationalistischen Grundtenor und einem positiven Bezug auf ein Groß-Osmanentum."[5] Das Profil ist mittlerweile nicht mehr abrufbar und die Veröffentlichung der Falken ist keine akademische Studie, sondern die Einschätzung einer politischen Gruppierung, die im Diskurs eigene Interessen verfolgt. Die Aussagen decken sich allerdings mit der beschriebenen medialen Berichterstattung und die mitgelieferten Zitate und Screenshots scheinen authentisch zu sein und vermitteln einen Eindruck des gefundenen Materials.

Im abgebildeten Facebook-Posting von Keskin ist in der unteren Bildhälfte Jacob Rothschild zu sehen,[6] ein eindeutiger Bezug auf antisemitische Verschwörungstheorien des „Weltjudentums", welches angeblich im Verborgenen die Geschicke der Welt lenkt.[7] Ebenso ist eine Zeichnung zu sehen, auf der ein blutiges Kind vor einer Israelfahne liegt, während ihm der Arm eines israelischen Soldaten einen Dolch in der Form Israels in die Brust stößt.[8] Israel wird hier somit als Akteur gezeichnet, der Kriegsverbrechen begeht, indem er unschuldige, wehrlose Opfer tötet. Die Falken verweisen auf weitere Funde im Zuge ihrer „Recherche im Online-Netzwerk der Moscheegemeinden"[9], bei denen u. a. auf türkische rechtsextreme Bewegungen, wie die Ülkücü (Graue Wölfe) und die Partei MHP, Bezug genommen werde.[10] Auch bei Vorstandsmitgliedern der DITIB-Jugend habe man „Symbole der Grauen Wölfe, antiisraelische Posts und Kontakte zur Millî Görüş"[11] entdeckt.

Die hier vorgefundenen rechtsextremen, antisemitischen und radikalislamischen Inhalte der Postings Keskins stehen in einem deutlichen – möglicherweise gar strafrechtlich relevanten –

Türkisch Islamische Gemeinde zu Göttingen e.V. verbreitet antisemitische Verschwörungsmythen und Hassbotschaften – Stellungnahme des Göttinger Ortsverbands der Sozialistischen Jugend – Die Falken, öffentliche Mail vom 05.02.2021, S. 1.

5 Ebd.

6 Ebd., S. 3.

7 Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Antisemitismus, in: Bozay, Kemal/Borstel, Dierk (Hrsg.): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft, Wiesbaden 2017, S. 83–102, hier S. 85 f.

8 Vgl. Die Falken: Stellungnahme, S. 4.

9 Ebd., S. 2.

10 Vgl. ebd., S. 2.

11 Ebd., S. 2.

Spannungsverhältnis zu der proklamierten formalpolitischen Neutralität der DITIB. Damit drängt sich die Frage auf, wie sich die Funktionäre anderer DITIB-Gemeinden des Landesverbands Niedersachsen und Bremen in den sozialen Medien präsentieren und ob die Entgleisungen Keskins damit ein Einzelfall waren, die dem Integrationsprojekt nicht weiter im Wege stehen. Um dies zu untersuchen, wurden explorativ weitere niedersächsische Ortsverbände betrachtet und der forschungsleitenden Frage nachgegangen: Lassen sich bei anderen Funktionären rechtsextreme, antisemitische oder radikalislamische Inhalte mit anti-demokratischem Charakter finden?

Der Facebook-Auftritt ausgewählter DITIB-Funktionäre

Für den Hannoverschen Ortsverband ist das Profil des Beisitzers Yunus Yazici von besonderem Interesse,[12] hier fallen insbesondere Beiträge mit Israelbezug auf.[13] Seine Postings sind vermutlich Reaktionen auf den Beginn der israelischen Militäraktion „Operation Protective Edge" (08.07.2014–26.08.2014) gewesen, mit denen Israel auf anhaltenden Beschuss durch Raketen aus dem Gazastreifen mit Artillerie- und Luftangriffen sowie einer Bodenoffensive reagierte. Die auf dem Profil am 09.07.2014 veröffentlichten Fotos zeigen tote und verstümmelte Kinderleichen, die ironisch als „terroristen [sic]" bezeichnet werden und seinem Kommentar zufolge von den „verdammten israelis [sic]" getötet wurden.[14] Ebenso ist die abgebildete Karikatur vom 12.07.2014 zu sehen.[15]

Abbildung 2: Yazici, Yunus: Facebook-Post vom 12.07.2014, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/photo?fbid=10202559419083321&set=a.2135288658398 [eingesehen am 24.05.2021].

12 Die DITIB-Gemeinde in Hannover hat auf ihrer Website eine detaillierte Übersicht aller Mitglieder des Vorstands inklusive Fotos, was die zweifelsfreie Zuordnung der Profile ermöglichte.

13 Yazici, Yunus: Profil, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/yunus.yazici.92 [eingesehen am 24.05.2021].

14 Yazici, Yunus: Facebook-Post vom 09.07.2014, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/photo?fbid=10202545123325936&set=a.2135288658398 [eingesehen am 24.05.2021]; Yazici, Yunus: Facebook-Post vom 09.07.2014, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/yunus.yazici.92/posts/10202545106285510 [eingesehen am 24.05.2021].

15 Yazici, Yunus: Facebook-Post vom 12.07.2014, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/photo?fbid=10202559419083321&set=a.2135288658398 [eingesehen am 24.05.2021].

Augenfällig ist hier die verzerrende Darstellung der blutigen und zerfetzten Leichen, die unbeachtet in Gaza liegen und denen in den Rücken geschossen wurde. Das Motiv der unschuldigen, friedlichen Protestanten, denen von Soldaten der Israeli Defense Forces in den Rücken geschossen wurde, ist ein wiederkehrendes Narrativ in der einschlägigen pro-palästinensischen Berichterstattung. Der Staat Israel bzw. seine Streitkräfte werden in diesen Postings als sinistere Schurken dargestellt, die mutwillig Kriegsverbrechen gegen Zivilisten begehen, was der Delegitimierung des Staates Israel Vorschub leistet. Weiterhin erregt ein von Yazici geteiltes Video vom 25.07.2014 mit dem Titel „Stop Terrorism in Gaza" Aufmerksamkeit, das von ihm mit den Worten kommentiert ist: „Ihr verfluchten israelis [sic] | Möget ihr in der hölle [sic] schmoren | Ich verfluche euch und hitler das [sic] er euch nicht ausgerottet hat"[16]. Hier wird nicht nur eine religiöse Verfluchung ausgesprochen, sondern vor allem auch der Holocaust gutgeheißen und Bedauern darüber ausgedrückt, dass nicht alle Juden der systematischen Massenvernichtung zum Opfer gefallen sind. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Postings, die eher israelfeindlich antisemitisch waren (sich also gegen die Existenz des jüdischen Staates richteten), geht dieser Betrag einen Schritt weiter zum eliminatorischen Antisemitismus, zur Unterstützung der systematischen Vernichtung von Juden per se.

Für den Vorstand der DITIB-Gemeinde Osnabrück sind besonders die Profile des Vorsitzenden, Ramazan Karacan,[17] und eines Stellvertreters, Muhammed Aktas,[18] interessant.[19] Auf dem Profil Karacans sind mehrere Beiträge mit Bezug zur Ülkücü-Bewegung zu sehen, die in Deutschland häufig als „Graue Wölfe" bezeichnet wird. Der Name „Graue Wölfe" rekurriert auf eine türkische Sage, nach der ein grauer Wolf „in der Frühzeit den türkischen Stämmen bzw. Kriegern den Weg nach Kleinasien gewiesen haben soll"[20]. Ülkücü (dt.: Idealist) ist eine rechtsextreme türkische Bewegung. Die türkische MHP (Partei der nationalistischen Bewegung), die der Regierungspartei AKP des Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan zur parlamentarischen Mehrheit verhilft, hat ihre ideologischen Wurzeln in der Idealisten-Bewegung. Dieser türkische Rechtsextremismus ist durch eine Synthese zwischen Islam und einem pantürkistischen Nationalismus gekennzeichnet,[21] der häufig rassistisch konnotiert ist und die Abwertung nicht-türkischstämmiger Bevölkerungsgruppen (etwa von Kurden und Armeniern) rechtfertigt,[22] wie sie bei Mustafa Keskin zu beobachten war. Hinzu kommt eine Verherrlichung des Osmanischen Reiches. Diese Osmanen-Nostalgie findet etwa in einer roten bzw. grünen Flagge mit drei Halbmonden Ausdruck, die sich an Varianten der Osmanischen Fahne anlehnt. Die MHP verwendet

16 Yazici, Yunus: Facebook-Post vom 25.07.2014, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/yunus.yazici.92 [eingesehen am 24.05.2021, zu einem späteren Zeitpunkt war das Video bereits gelöscht, das Material wurde vorher gesichert].

17 Karacan, Ramazan: Profil, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/ramazan.karacan.908 [eingesehen am 24.05.2021].

18 Aktas, Muhammed: Profil, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/muhammed.aktas.12 [eingesehen am 24.05.2021].

19 Die Gemeinde Osnabrück hat zwar in ihrer Übersicht über die Vorstandsmitglieder (http://www.ditib-osnabrueck.de/der-vorstand.html [eingesehen am 23.03.2021]) lediglich Karacan mit einem Foto versehen, allerdings sind die Facebook-Profile von Karacan und Aktas befreundet, wodurch sich auch Letzteres verifizieren ließ.

20 Aslan, Fikret/Bozay, Kemal: Die Republik Türkei, in: Aslan, Fikret/Bozay, Kemal (Hrsg.): Graue Wölfe heulen wieder. Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in Deutschland, Münster 2012, S. 43–73, hier S. 59.

21 Vgl. Aslan, Fikret/Bozay, Kemal: Die türkische rechtsextreme Bewegung und ihre Ideologie nach 1990, in: Aslan, Fikret/Bozay, Kemal (Hrsg.): Graue Wölfe heulen wieder. Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in Deutschland, Münster 2012, S. 74–105, hier S. 84 f.

22 Vgl. ebd., hier S. 76 ff.

dabei die Flagge in der roten Variante, die grüne Fahne (Farbe des Islam) wird mit der „Partei der Großen Einheit" (BBP) assoziiert, die sich in den 1990er Jahren von der MHP abspaltete und einen islamistischen Einschlag hat.[23] Ebendiese Symbolik ist in Ramazan Karacans Facebook-Profil zu sehen. So teilte er am 16.05.2016 ein Foto mit einem Logo der Grauen Wölfe.[24] Auf einem Profilbild seines Bruders Bilal aus dem Jahr 2015, auf dem er verlinkt wurde, steht Karacan vor einer roten Wand, auf der drei große weiße Halbmonde prangen.[25] Zwischen Januar und März 2014 teilte er einen Beitrag der rechtsextremen MHP sowie drei Beiträge des ihr nahestehenden Accounts „Fatih Sultan Mehmed (The Conqueror)"; auf einem davon vom 09.01.2014 sind u. a. eine grüne und eine rote Fahne mit jeweils drei Halbmonden zu erkennen.[26] Diese Postings sind beispielhaft dafür, was Fikret Aslan und Kemal Bozay mit der „Türkisch-islamische[n] Synthese"[27] bzw. Tanıl Bora mit „Turko-Islam"[28] im Kontext der Ülkücü-Bewegung meinen. Emre Arslan weist darauf hin, dass die drei Halbmonde auf grünem Hintergrund von islamistischen Ülkücüs als Symbol genutzt werden.[29]

Für die Forschungsfrage dieses Artikels relevant ist zudem ein Video der Seite „Kastamonuluyum" (dt.: Ich komme aus Kastamonu) vom 20.11.2014, das Ramazan Karacan geteilt hat und das unter anderem antisemitische bzw. Israel dämonisierende Darstellungen enthält. So ist dort der Davidstern aus Stacheldraht auf blutbefleckter israelischer Fahne zu sehen, in der Mitte ein Gesicht mit einem Vampirgebiss.[30] Die Darstellung von Juden als Vampire ist als antisemitisches Motiv nicht unüblich und kann mit der Vorstellung von Juden als raffgierigen Kapitalisten[31] oder der Legende, Juden würden nicht-jüdische Kinder ermorden, um Mazzen mit deren Blut zu backen,[32] in Zusammenhang stehen.

Muhammed Aktas hingegen teilte auf seinem Facebook-Profil Beiträge verschwörungstheoretischer Nachrichtenportale, die Bezug auf den Putschversuch in der Türkei 2016 nehmen. Am 18.07.2016 teilte er einen Artikel des *Contra Magazins* mit dem Titel „WikiLeaks: Wurden die Putschisten in der Türkei von der CIA unterstützt?" und am 09.01.2017 einen weiteren von *Nachrichtenexpress*: „Bericht: NATO versprach PKK Sturz Erdogans".[33] Der zweite Artikel erwähnt Verbindungen des Islamischen Staats, der kurdischen

23 Vgl. Arslan, Emre: Graue Wölfe: Zwischen Herrschernation, Mythos und Symbolik, in: Aslan, Fikret/Bozay, Kemal (Hrsg.): Graue Wölfe heulen wieder. Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in Deutschland, Münster 2012, S. 123–132, hier S. 127.

24 Karacan, Ramazan: Facebook-Post vom 16.05.2016, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/ramazan.karacan.908/posts/1163357573684021 [eingesehen am 24.05.2021].

25 Karacan, Ramazan: Facebook-Post vom 25.05.2016, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/ramazan.karacan.908/posts/1168861049800340 [eingesehen am 24.05.2021].

26 Karacan, Ramazan: Facebook-Post vom 09.01.2014, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/ramazan.karacan.908/posts/706932599326523 [eingesehen am 24.05.2021].

27 Aslan/Bozay: Die türkische rechtsextreme Bewegung und ihre Ideologie nach 1990, S. 78.

28 Bora, Tanıl: Nationalist Discourses in Turkey, in: The South Atlantic Quarterly, Jg. 102 (2003), H. 2/3, S. 433–451, hier S. 449.

29 Vgl. Arslan: Graue Wölfe, S. 127 f.

30 Karacan, Ramazan: Facebook-Post vom 20.11.2014, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/ramazan.karacan.908/posts/869447906408324 [eingesehen am 24.05.2021].

31 Vgl. Pfahl-Traughber: Antisemitismus, S. 85.

32 Vgl. Baum, Steven/Rudski, Jeffrey: Research Note: Anti-Semitism and Superstition, in: Journal of Contemporary Religion, Jg. 23 (2008), H. 1, S. 77–86, hier S. 77.

33 Aktas, Muhammed: Facebook-Post vom 18.07.2016, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/muhammed.aktas.12/posts/1150518828344913 [eingesehen am 24.05.2021]; Aktas, Muhammed: Facebook-Post vom 09.01.2017, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/muhammed.aktas.12/posts/1317431898320271 [eingesehen am 24.05.2021].

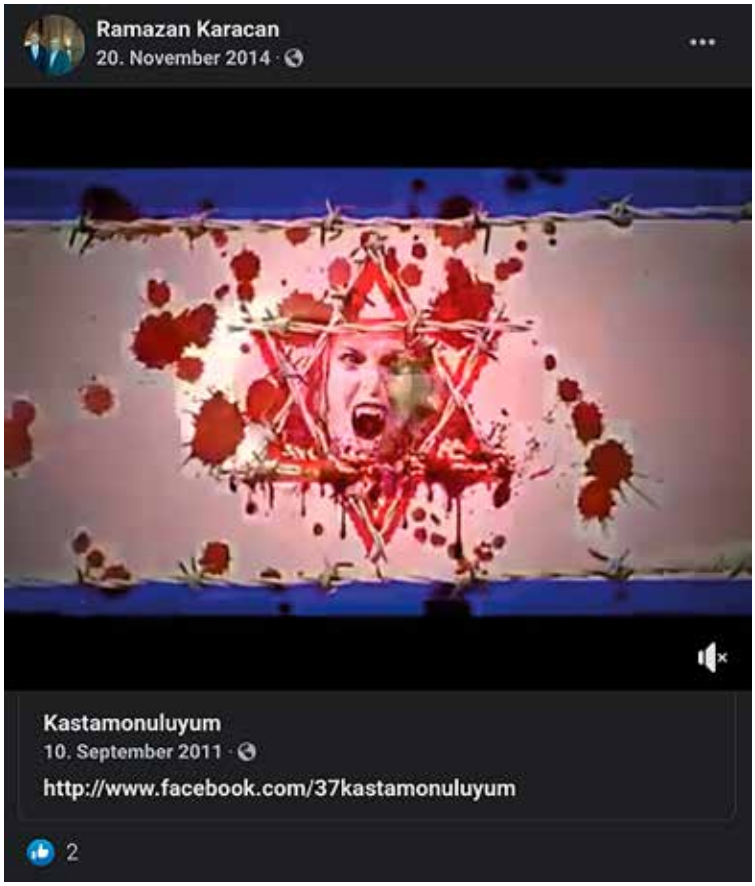


Abbildung 3: Karacan, Ramazan: Facebook-Post vom 20.11.2014, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/ramazan.karacan.908/posts/869447906408324 [eingesehen am 24.05.2021].

Arbeiterpartei PKK und der Gülen-Bewegung, die miteinander hinsichtlich des Putschversuchs konspiriert haben sollen.[34] Hier wird also die Verschwörungstheorie kolportiert, dass verschiedene Akteure mit gänzlich unterschiedlichen Ideologien gemeinsam daran arbeiten würden, der Türkei zu schaden. In Bezug auf das *Contra Magazin* ist anzumerken, dass es sich hier eigentlich um ein Medium aus dem Spektrum des österreichischen Rechtspopulismus handelt, passende Artikel, die das eigene Weltbild bestätigen jedoch durchaus auch bei manchen Muslimen Anklang finden.[35] Dies lässt sich dadurch erklären, dass es zwischen islamistischer und rechtsextremer Ideologie gewisse Schnittmengen gibt, etwa (israelbezogenen) Antisemitismus oder, wie in diesem Fall, Anti-Amerikanismus.[36]

Für die Betrachtung der DITIB-Gemeinde Hildesheim[37] ist das Facebook-Profil des örtlichen Buchhalters und Kassenwarts Hakan Karaduman von besonderer Bedeutung.[38] Hier findet sich in einem Beitrag vom 22.03.2021 die oben beschriebene Symbolik des islamistischen Teils der Ülkücü-Bewegung. Außerdem wird in weiteren Posts der Säkularismus abgelehnt und Sympathie für eine auf der Scharia fußende Gesellschaftsordnung ausgedrückt. Ein Post vom 18.04.2021 in türkischer Sprache sagt beispielsweise Folgendes aus: „Wenn ich gegen Säkularismus bin und deswegen als Atatürks Feind bezeichnet werde, seid ihr Allahs Feinde, wenn ihr gegen die Scharia seid."[39] Ein weiterer

34 Vgl. NEX24: Bericht: NATO versprach PKK Sturz Erdogans, in: NEX24 News, 08.01.2017, URL: https://nex24.news/2017/01/bericht-nato-versprach-pkk-sturz-erdogans/ [eingesehen am 27.07.2021].

35 Vgl. Klevesath, Lino et al.: Radikalislamische YouTube-Propaganda. Eine qualitative Rezeptionsstudie unter jungen Erwachsenen, Bielefeld 2021, S. 69.

36 Vgl. Meiering, David et al.: Brückennarrative – Verbindende Elemente für die Radikalisierung von Gruppen, PRIF Report 7, Frankfurt am Main 2018, S. 13 f.

37 Auch die DITIB-Gemeinde in Hildesheim hat eine bebilderte Übersicht der Vorstandsmitglieder (https://selimiyecamii-hildesheim.com/yonetim-kurulu/ [eingesehen am 23.03.2021]), sodass sich die Zuordnung der Social-Media-Profile verifizieren ließ.

38 Karaduman, Hakan: Profil, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/hakan.karaduman.3954 [eingesehen am 27.06.2021].

39 Karaduman, Hakan: Facebook-Post vom 18.04.2021, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/hakan.karaduman.3954/posts/4240553725974899 [eingesehen am 27.06.2021; eigene Übersetzung des türkischen Originals].

Post vom 23.04.2021 lautet: „Der Staat wird nicht vom Säkularismus regiert, sondern von den Versen Allahs, die wir vom Rasulullah [Mohammed, Anm. d. Verf.] kennen."[40] Am 10.04.2021 teilte Karaduman ein Bild mit dem Titel „Die Verfassung, die Muslime wollen"[41]. Diese Verfassung bestehe aus folgenden vier Punkten: „1. Die Souveränität gehört bedingungslos Allah. | 2. Die Regierungsform ist der Islam. | 3. Sie nimmt ihre Verbote aus dem Koran und der Sunna. | 4. Eine Änderung der ersten 3 Artikel ist nicht möglich." Das für die Demokratie zentrale Prinzip der Volkssouveränität wird hier somit explizit abgelehnt.

Schließlich finden sich auch israelbezogen und eliminatorisch antisemitische Inhalte bei Karaduman. So gibt es auf seinem Profil ein Bild und ein geteiltes Video vom 10.05.2021 respektive 09.05.2021, in denen Israel als „Terrorist"[42] bzw. „terroristischer Staat"[43] bezeichnet wird – hierbei wird ein schon mehrfach geäußertes Zitat des türkischen Präsidenten aufgegriffen.[44] Weiterhin findet sich ein Beitrag, der den Tag herbeifantasiert, an dem die Türkei die Zionisten für ihre Landnahme an den Palästinensern bestrafen werde[45] sowie ein angebliches Zitat von Jacob Rothschild, gepostet am 15.04.2021, in dem die Türken als „das scharfe Schwert des Islam" bezeichnet werden, das Israel auslöschen und nach Wien vorrücken werde.[46] Rothschild als Angehöriger einer weltweit vertretenen jüdischen Bankiersfamilie steht hier stellvertretend für das Weltjudentum und Israel als imperialistisches Projekt. Mindestens in dem letztgenannten Beitrag ist mit der Vernichtungsfantasie die Schwelle vom den Staat Israel delegitimierenden zum eliminatorischen Antisemitismus überschritten.

Résumé

Die stichprobenartige vergleichende Betrachtung verschiedener DITIB-Funktionäre zeigt, dass Mustafa Keskin kein Einzelfall und seine türkisch-rechtsextremen und antisemitischen Ansichten kein singuläres Phänomen im Landesverband Niedersachsen und Bremen sind. Da in mehreren Gemeinden die Vorstände nicht zu ermitteln waren und andernorts viele Mitglieder nur private Facebook-Profile betreiben, kann diese Darstellung selbstverständlich keinen Anspruch auf Repräsentativität erheben oder als Beleg für strukturelle Missstände gelten. Einige der gesichteten Profile enthielten keine rechtsextremen, antisemitischen oder radikalislamischen Postings mit anti-demokratischem Charakter, in mehreren Gemeinden gab es jedoch Fälle, die ähnlich oder eventuell sogar extremer gelagert waren als der Fall Keskin. Auch wenn die DITIB offiziell politisch unabhängig ist, ist sie institutionell von der türkischen Religionsbehörde und damit dem tür-

40 Karaduman, Hakan: Facebook-Post vom 23.04.2021, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/hakan.karaduman.3954/posts/4254406904589581 [eingesehen am 27.06.2021; eigene Übersetzung des türkischen Originals].

41 Karaduman, Hakan, Facebook-Post vom 10.04.2021, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/photo?fbid=4216804165016522&set=a.655755757788065 [eingesehen am 27.06.2021; eigene Übersetzung des türkischen Originals].

42 Karaduman, Hakan, Facebook-Post vom 10.05.2021, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/photo?fbid=4305112662852338&set=a.655755757788065 [eingesehen am 27.06.2021].

43 Karaduman, Hakan, Facebook-Post vom 09.05.2021, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/hakan.karaduman.3954/posts/4300444373319167 [eingesehen am 27.06.2021].

44 Vgl. Bellut, Daniel Derya/Köylü, Hilal: Nahostkonflikt: Erdogan nennt Israel „Terrorstaat", in: DW, 18.05.2021, URL: https://p.dw.com/p/3tYkf [eingesehen am 27.07.2021].

45 Karaduman, Hakan: Facebook-Post vom 09.05.2021, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/photo/?fbid=4300398093323795&set=a.655755757788065 [eingesehen am 27.06.2021].

46 Karaduman, Hakan: Facebook-Post vom 15.04.2021, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/photo?fbid=4230526743644264&set=a.655755757788065 [eingesehen am 27.06.2021].

kischen Staat abhängig;[47] viele Funktionäre des Verbandes tragen die autoritäre Entwicklung der Türkei inklusive der zunehmenden Einschränkung der Pressefreiheit und anderer Grundrechte mit. Dies legt nahe, dass es zumindest weitere Fälle entsprechender Äußerungen geben könnte, was dem offiziellen Selbstverständnis des Dachverbandes als Fürsprecher von Achtung, Toleranz und Solidarität sowie dem Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der Ablehnung von Gewalt deutlich entgegensteht.[48] Die DITIB verweist im Kontext solcher Postings lediglich auf die satzungsgemäßen „interne[n] Maßnahmen und Möglichkeiten, entsprechend mit Abmahnungen bis hin zum Ausschluss von Mitgliedern zu reagieren."[49]

47 Vgl. Lemmen, Thomas: Islamische Vereine und Verbände in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2002, S. 34 f.

48 Vgl. Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.: Grundsätze.

49 O. V.: DITIB: „Wir sind politisch neutral", in: NDR Panorama, 23.03.2017, URL: https://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/DITIB-Wir-sind-politisch-neutral,ditib156.html [eingesehen am 07.09.2021].

Literatur:

Arslan, Emre: Graue Wölfe: Zwischen Herrschernation, Mythos und Symbolik, in: Aslan, Fikret/Bozay, Kemal (Hrsg.): Graue Wölfe heulen wieder. Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in Deutschland, Münster 2012, S. 123–132.

Aslan, Fikret/Bozay, Kemal: Die Republik Türkei, in: Aslan, Fikret/Bozay, Kemal (Hrsg.): Graue Wölfe heulen wieder. Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in Deutschland, Münster 2012, S. 43–73.

Aslan, Fikret/Bozay, Kemal: Die türkische rechtsextreme Bewegung und ihre Ideologie nach 1990, in: Aslan, Fikret/Bozay, Kemal (Hrsg.): Graue Wölfe heulen wieder. Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in Deutschland, Münster 2012, S. 74–105.

Baum, Steven/Rudski, Jeffrey: Research Note: Anti-Semitism and Superstition, in: Journal of Contemporary Religion, Jg. 23 (2008), H. 1, S. 77–86.

Bellut, Daniel Derya/Köylü, Hilal: Nahostkonflikt: Erdogan nennt Israel „Terrorstaat", in: DW, 18.05.2021, https://p.dw.com/p/3tYkf [zuletzt abgerufen am 27.07.2021].

Bora, Tanıl: Nationalist Discourses in Turkey, in: The South Atlantic Quarterly, Jg. 102 (2003), H. 2/3, S. 433–451.

Klevesath, Lino/Munderloh, Annemieke/Sprengeler, Joris/Grahmann, Florian/Reiter, Julia: Radikalislamische YouTube-Propaganda. Eine qualitative Rezeptionsstudie unter jungen Erwachsenen, Bielefeld 2021.

Lemmen, Thomas: Islamische Vereine und Verbände in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2002.

Meiering, David/Dziri, Aziz/Foroutan, Naika/Teune, Simon/Lehnert, Esther/Abu Taam, Marwano: Brückennarrative – Verbindende Elemente für die Radikalisierung von Gruppen, PRIF Report 7, Frankfurt am Main 2018.

O. V.: DITIB: „Wir sind politisch neutral", in: NDR Panorama, 23.03.2017, URL: https://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/DITIB-Wir-sind-politisch-neutral,ditib156.html [eingesehen am 07.09.2021].

Pfahl-Traughber, Armin: Antisemitismus, in: Bozay, Kemal/Borstel, Dierk (Hrsg.): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft, Wiesbaden 2017, S. 83–102.

Quellen:

Aktas, Muhammed: Facebook-Post vom 18.07.2016, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/muhammed.aktas.12/posts/1150518828344913 [eingesehen am 24.05.2021].

Aktas, Muhammed: Facebook-Post vom 09.01.2017, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/muhammed.aktas.12/posts/1317431898320271 [eingesehen am 24.05.2021].

Aktas, Muhammed: Profil, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/muhammed.aktas.12 [eingesehen am 24.05.2021].

Karacan, Ramazan: Facebook-Post vom 09.01.2014, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/ramazan.karacan.908/posts/706932599326523 [eingesehen am 24.05.2021].

Karacan, Ramazan: Facebook-Post vom 20.11.2014, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/ramazan.karacan.908/posts/869447906408324 [eingesehen am 24.05.2021].

Karacan, Ramazan: Facebook-Post vom 16.05.2016, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/ramazan.karacan.908/posts/1163357573684021 [eingesehen am 24.05.2021].

Karacan, Ramazan: Facebook-Post vom 25.05.2016, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/ramazan.karacan.908/posts/1168861049800340 [eingesehen am 24.05.2021].

Karacan, Ramazan: Profil, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/ramazan.karacan.908 [eingesehen am 24.05.2021].

Karaduman, Hakan: Facebook-Post vom 10.04.2021, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/photo?fbid=4216804165016522&set=a.655755757788065 [eingesehen am 27.06.2021].

Karaduman, Hakan: Facebook-Post vom 15.04.2021, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/photo?fbid=4230526743644264&set=a.655755757788065 [eingesehen am 27.06.2021].

Karaduman, Hakan: Facebook-Post vom 18.04.2021, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/hakan.karaduman.3954/posts/4240553725974899 [eingesehen am 27.06.2021].

Karaduman, Hakan: Facebook-Post vom 23.04.2021, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/hakan.karaduman.3954/posts/4254406904589581 [eingesehen am 27.06.2021].

Karaduman, Hakan: Facebook-Post vom 09.05.2021, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/hakan.karaduman.3954/posts/4300444373319167 [eingesehen am 27.06.2021].

Karaduman, Hakan: Facebook-Post vom 10.05.2021, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/photo?fbid=4305112662852338&set=a.655755757788065 [eingesehen am 27.06.2021].

Karaduman, Hakan: Profil, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/hakan.karaduman.3954 [eingesehen am 27.06.2021].

NEX24: Bericht: NATO versprach PKK Sturz Erdogans, in: NEX24 News, 08.01.2017, URL: https://nex24.news/2017/01/bericht-nato-versprach-pkk-sturz-erdogans/ [eingesehen am 27.07.2021].

O. V.: Früherer Göttinger Ditib-Chef muss im Oktober vor Gericht, in: Jüdische Allgemeine, 07.07.2021, URL: https://www.juedische-allgemeine.de/religion/frueherer-goettinger-ditib-chef-muss-im-oktober-vor-gericht/ [eingesehen am 07.09.2021].

Sozialistische Jugend – Die Falken, Ortsverband Göttingen: Vorsitzender der Göttinger Ditib-Gemeinde/Türkisch Islamische Gemeinde zu Göttingen e.V. verbreitet antisemitische Verschwörungsmythen und Hassbotschaften – Stellungnahme des Göttinger Ortsverbands der Sozialistischen Jugend – Die Falken, öffentliche Mail vom 05.02.2021.

Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.: Grundsätze, URL: https://www.ditib.de/default1.php?id=5&sid=9&lang=de [eingesehen am 27.07.2021].

Yazici, Yunus: Facebook-Post vom 09.07.2014, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/photo?fbid=10202545123325936&set=a.2135288658398 [eingesehen am 24.05.2021].

Yazici, Yunus: Facebook-Post vom 09.07.2014, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/yunus.yazici.92/posts/10202545106285510 [eingesehen am 24.05.2021].

Yazici, Yunus: Facebook-Post vom 12.07.2014, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/photo?fbid=10202559419083321&set=a.2135288658398 [eingesehen am 24.05.2021].

Yazici, Yunus: Facebook-Post vom 25.07.2014, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/yunus.yazici.92 [eingesehen am 24.05.2021].

Yazici, Yunus: Profil, in: Facebook, URL: https://www.facebook.com/yunus.yazici.92 [eingesehen am 24.05.2021].

Marvin Hild (B. A.) studiert an der Georg-August-Universität Göttingen Globale Politik und Arabistik/Islamwissenschaft im Master. Seit Januar 2021 arbeitet er im Bereich Radikaler Islam des Projekts FoDex am Institut für Demokratieforschung. Seine Schwerpunkte liegen in den Bereichen radikalislamische/islamistische Ideologie, Radikalisierung und Vernetzung sowie Terrorismus(-abwehr).

Rechts-radikalismus

Finkbeiner, Florian (2021): „Niedersächsische Rechtsparteien in Corona-Zeiten" In: Demokratie Dialog 9 (2021) S. 54–62. doi:10.17875/gup2021-1774

Niedersächsische Rechtsparteien in Corona-Zeiten

Florian Finkbeiner

Populisten profitieren von Krisenzeiten. So zumindest lautet das weitverbreitete Narrativ – und so war es schließlich auch 2008/09 in der Euro- und Finanzkrise sowie 2015 in der sogenannten „Flüchtlingskrise"; von diesen Krisen konnten Parteien rechts der Mitte profitieren. Von daher lag die Vermutung nahe, dass Ähnliches nun auch in der Corona-Krise geschehen würde. Doch diese Befürchtung hat sich nach über einem Jahr Pandemie nicht bestätigt, die Gründe hierfür sind vielfältig und nicht monokausal zu bestimmen. Um erste systematische Überlegungen zu der Frage anzustellen, wieso die niedersächsischen Rechtsparteien augenscheinlich kaum von der Corona-Krise profitieren können, muss also zunächst grundlegend den aktuellen Entwicklungen im Feld der radikalen Rechten nachgespürt werden.

Die Existenzkrise der NPD

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) war jahrzehntelang *die* zentrale Parteiformation der radikalen Rechten. Seit den 1990er Jahren entwickelte sie sich zur bedeutendsten Schaltstelle zwischen Parteistrukturen und subkulturellen Kräften bis weit ins neonazistische Spektrum hinein. Doch seit Anfang der 2010er Jahre steckt die Partei in einer Dauerkrise.[1] Weder Holger Apfel oder Udo Pastörs noch der aktuelle Vorsitzende Frank Franz konnten die NPD revitalisieren, zudem erscheint die Partei kaum mehr attraktiv für Nachwuchskräfte. Alte Funktionä-

1 Vgl. Botsch, Gideon/Kopke, Christoph: Zwischen Parlament und Milieu. Die bundesdeutsche extreme Rechte nach den Wahlen 2008 und 2009, in: Deutschland Archiv, Jg. 43 (2010), H. 1, S. 5–10.

re der Jungen Nationalisten (JN, ehemals Junge Nationaldemokraten) agieren nun in einer den Rechtsradikalismus modernisierenden Variante in Form der Identitären Bewegung (IB). Und von vormaligen Partei-Aspirationen, die Anfang der 2000er Jahre wieder vereinzelt in Landtage einzogen, wagen wohl selbst die NPD-Kader derzeit kaum zu träumen. Bei der Bundestagswahl 2017 erreichte die NPD mit 0,4 Prozent nicht einmal genug Stimmen, um von der staatlichen Parteienfinanzierung zu profitieren. Nicht ohne Grund hatte das Bundesverfassungsgericht im zweiten NPD-Verbotsverfahren 2017 die Partei nicht verboten, weil es der als verfassungswidrig eingestuften Partei die politische Bedeutung absprach, ihre Ziele erreichen zu können.

Mit dem Erfolg der neuen Konkurrenzpartei am rechten Rand, der Alternative für Deutschland (AfD), ist die NPD in die elektorale Bedeutungslosigkeit abgerutscht. Zwei parallel verlaufende Entwicklungstendenzen haben zu einer Existenzkrise der Partei geführt: Zum einen musste die NPD große Teile ihrer Wählerschaft an die AfD abgeben, sodass der Weg zu mehr Wählerstimmen versperrt bleibt. Zum anderen wurde der Partei der Rang im neonazistischen Spektrum durch andere Organisationen abgelaufen. Unter welchem Druck die Rechtsaußenpartei steht, verdeutlicht – ironischerweise in Anlehnung an die AfD – die Bildung eines sogenannten „völkischen Flügels" innerhalb der NPD, der für eine stärkere Rückanbindung an die neonazistische Bewegung und andere antiparlamentarische Strukturen eintritt.[2] Ob diese Neuausrichtung aus Sicht der NPD gelingen kann, bleibt abzuwarten. Der Verfassungsschutz des Landes Niedersachsen jedenfalls diagnostiziert deutlich sinkende Mitgliederzahlen des NPD-Landesverbandes (2020: 230)[3]. Von der Corona-Krise und dem gesamtgesellschaftlichen Murren konnte die Partei nicht profitieren.

Parteiförmiger Neonazismus: *Die Rechte* und *Der III. Weg*

Die Partei Die Rechte wurde von Christian Worch am 27.05.2012 in Hamburg zusammen mit ehemaligen Aktivisten der Deutschen Volksunion (DVU) gegründet. Die Partei entsteht als eine Art Reaktion auf die Fusion von DVU und NPD und das zu dieser Zeit zumindest absehbare zweite NPD-Verbotsverfahren sowie drohende Verbote neonazistischer Kameradschaften in Nordrhein-Westfalen. Der Neonazi-Kader Worch will mit der Parteigründung einerseits unzufriedene DVU-Anhänger ansprechen und andererseits eine Art Auffangbecken und Ersatzstruktur für den Fall eines NPD-Verbots schaffen. Aus diesem Grund ist Die Rechte geprägt durch eine Doppelstruktur: Programmatisch setzt die Partei auf Mäßigung und orientiert sich stark an alten DVU-Parteiprogrammen, vermeidet beispielsweise – im Gegensatz zur AfD – ein offenes Bekenntnis zur deutschen „Volksgemeinschaft". Doch gleichzeitig hat das Parteiprogramm „für die Praxis der Partei keine Bedeutung"[4], so der Rechtsextremismusforscher Jan Schedler, weil Die Rechte offen neonationalsozialistisch bei Demonstrationen auftritt. Somit ist die Partei letztlich eine Hülle für altbekannte neonazistische Strukturen. Bis heute konnte kaum ein nennenswerter Parteiapparat aufgebaut werden. Die Mitgliederzahl liegt bundesweit zwischen 500–600 Personen, in Niedersachsen aktuell bei unter 40.[5] Die Parteistruktur basiert schließlich darauf, dass die Arbeit im Wesentlichen nur von wenigen Aktivisten getragen

2 Vgl. Schedler, Jan: Extrem rechte Parteien, in: Andersen, Uwe et al. (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2021, S. 783–790, hier S. 786.

3 Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Verfassungsschutzbericht 2020, Hannover 2021, S. 100.

4 Schedler, Jan: Organisierter Wille braucht (k)eine Partei. Neonazistische Kleinparteien 2000–2020, in: Botsch, Gideon/Schulze, Christoph (Hrsg.): Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus 1990–2020, Berlin 2021, S. 145–167, hier S. 150.

5 Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Verfassungsschutzbericht 2020, S. 111.

wird, die an engen regionalen Vernetzungen zu Akteuren der neonazistischen, subkulturell-antiparlamentarischen Szene arbeiten – wie es sich beispielsweise in Braunschweig immer wieder zeigt, wo wenige Neonazikader immer aktiver auftreten.[6] Die Partei hat zwar in vielen Bundesländern Landesverbände, aber der Schwerpunkt liegt in Nordrhein-Westfalen, wo sie am stärksten mobilisieren kann.[7] Die Rechte ist als „Bewegungspartei des Neonazismus"[8] vor allem an dieser Demonstrationspolitik interessiert; an Wahlen nimmt sie nur gelegentlich teil, um symbolische Akzente zu setzen, wie in den Stadtrat von Dortmund einzuziehen oder um den Parteienstatus zu behalten. Für die Bundestagswahl 2021 hat Die Rechte nicht einmal eine Kandidatur zur Zulassung eingereicht.[9]

Der III. Weg wurde im Herbst 2013 in Heidelberg von ehemaligen NPD-Aktivisten gegründet, denen die Ausrichtung der Partei zu gemäßigt erschien und die eine engere Vernetzung zu neonazistischen Strukturen anstrebten. Der III. Weg ist eine völkisch ausgerichtete Partei mit deutlichen NS-Bezügen und militant-neonazistischem Auftreten. Der Parteiname signalisiert das Streben nach einem Weg jenseits von Kapitalismus und Kommunismus für einen „deutschen Sozialismus" nach NS-Vorbild. Die Partei hat 550–600 Mitglieder; ihre Organisationsstrukturen sind regional geprägt. Ihre Kerngebiete liegen vor allem in Süddeutschland und inzwischen auch verstärkt in Sachsen. In Niedersachsen konnte sich die Partei bisher noch nicht dauerhaft etablieren.[10] Laut Verfassungsschutz liegt die Mitgliederzahl in Niedersachsen konstant bei 10.[11] Aber der III. Weg ist nicht auf Anschlussfähigkeit oder Mitgliederwachstum bedacht, weshalb potenzielle Anwärter auch nicht einfach in die Partei eintreten können, sondern gewisse Eintrittshürden wie ideologische Schulungen überstehen müssen. Es geht der Partei vor allem um die Kaderbildung und Härtung der elitären Kampfgemeinschaft in der Tradition der Nationalistischen Front (NF), einer rechtsextremen Organisation, die 1992 verboten wurde. In der Parteiformation sammelt sich der „überzeugte, harte Kern der neonazistischen Bewegung"[12], wie es Schedler betont. Der III. Weg nutzt die Organisationsform „Partei" primär, um seine eigentlichen Kader- bzw. Kameradschaftsstrukturen verfassungsrechtlich stärker abzusichern und um damit Verbotsmaßnahmen vorzubeugen. Die staatlichen Repressionen führten insgesamt in der radikalen Rechten zu einer „Flucht in den Parteienstatus"[13]. Parteiprivilegien werden letztlich also vor allem für außerparlamentarische Aktivitäten genutzt.

Die Bedeutung der Gruppierungen Die Rechte und Der III. Weg lassen sich demnach nicht an Wahlergebnissen erkennen, sondern an ihren Vernetzungen und ihren spezifischen Funktionen für den bundesdeutschen Rechtsradikalismus und speziell den (gewalttätigen) Neonazismus.[14] Und da es ihnen nicht um elektorale Erfolge oder

6 Vgl. Steiner, Cornelia: Hat Braunschweig ein Problem mit extremen Rechten?, in: Braunschweiger Zeitung, 13.07.2021, URL: https://www.braunschweiger-zeitung.de/braunschweig/article232781709/Hat-Braunschweig-ein-Problem-mit-extremen-Rechten.html [eingesehen am 15.07.2021].

7 Vgl. Schedler: Organisierter Wille braucht (k)eine Partei, S. 151.

8 Puls, Hendrik: „Die Rechte" als neue Bewegungspartei des Neonazismus, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 28 (2015), H. 1, S. 160–164.

9 Siehe Angaben des Bundeswahlleiters unter https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2021/14_21_1bwa-entscheidung.html [eingesehen am 16.08.2021].

10 Vgl. Schedler: Organisierter Wille braucht (k)eine Partei, S. 159.

11 Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Verfassungsschutzbericht 2020, S. 39.

12 Schedler: Organisierter Wille braucht (k)eine Partei, S. 160.

13 Busch, Christoph: Die Flucht in den Parteienstatus, in: Morlok, Martin/Poguntke, Thomas/Zons, Gregor (Hrsg.): Etablierungschancen neuer Parteien, Baden-Baden 2017, S. 163–186.

14 Schedler: Extrem rechte Parteien, S. 789.

massengesellschaftliche Anschlussfähigkeit geht, sind diese Rechtsparteien auch kaum beeinflusst durch die AfD-Erfolge. Ganz anders ist die Situation für die NPD und die nicht-neonazistischen Rechtsparteien wie Die Republikaner (REP) oder Die Freiheit (DF), die im unmittelbaren Konkurrenzkampf der AfD unterlagen und von ihr aufgesogen wurden.[15] Die Rechte und Der III. Weg bilden zentrale Schnittstellen für die Protestmobilisierung des bundesdeutschen Neonazismus, dessen Umfeld auf über 6.000 Personen geschätzt wird.[16]

Die AfD und ihre Machtkämpfe

Die AfD hat sich innerhalb weniger Jahre zur wichtigsten Partei rechts der Mitte entwickelt. Sie ist eine zentrale Bezugsgröße, zu der sich Gruppen, Organisationen und andere Parteien der radikalen Rechten verhalten müssen. Dabei ist die AfD selbst kein monolithischer Block, wie insbesondere der Dauerkonflikt im niedersächsischen Landesverband verdeutlicht. Seine Entwicklung ist geprägt durch personelle Machtkämpfe, wie dem Konflikt zwischen den ehemaligen Landesvorsitzenden Armin Paul Hampel und Dana Guth, sowie durch machtpolitische Auseinandersetzungen, wie bspw. die Streitfragen um Organisationsstrukturen auf Landes- und Regionalebene und deren Mitbestimmungsrechte in Entscheidungsprozessen des Landesverbandes.[17] Die Geschichte der AfD Niedersachsen ist eine Geschichte der Intrigen, Skandale und Machtkämpfe.

Zwischenzeitlich schien es, dass der Landesverband eine im Vergleich zu AfD-Verbänden im Osten gemäßigtere Richtung einschlagen würde, als sich Guth 2018 gegen Hampel durchsetzte und gegen den Flügel positionierte. Doch im September 2020 wurde der Flügel-Kandidat Jens Kestner neuer AfD-Landesvorsitzender, was den Radikalisierungsprozess verstärkte. Daraufhin trat Guth aus der Partei aus und wechselte später zur neuen Partei des einstigen AfD-Gründers Bernd Lucke Liberal-Konservative Reformer (LKR), sodass die Fraktion im Herbst 2020 im Parlament zerbrach und den Fraktionsstatus verlor. Seither kommt die Partei nicht zur Ruhe und schlingert weiter von einem Konflikt zum nächsten. Im Dezember 2020 setzte sich Joachim Wundrak, Wunschkandidat der „Gemäßigten", überraschend gegen Hampel auf einem Parteitag zur Wahl des Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl durch. Das Ergebnis der Kandidatenliste wird später allerdings aufgrund von Formfehlern angefochten. Aus diesem Grund sollte die Wahl im Mai 2021 auf einem Sonderparteitag in Braunschweig nachgeholt werden. Doch der Parteitag muss kurzfristig wieder abgesagt werden. Bereits im Vorfeld kam es zu Konflikten zwischen verschiedenen parteiinternen Gruppen. Nach schlechter organisatorischer Vorbereitung und hohem Andrang von AfD-Mitgliedern musste der Parteitag dann ergebnislos abgebrochen werden, weil die Parteiregie die geltenden Corona-Regeln nicht einhalten konnte. Im Sommer 2021 wird bekannt, dass ein Teil des radikalen Flügel-Lagers um Kestner und Hampel seit Beginn des Jahres daran gearbeitet habe, Parallelstrukturen als Ersatz für den offiziell aufgelösten Flügel zu schaffen, um die Mehrheitsverhältnisse im Landesverband dauerhaft zu beeinflussen.[18] Gegen die beiden stellvertretenden AfD-Landesvor-

15 Vgl. Kopke, Christoph/Lorenz, Alexander: Die AfD und die Parteien der politischen Rechten, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD, Hamburg 2018, S. 69–75.

16 Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Verfassungsschutzbericht 2020, S. 38.

17 Ausführlicher zur Entwicklung des AfD-Landesverbandes, vgl. Finkbeiner, Florian/Schröder, Niklas: Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen. Eine Fallanalyse zum Sozialprofil der Wählerschaft und ihrer politischen Einstellungen am Beispiel von Niedersachsen, FoDEx-Studie, Göttingen 2020, S. 11–15.

18 Vgl. Kabisch, Volkmar/Pittelkow, Sebastian/Riedel, Katja: „Flügel" baut Strukturen offenbar wieder auf, in: tagesschau.de, 10.06.2021, URL: https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/afd-fluegel-patrioten-101.html [eingesehen am 16.07.2021].

sitzenden Stefan Bothe und Uwe Wappler sowie den bisherigen Beisitzer im Vorstand, Thorsten Althaus, die diese Unterwandung organisiert haben sollen, hat der AfD-Bundesvorstand ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet.[19] Unabhängig davon, ob diese Verfahren erfolgreich sein werden oder nicht, der Skandal um die konspirativen Treffen belegt die Zerstrittenheit innerhalb der Landespartei. Beim erneut nachgeholten Parteitag im Juli 2021 in Hildesheim wurde dann Joachim Wundrak zum Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl gewählt. Damit hat das Flügel-Lager um Kestner und Hampel eine weitere innerparteiliche Niederlage erlitten. Dieser Wahlausgang zementiert die innerparteilichen Grabenkämpfe zwischen einem Parteivorstand, der mehrheitlich dem Flügel nahesteht, und einer Parteibasis, die sich offen gegen den Vorstand stellt.

Diese innerparteilichen Machtkämpfe spielen auch eine Rolle dabei, dass die AfD im Bund wie im Land von der Corona-Krise kaum profitiert. Die Partei hatte zu Beginn der Pandemie Orientierungsschwierigkeiten und keine Strategie. Wie der Politikwissenschaftler Hajo Funke herausstellt, zeigten sich bei der AfD anfangs „geradezu schizophrene Haltungen“[20]: Denn auch wenn es aus Sicht der Partei die Pandemie eigentlich gar nicht gäbe, plädierte sie zu Beginn der Krise selbst noch für schärfere Maßnahmen und konsequentere staatliche Eingriffe. Im Herbst 2020 drehte die AfD dann ihre Strategie um 180 Grad und suchte fortan den Anschluss an die parteipolitisch heimatlose „Querdenken“-Bewegung. Immer wieder haben führende niedersächsische AfD-Politiker an Demonstrationen teilgenommen und Reden gehalten – wenn auch nicht im selben Ausmaß wie in ostdeutschen Landesverbänden.[21] Doch die Positionierung der Partei zu Corona bleibt inhaltlich weiterhin diffus. Im April 2021 beschloss die AfD auf ihrem Bundesparteitag in Dresden eine sogenannte „Corona-Resolution“, in der die Partei eine Beendigung der Maßnahmen fordert.[22] Ansonsten bleibt es zumeist bei einer nebulösen Moralisierungskritik. Dabei nutzt sie auch das Narrativ des sogenannten „Great Reset“, einer großen und seit langem geplanten Transformation der Gesellschaft, die sich die Corona-Krise zunutze mache, um eine „Corona-Diktatur“ zu errichten.[23]

Warum die Rechtsparteien elektoral nicht von der Corona-Krise profitieren

Die niedersächsischen Rechtsparteien können augenscheinlich kaum von der Corona-Krise profitieren. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Deshalb werden im Folgenden erste systematische Überlegungen skizziert:

Erstens ist die Corona-Krise keine klassische „Krise“, die ein Identifikationsangebot liefert. Anders als etwa in der Euro- und Finanzkrise konnte in der Corona-Krise kaum jemand ein signifikantes Alleinstellungsmerkmal entwickeln, weil die kategoriale Gegenposition im Parteienwettbewerb – sprich: entgegen der Bundestagsbeschlüsse auf Öffnungen setzen – gerade zu Beginn der Pande-

19 Vgl. Heuer, Marco: Streit um „Flügel“ und V-Männer: Weiter Grabenkämpfe bei AfD, in: NDR.de, 19.06.2021, URL: https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Streit-um-Fluegel-und-V-Maenner-Weiter-Grabenkaempfe-bei-AfD,afd2764.html?fbclid=IwAR3tUV2Rnb8bsWh_yM1FNgynfAu0-JJ4zFncxjKM3N-s9Slw3MLQq3xvZ3I [eingesehen am 16.07.2021].

20 Funke, Hajo: Die Höcke-AfD. Vom gärigen Haufen zur rechtsextremen „Flügel“-Partei, Hamburg 2020, S. 15.

21 Vgl. Kopke, Christoph/Lorenz-Milord, Alexander: Von der Rechtsabspaltung der CDU zur rechtsextremen „Bewegungspartei“, in: Botsch, Gideon/Schulze, Christoph (Hrsg.): Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus 1990–2020, Berlin 2021, S. 217–244, hier S. 244.

22 Vgl. AfD: Bundesparteitag in Dresden beschließt Corona-Resolution, 10.04.2021, URL: https://www.afd.de/bundesparteitag-in-dresden-beschliesst-corona-resolution/ [eingesehen am 08.07.2021].

23 Die neurechte Zeitschrift ***Compact*** von Jürgen Elsässer widmet „Great Reset“ eine eigene Ausgabe (Nr. 4/2021) unter dem Titel „Great Reset. Die teuflischen Pläne der globalen Elite“.

mie nicht besetzt werden konnte. Zudem waren es am ehesten die Liberalen, die dieses Thema zu bespielen versucht haben.[24] Und anders als etwa in der „Flüchtlingskrise" konnten kaum Feindbilder konstruiert werden, die als Schuldige, Nutznießer oder Trittbrettfahrer identifiziert werden konnten. Zwar wurden sogenannte Verschwörungstheorien (präziser: Verschwörungsmythen) zu Beginn der Corona-Krise medial breit rezipiert, aber elektoralen Einfluss hatten diese kaum nachweislich. Versatzstücke eines Verschwörungsglaubens führen nicht automatisch zu einer Affinität zu Rechtsaußenparteien, sondern diese können auch mit gutbürgerlichen (grünen) Parteien zusammengehen.

Zweitens war die Corona-Krise gerade in den ersten Monaten, als noch niemand die Lage einschätzen konnte, die Stunde der Exekutive. Als die erste Hysterie verflog und ein Hauch von angestrebter „Normalität" in der Luft lag, spitzten sich ab Herbst 2020 die Konflikte innerhalb der CDU um die Merkel-Nachfolge zu. Das gewachsene Bedürfnis nach Stabilität, das sich dadurch nicht in klassischer Volksparteizentrierung äußern konnte, führte zu einer Hinwendung zu den Grünen, die vor allem im Frühjahr 2021 ein geschlosseneres Bild abgaben als die CDU und damit auch mehr den Typus der moderierenden Volks- und Kümmererpartei gaben. Rechtsparteien wie die AfD, die bis zum Sommer 2021 hinein nach außen wie gelähmt schien, weil sie sich in Machtkämpfen wie der Basisabstimmung über die Wahl der Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl selbst zerlegte, konnten hier nicht die Pose einer wählbaren Alternative einnehmen.[25]

Drittens bieten CDU/CSU, die sich bereits auf die Post-Merkel-Ära vorbereiten, rechts der Mitte Surrogatangebote an, was partielle Bindungen (wieder)herstellt bzw. den Spielraum einschränkt, dass Rechtsparteien Anschlussmöglichkeiten an bürgerliche Kreise finden. Während in den letzten Jahren der (Warn-)Ruf nach einer liberalisierten Christdemokratie immer lauter wurde, die nicht mehr das vermeintlich „Konservative" anspreche, gibt es inzwischen zumindest wieder symbolpolitische Angebote, die das Gegenteil wenigstens suggerieren. Dass Friedrich Merz mit seinem *Law-and-Order*-Angebot nur knapp nicht Parteivorsitzender wurde und Armin Laschet seinen vormaligen Kontrahenten zur Bundestagswahl an seine Seite nimmt, oder dass ein CDU-Kreisverband Hans-Georg Maaßen zum Direktkandidaten aufstellt, wäre vor wenigen Jahren wohl noch undenkbar gewesen. Diese Surrogatangebote verstärken den Krisendruck innerhalb der AfD, der bereits durch die zahlreichen Machtkämpfe auf allen parteilichen Ebenen hoch ist. Aber dennoch hat dies bisher nicht dazu geführt, dass die Partei an Wählerstimmen sonderlich einbüßt. Ganz im Gegenteil: Sowohl die Wahl in Sachsen-Anhalt im Sommer 2021 als auch bundesweite Umfragen sehen die AfD derzeit relativ konstant zwischen 10 und 12 Prozent; in Niedersachsen zumindest konstant zwischen 7 und 9 Prozent.

Nicht-intendierte Nebeneffekte

Auch wenn die Rechtsparteien derzeit elektoral nicht von dieser Krise profitieren können, ist die radikale Rechte dennoch gleichzeitig tendenziell im Aufwind. Zum einen hat sich im Zuge der Corona-Krise das Rechtsextremismuspotenzial in Niedersachsen nach Angaben des Verfassungsschutzes deutlich erhöht (2019: 1230 zu 2020: 1830).[26] Zum anderen hat die Corona-Krise ein bislang ungeahntes Ausmaß an Verfassungsskeptizismus und Misstrauen gegen staatliche Institutionen in

24 Vgl. Linden, Markus: Die Legende vom „Konformitätsdruck". Zur zweifelhaften Kritik an der Corona-Debatte, in: Merkur, Jg. 75 (2021), Nr. 866, S. 34–45, hier S. 42.

25 Vgl. Steffen, Tilman: Wie die Basisdemokratie die AfD zerlegt, in: ZEIT ONLINE, 21.05.2021, URL: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-05/afd-spitzenteam-bundestagswahl-alice-weidel-tino-chrupalla-joana-cotar-joachim-wundrak/komplettansicht [eingesehen am 16.07.2021].

26 Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Verfassungsschutzbericht 2020, S. 39.

Form der Querdenken-Bewegung offenbart. Die Forschung kann derzeit noch nicht abschließend beurteilen, ob diese Dimensionen an potenziellem Verschwörungsglauben schon vorher existierten und brachlagen oder ob diese durch Corona dynamisiert wurden. Gleichfalls unklar bleibt, ob sich aus dieser potenziellen Affinität eine weitere potenzielle Anschlussfähigkeit zwischen der radikalen Rechten und bürgerlichen Kreisen ergibt. Zumindest zeigt eine Allensbach-Umfrage, wie weit verbreitet in der Bevölkerung das Gefühl ist, dass es staatlich gesteuerte Sprechverbote gebe.[27]

Die neue Querdenken-Protestbewegung gegen die staatlichen Maßnahmen zur Pandemieeindämmung verbindet unterschiedliche soziale und kulturelle Milieus, die durch Verschwörungsgläubigkeit, Wissenschaftsfeindlichkeit und rechtsorientierte Forderungen nach „Widerstand" und „Aufstand" zusammengefunden haben. Wie die neue Mitte-Studie 2020/21 belegt, ist diese Querdenken-Bewegung zwar äußerst heterogen, aber rechts ausgerichtet und trifft mit den Narrativen neuralgische Punkte bis weit in die Mitte der Gesellschaft bzw. ist potenziell daran anschlussfähig.[28] Auch andere Umfragen belegen das Ausmaß an Antiliberalismus, Antisemitismus und Antiparlamentarismus. Diese haben zusammen mit Paranoia und völkischem Denken jedenfalls einen deutlichen Auftrieb erhalten.[29] Die Querdenker-Proteste haben offensichtlich eine Tendenz der Parteien-Dissonanz und Enttäuschung verstärkt. Wie der „Sonderbericht zu Verschwörungsmythen und ‚Corona-Leugnern'" in Nordrhein-Westfalen vom Mai 2021 detailliert aufzeigt, ist ein zentrales Moment in dieser Radikalisierung das gewachsene Misstrauen auch gegen staatliche Institutionen.[30]

Diese Dynamiken der politischen Bewusstseinsformen – vom offen gezeigten Verschwörungsglauben bis zum grassierenden Antiliberalismus – haben (bisher) nicht zu Wahlerfolgen von Rechtsparteien geführt. Aber sie haben Nebeneffekte für die Organisationsstrukturen der radikalen Rechten nach innen. Die Corona-Protest-Partei Widerstand 2020 konnte sich parteipolitisch nicht etablieren.[31] Ebenso wenig wie die esoterisch angehauchte Partei Die Basis, die aber als Scharnier weiterhin bedeutsam ist. Denn damit hat sich das Spektrum der fundamentaloppositionellen „Totalablehner"[32] thematisch vergrößert und ist vielfältiger wie unübersichtlicher geworden. Es reicht nun „von der AfD bis hin zu den bekannten Kanälen der verschwörungstheoretischen Systemkritik, also Compact, KenFM, Rubikon, NuoViso oder Multipolar."[33] Den Rechtsextremismusforschern Fabian Virchow und Alexander Häusler zufolge sind Veränderungen im Straßenprotest und in sozialen Netzwerken bei rechtsaffinen Protestmilieus zu verzeichnen, die als neue Formen von milieuübergreifender Ra-

27 Vgl. Schneider, Johannes: Meinungsfreiheit in Deutschland: Meine Meinung!, in: DIE ZEIT, 19.06.2021, URL: https://www.zeit.de/kultur/2021-06/meinungsfreiheit-deutschland-allensbach-umfrage-gefuehle [eingesehen am 21.07.2021].

28 Vgl. Häusler, Alexander/Küpper, Beate: Rechtsextreme Widerstandspostulate und völkisch-autoritäre Rebellion, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn 2021, S. 225–245, hier S. 234 u. 245.

29 Vgl. Richter, Christoph/Salheiser, Axel: Die Corona-Pandemie als Katalysator des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Thüringen, Deutschland und Europa?, in: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise, Band 9, Jena 2021, S. 76–87.

30 Vgl. Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen: Sonderbericht zu Verschwörungsmythen und „Corona-Leugnern", Mai 2021, URL: https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/Sonderbericht_2021_Verschwoerungsmythen_und_Corona-Leugner.pdf [eingesehen am 08.07.2021].

31 Vgl. Sprengeler, Joris: Widerstand2020. Eine Bewegungspartei in Reaktion auf die Covid-19-Pandemie, in: Demokratie-Dialog, H. 7/2020, S. 65–71.

32 Linden: Die Legende vom „Konformitätsdruck", S. 44.

33 Ebd.

dikalisierung interpretiert werden müssen.[34] Die Corona-Krise hat letztlich für die radikale Rechte zu einer Integration nach innen geführt, von der noch nicht abzusehen ist, wie sich die Organisationsstruktur und Dynamik zwischen den rechtsradikalen Kleinparteien, der AfD und subkulturellen Kräften entwickeln werden. Markus Linden ist zuzustimmen, wenn er beobachtet, dass der radikal systemoppositionelle Markt „zwischen Esoterik und völkischem Denken", der sich in den letzten Jahren seit der Flüchtlingskrise tendenziell auseinanderdividierte, wieder zusammengefunden hat.[35] Die Corona-Krise hat wie ein Katalysator gewirkt und diese verschiedenen Szenen näher zusammengebracht.[36] Auch wenn Parteien der radikalen Rechten davon bisher bei Wahlen nicht im besonderen Umfang profitiert haben, zeigt der vermeintlich eruptive Ausbruch irrationaler, esoterischer und vor allem antisemitischer Tiraden, wie dünn offenbar die zivilisatorische Tünche ist. Die entscheidende Frage für weitere Forschungen ist dabei letztlich, ob sie das immer schon war oder ob sie in den letzten Jahren dünner geworden ist.

Literatur:

AfD: Bundesparteitag in Dresden beschließt Corona-Resolution, 10.04.2021, URL: https://www.afd.de/bundesparteitag-in-dresden-beschliesst-corona-resolution/ [eingesehen am 08.07.2021].

Botsch, Gideon/Kopke, Christoph: Zwischen Parlament und Milieu. Die bundesdeutsche extreme Rechte nach den Wahlen 2008 und 2009, in: Deutschland Archiv, Jg. 43 (2010), H. 1, S. 5–10.

Busch, Christoph: Die Flucht in den Parteienstatus, in: Morlok, Martin/Poguntke, Thomas/Zons, Gregor (Hrsg.): Etablierungschancen neuer Parteien, Baden-Baden 2017, S. 163–186.

Finkbeiner, Florian/Schröder, Niklas: Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen. Eine Fallanalyse zum Sozialprofil der Wählerschaft und ihrer politischen Einstellungen am Beispiel von Niedersachsen, FoDEx-Studie, Göttingen 2020.

Funke, Hajo: Die Höcke-AfD. Vom gärigen Haufen zur rechtsextremen „Flügel"-Partei, Hamburg 2020.

Häusler, Alexander/Küpper, Beate: Rechtsextreme Widerstandspostulate und völkisch-autoritäre Rebellion, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn 2021, S. 225–245.

Heuer, Marco: Streit um „Flügel" und V-Männer: Weiter Grabenkämpfe bei AfD, in: NDR.de, 19.06.2021, URL: https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Streit-um-Fluegel-und-V-Maenner-Weiter-Grabenkaempfe-bei-AfD,afd2764.html?fbclid=IwAR3tUV2Rnb8bsWh_yM1FNgynfAu0-JJ4zFn-cxjKM3N-s9Slw3MLQq3xvZ3I [eingesehen am 16.07.2021].

Kabisch, Volkmar/Pittelkow, Sebastian/Riedel, Katja: „Flügel" baut Strukturen offenbar wieder auf, in: tagesschau.de, 10.06.2021, URL: https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/afd-fluegel-patrioten-101.html [eingesehen am 16.07.2021].

Kopke, Christoph/Lorenz, Alexander: Die AfD und die Parteien der politischen Rechten, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD, Hamburg 2018, S. 69–75.

Kopke, Christoph/Lorenz-Milord, Alexander: Von der Rechtsabspaltung der CDU zur rechtsextremen „Bewegungspartei", in: Botsch, Gideon/Schulze, Christoph (Hrsg.): Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus 1990–2020, Berlin 2021, S. 217–244.

Linden, Markus: Die Legende vom „Konformitätsdruck". Zur zweifelhaften Kritik an der Corona-Debatte, in: Merkur, Jg. 75 (2021), Nr. 866, S. 34–45.

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Verfassungsschutzbericht 2020, Hannover 2021.

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen: Sonderbericht zu Verschwörungsmythen und „Corona-Leugnern", Mai 2021, URL: https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/Sonderbericht_2021_Verschwoerungsmythen_und_Corona-Leugner.pdf [eingesehen am 08.07.2021].

Puls, Hendrik: „Die Rechte" als neue Bewegungspartei des Neonazismus, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 28 (2015), H. 1, S. 160–164.

Richter, Christoph/Salheiser, Axel: Die Corona-Pandemie als Katalysator des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Thüringen, Deutschland und Europa?, in: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise, Band 9, Jena 2021, S. 76–87.

Schedler, Jan: Extrem rechte Parteien, in: Andersen, Uwe/Bogumil, Jörg/Marschall, Stefan/Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2021, S. 783–790.

Schedler, Jan: Organisierter Wille braucht (k)eine Partei. Neonazistische Kleinparteien 2000–2020, in: Botsch, Gideon/Schulze, Christoph (Hrsg.): Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus 1990–2020, Berlin 2021, S. 145–167.

Schneider, Johannes: Meinungsfreiheit in Deutschland: Meine Meinung!, in: DIE ZEIT, 19.06.2021, URL: https://www.zeit.de/kultur/2021-06/meinungsfreiheit-deutschland-allensbach-umfrage-gefuehle [eingesehen am 21.07.2021].

Speit, Andreas: Verqueres Denken. Gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus, Berlin 2021.

Sprengeler, Joris: Widerstand2020. Eine Bewegungspartei in Reaktion auf die Covid-19-Pandemie, in: Demokratie-Dialog, H. 7/2020, S. 65–71.

Steffen, Tilman: Wie die Basisdemokratie die AfD zerlegt, in: ZEIT ONLINE, 21.05.2021, URL: https://www.zeit.de/

34 Virchow, Fabian/Häusler, Alexander: Pandemie-Leugnung und extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen, CORE-NRW-Kurzgutachten, Bonn 2020, S. 36.

35 Linden: Die Legende vom „Konformitätsdruck", S. 39.

36 Vgl. Speit, Andreas: Verqueres Denken. Gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus, Berlin 2021.

politik/deutschland/2021-05/afd-spitzenteam-bundestagswahl-alice-weidel-tino-chrupalla-joana-cotar-joachim-wundrak/komplettansicht [eingesehen am 16.07.2021].

Steiner, Cornelia: Hat Braunschweig ein Problem mit extremen Rechten?, in: Braunschweiger Zeitung, 13.07.2021, URL: https://www.braunschweiger-zeitung.de/braunschweig/article232781709/Hat-Braunschweig-ein-Problem-mit-extremen-Rechten.html [eingesehen am 15.07.2021].

Virchow, Fabian/Häusler, Alexander: Pandemie-Leugnung und extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen, CORE-NRW-Kurzgutachten, Bonn 2020.

Dr. Florian Finkbeiner, geb. 1988, Projektkoordinator der FoDEx-Forschungsstelle am Institut für Demokratieforschung und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Rechtsradikalismus. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politische Ideengeschichte, Konservatismus und Rechtsradikalismus sowie Parteien- und Politische Kulturforschung.

Trittel, Katharina; Isele, Sören (2021): „Wir gehen dahin, wo wir den Wind von vorn bekommen". Die NPD in Göttingen während der „langen Siebziger" In: Demokratie Dialog 9 (2021) S. 63–77. doi: 10.17875/gup2021-1775

„Wir gehen dahin, wo wir den Wind von vorn bekommen."

Die NPD in Göttingen während der „langen Siebziger"

Katharina Trittel / Sören Isele

Im Zentrum dieses Beitrages steht eine Reihe von Veranstaltungen der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), welche sie innerhalb des langen „schwarzen Jahrzehnts"[1] (1967–1982) in Göttingen durchgeführt hat oder durchführen wollte, sowie Reaktionen der Stadtgesellschaft darauf. Denn die „Post-68er"-Jahre waren keinesfalls ausschließlich durch Liberalisierung und Demokratisierung geprägt, sondern auch durch Mobilisierungen rechtsradikaler Akteure, staatliche Reaktionen auf den Terrorismus der Roten Armee Fraktion (RAF) sowie durch die so genannte „konservative Tendenzwende"[2] bestimmt.

Göttingen bildete keinesfalls eine Ausnahme, das „schwarze Jahrzehnt" wurde auch hier durch Mobilisierungen der NPD gerahmt: So hieß es zunächst im Jahr 1967 von Seiten des Göttinger Verwaltungsausschusses, „der NPD die Stadthalle zu überlassen, sei unzumutbar, weil sie mit Sicherheit demoliert würde."[3] Das angestrebte Verbot wurde jedoch vor Gericht kassiert, die Wahlkampfveranstaltung letztlich abgehalten. Gut zehn Jahre später jedoch, im niedersächsischen Wahljahr 1978, meldete die Partei gleich mehrere Veranstaltungen an. Im Nachgang der ersten, im Februar abgehaltenen Veranstaltungen las man in der

1 Vgl. zu dieser Bezeichnung Livi, Massimiliano/Schmidt, Daniel/Sturm, Michael (Hrsg.): Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt a. M. 2010.

2 Vgl. dazu auch Finkbeiner, Florian: Nationale Hoffnung und konservative Enttäuschung. Zum Wandel des konservativen Nationenverständnisses nach der deutschen Vereinigung, Bielefeld 2020. Vgl. ebenso: Hoeres, Peter: Von der „Tendenzwende" zur „geistig-moralischen Wende". Konstruktion und Kritik konservativer Signaturen in den 1970er und 1980er Jahren, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 61 (2013), H. 1, S. 93–119; Schildt, Axel: „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten". Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 44 (2004), S. 449–478 und Rödder, Andreas: Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, München 2004, S. 211–214.

3 O. V.: Göttingen muß Stadthalle zur Verfügung stellen, in: Göttinger Tageblatt, 26.05.1967.

Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ): „[N]ach polizeilichen Erkenntnissen größtenteils von auswärts angereiste Gegner der NPD stürmten das Podium, zerstörten die Lautsprecheranlage und einen Personenwagen"[4]. Es kam zu schweren Ausschreitungen, das *Göttinger Tageblatt* (GT) titelte: „Auf dem Markt floß das Blut"[5]. Am 15. April desselben Jahres wurde eine Versammlung vor der Stadthalle genehmigt und verlief unter höchstem Polizeischutz friedlich. Alle weiteren Veranstaltungen im Herbst 1978 wurden von der Stadtverwaltung, gestützt durch gerichtliche Urteile, dann jedoch untersagt und auch nicht durchgeführt.

In der historischen Rückschau bleibt zu beachten, dass sich im Laufe des langen Jahrzehnts nicht nur die ermöglichenden Kontextfaktoren, sondern auch die Rolle der NPD insgesamt gravierend änderten: 1967/68, auf dem Höhepunkt ihrer Mobilisierungsfähigkeit im Zeichen der bevorstehenden Bundestagswahl, galt sie als neue nationale Sammlungspartei. 1978, gut zehn Jahre später, war der Einzug in den Bundestag verpasst, die NPD nicht mehr Teil der politischen Gremien Göttingens und im Zuge der antiparlamentarischen Stoßrichtung des gesamten Lagers (welche durchaus mit einer Radikalisierung einherging) in eine Außenseiterrolle gedrängt.[6]

Wie wir in der letzten Ausgabe dieses Werkstattberichtes[7] skizziert haben, wandelte sich auch der Umgang mit Rechtsradikalismus in der Universitätsstadt. Insbesondere das Jahr 1964 – in welchem auch die Stadthalle eingeweiht wurde –[8] scheint in Göttingen eine Zeitenwende eingeläutet zu haben, markierte es doch das verspätete „Ende der Nachkriegszeit"[9]. Nun gewann die SPD die politische Ratsmehrheit von der FDP, stellte ab 1966 auch den Oberbürgermeister und es vollzog sich ein Angleich an die Bonner Verhältnisse. Dennoch gelang der NPD 1968 der Einzug in den Stadtrat mit 6,0 Prozent (was zwei Sitzen entsprach, die sie bis 1973 besetzte). Es zeigt sich also, dass „das heutige Image der Stadt als linksliberal keineswegs selbstverständlich ist. Vielmehr lag die Toleranzschwelle für Gruppierungen und Praktiken bis weit rechts der Mitte im bürgerlich-konservativ bis rechtsliberal geprägten Göttingen äußerst hoch."[10] Doch wird diese Toleranzschwelle – nicht nur in Göttingen – stets aufs Neue öffentlich ausverhandelt und der Handlungsspielraum einzelner Akteure ändert sich in Abhängigkeit von anderen Akteuren, der politischen Kultur und den jeweils zeitlichen Umständen. Daher spricht Philipp Gassert von politischem Protest

4 Tgn.: NPD-Kundgebung nach Schlägereien aufgelöst, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.02.1978, Seite 2.

5 o. V.: NPD-Kundgebung aufgelöst. Auf dem Markt floß das Blut, in: Göttinger Tageblatt, 13.02.1978.

6 Vgl. zu diesen Transformationsphasen des rechtsradikalen Lagers auch den Beitrag „Wie die ‚Neue Rechte' mit der AfD hadert. Zur Partei- und Organisationsfrage der radikalen Rechten" von Florian Finkbeiner in diesem Heft.

7 Vgl. Trittel, Katharina/Finkbeiner, Florian/Isele, Sören: Göttingens rechte Protestgeschichte nach 1945, in: Demokratie-Dialog, H. 8/2021, S. 46–60. Es sei kurz rekapituliert, dass zwischen 1948 und 1973 kontinuierlich Vertreter von Rechtsaußenparteien im Göttinger Rat saßen. (Vgl. Böhme, Ernst: Zwischen Restauration und Rebellion. Die Georgia Augusta und die politische Kultur Göttingens in den fünfziger Jahren, in: Göttinger Jahrbuch, H. 53/2005, S. 125–156, hier S. 134. Zu Böhme, der auf die 1950er Jahre fokussiert, lässt sich ergänzen, dass die NPD 1968 mit zwei Sitzen in den Stadtrat einzieht.) Zudem war Adolf von Thadden für die Deutsche Reichspartei (DRP), später NPD, eine der Führungspersönlichkeiten innerhalb der „nationalen Rechten" sowohl bundesweit als auch in Göttingen, wo er zwischenzeitlich Ratsherr (1948–1958) und sogar stellvertretender Bürgermeister (1952/53) war. 1949 erhielt er ein Bundestagsmandat und saß während der 1950er Jahre für die DRP sowie von 1967–1970 für die NPD im niedersächsischen Landtag.

8 Vgl. Trittel, Günter J.: Göttingens Entwicklung seit 1948, in: Thadden, Rudolf von/Trittel, Günter J. (Hrsg.): Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Bd. 3, Göttingen 1999, S. 291–356, hier S. 314.

9 Ebd., S. 321.

10 Trittel et al.: Rechte Protestgeschichte Göttingens, S. 57.

als „Resonanzraum gesellschaftlichen Wandels"[11]. Auch der primäre Schauplatz der hier betrachteten Ausverhandlung von Rechtsradikalismus in Göttingen, die Stadthalle, lässt sich als ein solcher physischer Resonanzraum beschreiben.

Doch worin unterscheidet sich das Agieren der jeweiligen Akteure an den genannten Daten konkret und inwiefern sind diese aussagekräftig für den Umgang mit Rechtsradikalismus in Göttingen? Wie lässt sich die politische städtische Kultur an diesen Beispielen beschreiben, welche Kontinuitäten respektive Diskontinuitäten treten auf?

Ende der 1960er: Auftritt der NPD

In Göttingen trat die NPD lokal erstmals 1965 öffentlich in Erscheinung, indem sie zu einer Gedenkveranstaltung für den ehemaligen Reichskanzler Otto von Bismarck einlud.[12] Große Resonanz erzielte sie damit – jedenfalls gemessen an der Presseberichterstattung – jedoch nicht. Indes: Nachdem die NPD kurz nach ihrer Gründung 1964 bei der Bundestagswahl 1965 mit 2,0 Prozent immerhin einen Achtungserfolg verbuchen konnte, zog sie in der Folge in sieben Landesparlamente ein – sie stellte damit also eine Kraft dar, mit der bald auch in Göttingen zu rechnen war.

Blicken wir nun exemplarisch auf den örtlichen Resonanzraum politischer Auseinandersetzung, die Stadthalle, und auf die Kontroverse um eine letztlich am 30. Mai 1967 anlässlich des damaligen niedersächsischen Landtagswahlkampfes durchgeführte NPD-Veranstaltung. Bereits im Vorfeld warnte das *GT* – im Einklang mit Erkenntnissen des Bundesinnenministeriums –, dass die NPD zum „Zentrum des Rechtsradikalismus"[13] avanciert sei, obwohl sie sich „nach außen" verstärkt um einen „demokratischen Anstrich" bemühe. Zur geplanten Veranstaltung hieß es in der *FAZ*: „Die Stadt Göttingen hatte zunächst die Stadthalle verweigert, weil sie Tumulte befürchtete"[14] und argwöhnte, dass diese „mit Sicherheit demoliert würde."[15] Zur Unterfütterung verwies die Stadt auf eine NPD-Versammlung am 19. April in Stuttgart, bei der es zu Krawallen gekommen sei. Letztlich entschied das Oberverwaltungsgericht Lüneburg jedoch gegen ein Verbot, da sich „nicht mit letzter Sicherheit" sagen ließe, dass sich politische Gegner im geschlossenen Raum ebenso „hemmungslos austoben"[16] würden wie unter freiem Himmel. Der Wahlkampftermin wurde also durchgeführt.

Doch der Weg dahin war lang. Denn zunächst – und das ist ein interessantes Novum im Umgang mit Rechtsradikalismus in Göttingen – hatte der Verwaltungsausschuss beschlossen, „der klagenden Partei die Stadthalle nicht zu überlassen"[17], die diese gleich für drei Veranstaltungen im Frühjahr hatte anmieten wollen.[18] Nach einer längeren Aussprache stimmten letztlich fünf Ausschussmitglieder für eine grundsätzliche Ablehnung; fünf sprachen sich dafür aus, die Halle zunächst nur an einem Tag zur Verfügung zu stellen. Bei der nächsten Sitzung entschlossen sich die Ratsmit-

11 Gassert, Philipp: Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart 2018, S. 273.

12 Vgl. Einladung der NPD aus 1965 von Herbert Harmsen, Kreisvorsitzender der NPD, Stadtarchiv Göttingen (StA Gö), Bestand Flugblätter 1960–1969. Wir danken den Mitarbeitenden des Stadtarchivs Göttingen für ihre freundliche und kooperative Unterstützung unserer Recherchetätigkeit.

13 Hier und im Folgenden: O. V.: NPD – Zentrum des Rechtsradikalismus, in: Göttinger Tageblatt, 27./28.05.1967.

14 H.: Die NPD in der Göttinger Stadthalle, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.06.1967, S. 3.

15 O. V.: NPD darf in Stadthalle, Göttinger Presse, 26.05.1967.

16 O. V.: Göttingen muß Stadthalle zur Verfügung stellen, in: Göttinger Tageblatt, 26.05.1967.

17 H.: Keine Halle für die NPD in Göttingen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.05.1967, Seite 3.

18 Vgl. im Folgenden: Niederschrift über die 46. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 09.01.1967, Stadtarchiv Göttingen (StA Gö), Bestand Ausschussprotokolle, C 18, Nr. 656.

glieder dann mit Verweis auf die NPD-Veranstaltung in Stuttgart, dass eine Gefährdung der Halle durch „Gegendemonstrationen“[19] bestehe und der NPD-Antrag wurde somit mit sieben Stimmen (drei Enthaltungen, vermutlich der FDP-Fraktion, die sich dafür eingesetzt hatte, die Halle an einem Tag zur Verfügung zu stellen) abgelehnt. Man einigte sich weiterhin auf eine „gemeinsame Erklärung in der Öffentlichkeit“[20], um zu erläutern, dass das Verbot in erster Linie auf der Ablehnung der „politischen Einstellung“ der NPD gründe, da die Ausrichtung der NPD am freiheitlich demokratischen Rechtsstaat bezweifelt würde. Zwar seien die Politiker der Ratsparteien selbst nicht „frei von Fehlern“, jedoch seien sie dennoch „nicht gewillt, einer Haltung Vorschub zu leisten, die schon einmal den Versuch zerstörte, in Deutschland eine Demokratie zu errichten.“ Deshalb wolle der Ausschuss der NPD gegenüber „kein Entgegenkommen“ zeigen und insbesondere dem Umstand Rechnung tragen, „daß die Stadthalle unter großen Opfern der Bürger erbaut worden ist“, weswegen man sie keinesfalls möglichen Beschädigungen aussetzen dürfe. Hier wurde also eine politische Argumentation gegen die Inhalte der NPD geschickt mit der Sorge um das neu erbaute Juwel der Stadt verknüpft, dessen Demolierung durch Gegendemonstranten befürchtet wurde. Aus dieser Melange politischer wie pragmatischer Beweggründe wurde eine politische Stoßrichtung entwickelt, die offensiv an die Bürger kommuniziert wurde.

Allerdings wurde die politische Instanz alsdann – und auch das konnte im Umgang der Stadt mit rechtsradikalen Aktionen bereits beobachtet werden – von der bürokratischen ausgehebelt, denn der Oberstadtdirektor legte gegen den Beschluss des Ausschusses Einspruch ein, nachdem das Oberverwaltungsgericht ihn „darauf hingewiesen hatte, dass eine nochmalige Weigerung der Stadt für die NPD ein Wahlanfechtungsgrund sei.“[21] Obwohl der Verwaltungsausschuss mehrfach Berufung einlegte, entschied das Oberverwaltungsgericht Lüneburg letztlich jedoch – die politischen Argumente außer Acht lassend –, dass die Stadt die Halle zur Verfügung stellen müsse.[22] Doch noch gab sich der Ausschuss nicht geschlagen: In weiteren Sitzungen beschloss er, gegen die Stimmen der FDP, die Rechtsmittel voll auszuschöpfen, um nicht vermieten zu müssen.[23] Während dieser Sachverhalt noch ungeklärt war, fand dann am 19. April zunächst nicht *in*, sondern *vor* der Stadthalle eine NPD-Veranstaltung statt (die vom Ausschuss später als Argument gegen die NPD verwendet wurde). Die Tageszeitung *Göttinger Presse* berichtete: „Im Zeichen von Wurfgeschossen: von Eiern und Tomaten, von Knallfröschen und Stinkbomben stand die Kundgebung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands gestern abend auf dem Albaniplatz vor der Stadthalle. Rund 1000 Menschen, zum größten Teil Studenten und Schüler waren gekommen, weniger um sich von den Parolen dieser Partei überzeugen zu lassen, mehr um sich mit Flugblättern und Sprechchören von der NPD zu distanzieren.“[24]

Doch damit nicht genug: Die NPD stellte im Nachgang Schadensersatzforderungen, weil sie die Halle am 19. April nicht hatte nutzen dürfen.[25] Die Angelegenheit der Vermietung ging erneut vor Gericht,[26] die Stadt zog den Kürzeren, musste die Halle künftig zur Verfügung stellen und die Kosten des Verfahrens tragen. Obwohl die rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft waren, gab Oberbürgermeister Levi (SPD) hartnäckig zu Protokoll, er

19 Niederschrift über die 47. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 16.01.1967, StA Gö, C 18, Nr. 657.

20 Hier und im Folgenden: Ebd.

21 H.: Keine Halle für die NPD in Göttingen, S. 3.

22 Vgl. Niederschrift über die 54. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 03.04.1967, StA Gö, C 18, Nr. 664.

23 Vgl. Niederschrift über die 55. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 10.04.1967, StA Gö, C 18, Nr. 665.

24 O. V.: Tomaten für die NPD, in: Göttinger Presse, 20.04.1967.

25 Vgl. Niederschrift über die 57. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 02.05.1967, StA Gö, C 18, Nr. 667.

26 Vgl. Niederschrift über die 58. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 22.05.1967, StA Gö, C 18, Nr. 668.

könne seine „grundsätzlichen Bedenken" nicht aufgrund des Urteils zurückstellen; auch Walter Meyerhoff von der CDU plädierte dafür, Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision einzulegen,[27] jedoch ohne Erfolg – der Verwaltungsausschuss musste sich nach einem langen politischen Kampf schließlich juristisch geschlagen geben.[28] Kritiker monierten, dass das Gericht die politische Intention des Rates nicht geprüft habe. Dessen Einschätzung entbinde freilich nicht von der Verpflichtung, die NPD zu bekämpfen, wie der Jurist Meyerhoff mit Verweis auf den Aufstieg der NSDAP in der Weimarer Republik betonte: „Wir fühlen uns im Gewissen verpflichtet, alles zu tun, um eine Wiederholung solcher Möglichkeiten im Keime zu ersticken. Wenn wir uns zurzeit dabei auf das geltende geschriebene Recht nicht berufen können, so befinden wir uns in einem übergesetzlichen Notstande."[29] Ungeachtet dieser – in dieser Deutlichkeit bemerkenswerten – Haltung der CDU, fand die Veranstaltung statt und verlief laut FAZ „verhältnismäßig ruhig"[30]. Hauptredner Adolf von Thadden sprach vor über 1.200 Zuhörern, sei aber „mehrfach von Pfiffen und Zwischenrufen unterbrochen" worden. Auch die befürchteten Auseinandersetzungen mit Gegendemonstranten blieben nicht aus: „In der Vorhalle warf ein Unbekannter eine Tränengasbombe. Die 60 in Bereitschaft stehenden Polizisten mußten einmal eingreifen, als mehrere Männer ein Wahlkampf-Fahrzeug der NPD umwerfen wollten."[31]

Dieser erste Blick offenbart gleich mehrere Besonderheiten: Eine wahrlich ungewohnte Reaktion des städtischen Verwaltungsausschusses, der im Zuge der öffentlich ausgetragenen Kontroverse die eigene Position *politisch* argumentierend zu begründen suchte und sich über Monate bemühte, die NPD aus der Stadthalle herauszuhalten. Obwohl der Umgang mit den Nationaldemokraten noch nicht routiniert war, begriff die städtische Politik ihre Aufgabe plötzlich als dezidiert politische, die sie kämpferisch öffentlich zu rechtfertigen versuchte. Vergleicht man frühere Anlässe (Treffen von Mitgliedern der Waffen-SS o. Ä.), bei denen die städtische Politik einen *modus vivendi* des Ignorierens oder Totschweigens praktizierte und keine Verantwortung für eigene politische Entscheidungen übernehmen wollte, sondern diese an höhere Instanzen delegierte, hatte sich der Umgang nun, rund 15 Jahre nach der „Schlüter-Affäre", geändert. Es zeigte sich aber ebenso das selbstbewusste (und auch formale Rechte einfordernde) Agieren der NPD unter der Ägide von Thaddens im Zuge eines aufwendigen Wahlkampfes in der Hochphase der Partei. Und zuletzt erfüllte bereits in den 1960er Jahren, also in der Konstituierungsphase eines parteiförmig organisierten Rechtradikalismus, militanter Widerstand im Umfeld von Parteiveranstaltungen eine expressive Funktion.

Die obig beschriebene Prozedur wiederholte sich 1968: Die NPD beantragte, eine Versammlung am 15. März in der Stadthalle durchführen zu dürfen. Im Verwaltungsausschuss wurden die bekannten Argumente und Erfahrungen des Vorjahres diskutiert, die Parteien verharrten in ihren grundsätzlichen Positionen (SPD dagegen, FDP dafür).[32] Erneut durfte die NPD die Veranstaltung abhalten – sie verlief mit 350 Teilnehmenden „ruhig"[33]. Im Jahr der Bundestagswahl, 1969, ka-

27 Vgl. Niederschrift über die 59. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 26.05.1967, StA Gö, C 18, Nr. 669.

28 Vgl. Niederschrift über die 60. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 29.05.1967, StA Gö, C 18, Nr. 670.

29 Meyerhoff, Walter: Ein gesetzwidriger Beschluss? In einem übergesetzlichen Notstand, in: Göttinger Tageblatt, 29.05.1967.

30 H.: Die NPD in der Göttinger Stadthalle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.06.1967.

31 O. V.: Tumult blieb aus, in: Göttinger Tageblatt, 01.06.1967.

32 Vgl. Niederschrift über die 77. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 19.02.1968, StA Gö, C 18, Nr. 687.

33 Niederschrift über die 79. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 25.03.1968, StA Gö, C 18, Nr. 689. Doch nicht nur in Bezug auf die Nationaldemokraten bot die Stadthalle einen Resonanzraum für politischen Protest: 1969 wurde die Stadthalle auch Schauplatz eines gänzlich anders gelagerten politischen Protes-

men die Nationaldemokraten dann im Göttinger Max-Planck-Gymnasium zusammen. Interessanterweise veröffentlichte das GT einen „Appell des Regierungspräsidenten an die Bevölkerung"[34], in dem es hieß: „Auch die extremistischen Parteien genießen den Schutz der Verfassung und der Gesetze, [...] solange sie nicht durch das Bundesverfassungsgericht verboten sind." Wer sich an angekündigten Blockaden des Max-Planck-Gymnasiums beteilige, setze „sich ins Unrecht. Er stört die demokratische Wahlauseinandersetzung und gefährdet damit die Wahl selbst." Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) beschloss, sich nicht an den angekündigten Gegenprotesten zu beteiligen, um der NPD nicht zusätzliche Aufmerksamkeit zu bescheren und einer „Eskalation der Gewaltmaßnahmen" keinen Vorschub zu leisten.[35] Stattdessen habe man im Rahmen einer Bürgerinitiative „gegen die NPD und den wiedererstarkenden Rechtsradikalismus" über tausend Unterschriften gesammelt. Dennoch kam es laut der Demokratischen Bürgerinitiative zu Gegenprotesten mit bis zu 2.000 Teilnehmenden: „Über 1.200 Polizisten, Wasserwerfer, Hundestaffeln, Stacheldrahtverhaue waren aufgeboten, um die nur 200 Teilnehmer an der Veranstaltung in der Aula vor dieser demokratischen Bürgerinitiative zu ‚beschützen'."[36] Wir sehen: Die Lage spitzte sich im Vergleich zu 1967 erheblich zu. Von der Bürgerinitiative besonders kritisch bedacht wurde das *GT*, welches bereits in den 1950er Jahren Zielscheibe der Kritik gewesen war. Es bestimme „maßgeblich das Bewusstsein der Göttinger Bürger dieser Stadt", benutze jedoch seine Monopolstellung, um die CDU zu unterstützen und die NPD in der Berichterstattung zu schonen bzw. indirekt durch den Abdruck „NPD-freundlicher Leserbriefe" zu fördern. „Aufgrund ihrer historischen Erfahrung sollten die Bürger dieser Stadt nicht nur die offenen Vertreter neonazistischen Gedankenguts (NPD) bekämpfen, sondern auch gegenüber den eher versteckten Ansätzen dieser politischen Tendenz wachsam sein." Die kritisierte Zeitung druckte unbeeindruckt wenige Tage später eine großformatige Anzeige der NPD ab unter der Überschrift: „NPD dankt unserer Bevölkerung"[37].

tes, der selbst bundesweit in die Schlagzeilen geriet. Anlass bot die 20. Hauptversammlung der hiesigen Max-Planck-Gesellschaft, zu deren Feierlichkeiten sich hoher Besuch, der damalige Bundespräsident Heinrich Lübke sowie Bundesbildungsminister Gerhard Stoltenberg, angekündigt hatte. Die Visite der Ehrengäste nahmen wiederum rund 2.000 Ungeladene – mehrheitlich Studierende – zum Anlass, um ihrem angestauten Unmut über die Hochschul- und Bildungspolitik Ausdruck zu verleihen – und dies keineswegs nur mit Sprechchören. So bewarfen sie den Wagen des Staatsoberhauptes mit Farbbeuteln und Eiern. Hatte sich der Bundespräsident von diesen Geschehnissen noch recht unbeeindruckt gegeben und planmäßig dem Festakt im Innern des Gebäudes beigewohnt, eskalierte die Situation vor den Hallentoren. Mehrere an diesem Freitag, den 13. Juni, zum Personenschutz abkommandierte Hundertschaften der Braunschweiger Bereitschaftspolizei nahmen sich der protestierenden Student*innen an – und bedachten diese „mit einem bis dahin in Göttingen ungewohnten Knüppeleinsatz" (vgl. Dahms, Hans Joachim: Die Universität Göttingen 1918 bis 1989, in: Thadden, Rudolf von/Trittel, Günter J. (Hrsg.): Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Bd. 3, Göttingen 1999, S. 395–456, hier S. 447. Zu den Geschehnissen am 13.06.1969 in und vor der Stadthalle vgl. etwa ggo: Polizei bahnte Bundespräsidenten einen Weg durch die Demonstration, in: Göttinger Presse, 14./15.06.1969 sowie o. V.: Mit Schlagstöcken eine Gasse für den Bundespräsidenten, in: Göttinger Tageblatt, 14./15.06.1969.). Dieser Vorfall bot einen Vorgeschmack auf die Intensivierung der Auseinandersetzung in den 1970er Jahren in Göttingen.

34 Hier und im Folgenden: O. V.: Demokratische Spielregeln beachten, Göttinger Tageblatt, 26.09.1969.

35 Vgl. O. V.: DGB gegen Anti-NPD-Demonstration, Göttinger Tageblatt, 26.09.1969.

36 Hier und im Folgenden: Flugblatt der demokratischen Bürgerinitiative „Warum Anti-NPD-Demonstration?", StA Gö, Bestand Flugblätter 1960–1969.

37 Wahlanzeige der NPD, in: Göttinger Tageblatt, 27./28.09.1969.

Der 11. Februar 1978: Die Eskalation

Die NPD büßte nach der Bundestagswahl 1969, als sie mit 4,3 Prozent der Stimmen den Einzug in

den Bundestag knapp verpasste, ihre dominante Stellung innerhalb des politischen Lagers ein und wurde Teil einer größeren, außerparlamentarischen Bewegung in einer Phase der Desintegration und Differenzierung des Rechtsradikalismus.[38] Dieser wandelte nun nachdrücklich seine Erscheinungsform – und wurde zunehmend militanter, was sich auch in einem fließenden Übergang zwischen Wehrsportgruppen und Rechtsterrorismus sowie ebenfalls an einigen Vorfällen in Göttingen, auf die wir hier nicht näher eingehen können, zeigte. Dass sich Anfang der 1970er Jahre in Göttingen deutlich weniger Meldungen zu rechtsradikalen Ereignissen finden als in den vorherigen Jahrzehnten, hängt vermutlich nicht nur mit der gewandelten Rolle der NPD zusammen, sondern auch mit der Veränderung des politischen Klimas, das insbesondere durch den Terrorismus der RAF und eine „konservative Tendenzwende" gekennzeichnet war.

Das Jahr 1978 und die zur Rede stehenden Veranstaltungen trugen sich ganz im Zeichen des NPD-Wahlkampfes zu den niedersächsischen Landtagswahlen, bei denen die Partei letztlich allerdings nur 0,4 Prozent der Stimmen verbuchen konnte[39], zu. In Göttingen wurden die Auseinandersetzungen mit der NPD nun deutlich gewaltvoller. So löste die Polizei im Februar 1978 eine NPD-Kundgebung auf dem Marktplatz nach schweren Ausschreitungen auf. Die *FAZ* – auf die Stoßrichtung der Berichterstattung wird noch zurückzukommen sein – schrieb: „Die nach polizeilichen Erkenntnissen größtenteils von auswärts angereisten Gegner der NPD stürmten das Podium, zerstörten die Lautsprecheranlage und einen Personenwagen. Mit den Latten ihrer Transparente versuchten sich die Veranstalter und vierzig ihrer Anhänger zur Wehr zu setzen gegen die Angreifer, die Steine warfen und mit Knüppeln und auch Eisenstangen vorgingen."[40] Im Vorfeld hatte es von Seiten des DGB Kritik gegeben: Der Gewerkschaftsbund nannte es „unverständlich", dass die Stadtverwaltung solche „Werbung für faschistische Ziele dulde."[41] Antifaschistische Quellen warnten, dass die 40 aus ganz Niedersachsen zusammengekommenen NPDler zwar die Bedeutungslosigkeit der Partei anzeigten, man aber auch eingestehen müsse, dass sie gerade unter Jugendlichen unlängst Zulauf erhalte.[42] Jedenfalls markiert der Februar 1978 eine neue Qualität in der Auseinandersetzung mit der NPD in Göttingen. Außer der Tatsache, dass die Stadt, die ebenso wie 1967 von einem sozialdemokratischen Bürgermeister regiert wurde, die Veranstaltung nun genehmigte, steht jetzt die Konfrontation zwischen den Nationaldemokraten und den Gegendemonstranten sowie deren jeweiliger Wahrnehmung in der Öffentlichkeit im Fokus. Die antifaschistische Zeitschrift *Aufgepasst* mokierte sich im Nachinein über die oben zitierte Berichterstattung der *FAZ*: „Nach diesen Ausführungen haben nicht die Faschisten, sondern die Gegendemonstranten Eisenstangen als Waffen mitgebracht und mit Steinen geworfen. (Die gemachten Bilder widerlegen diese Lügen.) Absolut lächerlich ist die Behauptung, die Gegner der NPD seien größtenteils von auswärts angereist. […] WES BROT ICH FRESS, DES SATZ ICH SCHREIB, das ist die Parole dieses Unternehmerjournalisten!"[43] Vor allem wurde jedoch die Brutalität des Agierens

38 Vgl. Kopke, Christoph: Die Aktion Widerstand 1970/71. Die „nationale Opposition" zwischen Sammlung und Zersplitterung, in: Livi, Massimiliano/Schmidt, Daniel/Sturm, Michael (Hrsg.): Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt a. M. 2010, S. 249–262, hier S. 260.

39 Vgl. Der Bundeswahlleiter (Hrsg.): Informationen des Bundeswahlleiters. Ergebnisse früherer Landtagswahlen, Wiesbaden 2021, S. 67, URL: https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/a333e523-0717-42ad-a772-d5ad7e7e97cc/ltw_erg_gesamt.pdf [eingesehen am 03.08.2021].

40 Tgn.: NPD-Kundgebung nach Schlägereien aufgelöst, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.02.1978, S. 2.

41 Zit. n.: Ebd.

42 Vgl. Arbeitskreis Antifaschismus: NPD-Kundgebung ausgefallen, in: Aufgepasst, H. 3/1978, S. 2.

43 Arbeitskreis Antifaschismus: Kommentar zur Berichterstattung, in: Aufgepasst, H. 3/1978, S. 7–8, hier S. 8. Hervorhebung im Original.

der NPDler hervorgehoben, die einen „Rachefeldzug in SA-Manier"[44] geführt hätten. Für diese Kaderrekrutierung zeichne besonders ein gewisser Hans-Michael Fiedler, langjähriger NPD-Aktivist und Schlüsselfigur der rechtsradikalen Szene Göttingens und Südniedersachsens,[45] verantwortlich. Besagter Fiedler äußerte in der *Deutschen Stimme* freilich eine ganz andere Wahrnehmung: „Der 11.2. [...] war für uns keine Niederlage. Die Entlarvung sowohl des roten Terrorismus wie der erbärmlichen Sicherheit der ‚Hüter der öffentlichen Ordnung' und ihrer parteipolitischen Hintermänner wird dazu beitragen, daß der Bürger begreift, daß nur die Nationaldemokratie seine Interessen wahren kann."[46]

Aus Perspektive der Gegendemonstranten sei die Presseberichterstattung „im Gegensatz zu bisherigen Erfahrungen" bis auf wenige „üble Ausnahmen" neutral ausgefallen. Ähnlich wie bereits 1969 wird allerdings scharfe Kritik an einem bestimmten *GT*-Journalisten geübt: „Offenbar sind für den GT-Redakteur [...] die politischen Verhältnisse erst dann befriedigend, wenn Ruhe und Ordnung in der Weise wiederhergestellt sind, daß Nazi-Banden das Stadtbild Göttingens ohne wahrnehmbare Proteste beherrschen können."[47] Trotzdem habe sich gezeigt, dass der Gegenprotest von breiten Kreisen der Bevölkerung als politisch notwendig und das Auftreten der NPD durchaus als Provokation empfunden worden sei. Die Stimmung auf dem Markt sei „eindeutig" zugunsten der Antifaschisten ausgefallen; man habe sich über eine „erhöhte Diskussionsbereitschaft innerhalb der Bevölkerung" gefreut, die der besseren Akzeptanz und Verankerung der antifaschistischen Bewegung vor Ort dienlich sei.[48]

Die im Nachgang im *GT* abgedruckten Leserbriefe zeichnen indes ein strikt dieser Wahrnehmung entgegenstehendes Bild und kritisieren die Berichterstattung des *GT*, welche auch von den Antifaschisten als gefärbt beschrieben wurde, ihrerseits als nicht neutral. Neben dem Argument, die NPD sei schließlich nicht verboten,[49] artikulieren auffällig viele Zuschriften eine nahezu feindliche Einschätzung des Gegenprotestes: Ein offenbar der CDU Nahestender war zwar selbst nicht vor Ort, ist sich aber sicher, die Gewalt auf dem Marktplatz sei von den Gegendemonstranten ausgegangen. Die Meinungsäußerung der NPD, die lediglich Wahlkampf betreibe, gewaltvoll zu unterdrücken, bezeichnet er als „Terror" der Linken.[50] In eine ähnliche Stoßrichtung geht die Äußerung eines weiteren Kommentators[51], der zwar betont, die Ziele der NPD „konsequent" abzulehnen, aber gleichfalls anprangert, die Berichterstattung sei „so einseitig und verzerrt nach dem Motto: Schuld ist nicht der Mörder, sondern der Ermordete". Für ihn sei die Gewalt von den „K-Gruppen" ausgegangen, ein Eindruck, den ein weiterer Schreiber[52] unterstreicht: „Ihr Artikel erweckt den Eindruck, als ob eine Gruppe aufgebrachter Bürger spontan gegen die Provokationsveranstaltung

44 Arbeitskreis Antifaschismus: Rachefeldzug in SA-Manier, in: Aufgepasst, H. 3/1978, S. 6.

45 Der FoDEx-Fachbereich Rechtsradikalismus arbeitet derzeit an einer ausführlichen Studie zu Hans-Michael Fiedler und seinem Wirken in Göttingen und Südniedersachsen, die im Herbst dieses Jahres erscheinen soll.

46 H.-M. Fiedler in der Deutschen Stimme, H. 3/78, zit. n.: O. V.: Wer ist Hans-M. Fiedler?, in: Göttinger Nachrichten, H. 5/1978, S. 15.

47 Hier und im Folgenden: Arbeitskreis Antifaschismus: Kommentar zur Berichterstattung, in: Aufgepasst, H. 3/1978, S. 7–8, hier S. 7.

48 Vgl. Arbeitskreis Antifaschismus: NPD-Kundgebung ausgefallen, in: Aufgepasst, H. 3/1978, S. 2.

49 Vgl. L. Richter: Zu den demokratischen Tugenden zurückkehren, [Leserbrief betr. Artikel über die Kundgebung der NPD], in: Göttinger Tageblatt, 16.02.1978.

50 Ebenda; inhaltlich eine ähnliche Stoßrichtung bei W. Brügel: NPD hat das Recht zu demonstrieren, [Leserbrief betr. NPD-Kundgebung], in: Göttinger Tageblatt, 16.02.1978.

51 Hier und im Folgenden: W. Brügel: NPD hat das Recht zu demonstrieren, [Leserbrief betr. NPD-Kundgebung], in: Göttinger Tageblatt, 16.02.1978.

52 Hier und im Folgenden: F. Osthold: K-Gruppen gingen planmäßig vor, [Leserbrief betr. NPD-Kundgebung], in: Göttinger Tageblatt, 16.02.1978.

der Neonazis demonstriert hätte und diese dann auf die friedlichen Demonstranten eingeschlagen hätten. Von einem erhöhten Beobachtungsplatz stellte sich mir der Tatbestand doch etwas anders dar. Bei den Demonstranten […] handelte es sich um mobile Schlägertrupps von KBW, KB[53] und Sympathisanten. […] ‚Faschisten raus aus Göttingen' ist eine gute Losung, muß aber auch für die Linksfaschisten gelten." Wesentlich drastischer formuliert der nächste unter der Überschrift „Hier praktizierten ‚Antifaschisten' Faschismus"[54] einen Vergleich des Verhaltens der Gegenprotestanten mit der NS-Zeit: „Genauso fanden seinerzeit die Ausschreitungen unter den Nazis gegen die Juden statt. Statt ‚Juda verrekke [sic!]' nun ‚NPD und JN verrecke!'" Er, der sich als „Mensch der Mitte" versteht, schreibt weiter: „[N]ehmen Sie es mir nicht übel, diese wenigen ‚Faschisten' mußten einem leid tun, wenn man unvoreingenommen sah, was dort geschah […] Hier sollte der politische Gegner ‚ausgebombt und totgeschlagen' (Zitat) werden. Was Wunder, daß sich die andere Seite wehrte?" Für ihn gehören die „Antifaschisten" – und hier zeigt sich, dass wir uns im Jahr 1978 befinden – zur „Sympathisantenszene", gemeint ist das Umfeld der RAF. Er resümiert: „Diese Leute werden, glaubt man den am Samstag Gehörtem, auch wieder KZs bauen, um Andersdenkende verschwinden zu lassen, und dazu gehören dann im Zweifel auch alle Demokraten, die diesen Staat mit all seinen Freiheiten errichtet haben. Wehret den Anfängen!" Zwar mag die Auswahl der erhaltenen Leserbriefe im Göttinger Stadtarchiv unvollständig sein, doch spricht die Stoßrichtung der Zuschriften eine eindeutige Sprache.

Es scheint, als habe sich die noch Ende der 1960er Jahre vor allem mit politischen Argumenten geführte Debatte insofern verhärtet, als dass nun – zu Hochzeiten des RAF-Terrorismus – verhärtete ideologische Fronten gegeneinander stünden, die im öffentlichen und diskursiven Raum aufeinandertreffen. Interessanterweise zu einem Zeitpunkt, als die NPD bereits politisch marginalisiert, aber militant-radikalisiert erscheint und nicht mehr – wie noch Ende der 1960er – ein Erfolg in politischen Gremien zu erwarten ist. Gleichwohl erlangt sie mediale und somit auch eine erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit.

Der 15. April 1978 : Volksverhetzung mit Folgen

Bereits am 15. April fand die nächste Veranstaltung der NPD, nun *vor* der Stadthalle, statt, da eine Versammlung direkt in der Innenstadt aufgrund der Vorkommnisse vom Februar nicht noch einmal gestattet wurde. Der Antrag des DKP-Ratsherrn Reinhard Neubauer, einen grundsätzlichen Ratsbeschluss über „Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung" herbeizuführen, war im Vorfeld gescheitert.[55] Ein erneut gepfefferter Leserbrief dazu im *GT* bezeichnet es als „grotesk, daß sich ein Vertreter, der die kommunistischen Terrorregime im Ostblock befürwortet und selbiges in Westdeutschland einführen will, hier einer auf dem Boden des Grundgesetzes stehenden Partei das Recht auf freie Meinungsäußerung verwehren will. Woher nimmt Herr Neubauer eigentlich das Recht, die NPD als Nachfolgeorganisation der Nazipartei zu bezeichnen?"[56]

Wohl auch durch die Ausschreitungen im Februar unter Rechtfertigungsdruck geraten, hatte sich die Stadtverwaltung „ohne Wissen der Öffentlichkeit"[57] mit der NPD auf eine stationäre Kundgebung vor der Stadthalle geeinigt. Die Polizei habe

53 KBW steht für Kommunistischer Bund Westdeutschland; KB für Kommunistischer Bund.

54 Hier und im Folgenden: V. Mörig: Hier praktizierten ‚Antifaschisten' Faschismus, [Leserbrief betr. Berichterstattung über NPD-Kundgebung], in: Göttinger Tageblatt, 17.02.1978.

55 Vgl. Niederschrift über die 21. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 03.04.1978, StA Gö, C 18, Nr. 873.

56 G. Haertel: Geradezu grotesk, [Leserbrief betr. Leserbrief R. Neubauers (GT vom 18.03.1978)], in: Göttinger Tageblatt, 23.03.1978.

57 ast: Kein Versammlungsverbot – aber: NPD runter vom Markt!, in: Blick, 06.04.1978, S. 1.

Abb. 1: Polizisten sichern den Platz an der Göttinger Stadthalle. © Karl-Heinz Otto. Wir danken dem Urheber für die freundliche Genehmigung, das Bild verwenden zu dürfen.

aus „dem blutigen Prügeltheater“[58] vom Februar gelernt und wolle mit einem Großaufgebot alles daran setzen, eine Konfrontation „rivalisierender Gruppen“[59] zu verhindern.

Die Stimmen aus der Politik zielten überwiegend in die bereits bekannten Richtungen: Oberbürgermeister Levi erklärte gebetsmühlenartig, solange die NPD zugelassen sei, könne hier nicht konsequent gehandelt werden, er wünsche sich aber eine prinzipielle Entscheidung in der Verbotsfrage der Rechtsaußenpartei.[60] Weitere Stimmen waren ebenfalls stark durch die Februar-Ereignisse gefärbt. So forderte die SPD, sich mit „Feinden von rechts und links nicht mit Hilfe von Verboten, sondern vielmehr mit Hilfe guter Politik und sachlicher Aufklärung im Detail“[61] auseinanderzusetzen. „Extremistische Minderheiten“ bekämpfe man, „mit einer Politik, die verhindert, dass aus diesen Minderheiten Mehrheiten werden.“[62] Die CDU zeigte sich erpicht darauf, Krawalle zu verhindern; sie bedauere zwar, dass die Veranstaltung stattfinde, merkte aber im selben Atemzug an, dass man über ein Verbot der K-Gruppen schließlich auch nicht diskutiere. Und die FDP gab lapidar zu Protokoll: „Die Kundgebung sollte laufen, wie sie läuft. Wir sind für eine sachliche Auseinandersetzung und nicht für Verbote gegen andere Parteien. Schließlich kommt die Gefahr nicht von unserer Seite, sondern von irgendwelchen Leuten, die sich da unnütz einmischen.“[63] Der nie-

58 ast/ic: Am 15. April: Keine Chance für Schläger?, in: Blick, 06.04.1978, S. 2.

59 Ebd.

60 Vgl. ebd.

61 Zitiert nach: Ebd.

62 Kahlweit, Manfred: Warum man die NPD nicht verbieten sollte, in: Hiero Itzo, H. 5/1978 S. 10.

63 Zitiert nach: ast/ic: Am 15. April: Keine Chance für Schläger?, in: Blick, 06.04.1978, S. 2.

Abb. 2: Redner der NPD auf dem Platz vor der Stadthalle, umgeben von NPDlern und Gegenprotest. © Karl-Heinz Otto. Wir danken dem Urheber für die freundliche Genehmigung, das Bild verwenden zu dürfen.

dersächsische Innenminister der FDP appellierte zudem an die Göttinger Bürger, die NPD-Kundgebung zu ignorieren; die Partei werde zunehmend von „rechtsradikalen terroristischen Kräften" unterwandert, die Göttingen mit Bedacht wählten, um „massive Gegenreaktionen"[64] zu provozieren.

Ein damalig publizierter gemeinsamer Appell etlicher zivilgesellschaftlicher und antifaschistischer Gruppen zum Gegenprotest wurde mit einem Zitat des bereits bekannten „Göttinger Faschistenführer[s]" Fiedler eingeleitet, der in Reaktion auf die Februar-Ereignisse gedroht haben soll: „Es ist nicht das letzte Wort gesprochen, wer auf die Dauer in Göttingen die Straße behaupten wird!" Gerade aufgrund dieser klaren Positionierung zeigte man sich „entsetzt, dass der Göttinger Stadtrat, die Parteien und die Verwaltung den Neonazis mit einem Riesenaufgebot von Polizei zu Hilfe kommen wollen", während Protestaktionen der Gegenseite „kriminalisiert"[65] würden.

Laut Angaben des Ex-Neonazis Gerald Wagener lief die Veranstaltung friedlich, etwa 100 Rechtsextreme hätten ca. 1.000 Gegenprotestanten gegenübergestanden; die Demo sei von Polizei und Bundesgrenzschutz abgeriegelt worden.[66] Vom Stadtarchiv wurden 500 Polizisten und rund 2.000 Gegendemonstranten notiert.[67]

Das immense Polizeiaufgebot sorgte beim Journalisten Eckhard Stengel in der Stadtzeitung *Hi-*

64 ters: Minister Groß: NPD ignorieren, in: Göttinger Tageblatt, 15./16.04.1978.

65 Arbeitskreis Antifaschismus et al.: Gemeinsamer Aufruf, in: Antifaschistisches Tageblatt, H. 1/1978, S. 2.

66 Vgl. Wagener, Gerald: Ich heiße Gerald Wagener...: Ein rechtsradikaler Jugendlicher berichtet, Berlin 1981, S. 53.

67 Vgl. Stadtarchiv Göttingen: Chronik für das Jahr 1978, URL: http://www.stadtarchiv.goettingen.de/chronik/1978_04.htm [eingesehen am 03.08.2021].

ero Itzo, unter der sprechenden Überschrift „Von roten Ratten und anderen Volksschädlingen – Wie die NPD in Göttingen unter Polizeischutz Volksverhetzung betreiben durfte"[68], für Empörung. Gleichfalls bedauerte er das ausgebliebene Verbot durch die sozialliberale Stadtverwaltung, welches man im Vorfeld im Bündnis mit dem entsprechenden SPD-Ortsverein und dem DGB vergeblich versucht habe zu erwirken.[69] Jene Weigerung der SPD-Ratsfraktion, einen Verbotsantrag einzubringen, sorgte auch für einen innerparteilichen Eklat: Der Fraktionsvorsitzende kündigte sogar seinen Rücktritt an, da die Delegierten scharf kritisierten, dass die Fraktion den erklärten Willen der Parteibasis nicht berücksichtigt habe.[70] Zwar verblieb der Fraktionsvorsitzende letztlich im Amt; die Auseinandersetzung zeigt jedoch, dass der Umgang mit den Nationaldemokraten durchaus erhebliche parteiinterne Unruhe auszulösen im Stande war und somit Einfluss auf die lokalpolitischen Verhältnisse nahm. Zudem, so Stengel, hätten die „Ausweichmanöver der Lokalpolitiker" die NPD in ihrem Vorhaben bestärkt, sodass sie „besonders selbstsicher vor die Öffentlichkeit"[71] habe treten können, nachdem sie im Februar den Gegendemonstranten habe weichen müssen.

Die Kundgebung vom 15. April hatte jedoch nicht nur ein juristisches, sondern auch ein für den Umgang der Stadt mit künftigen NPD-Veranstaltungen bedeutsames Nachspiel. Denn der Oberstadtdirektor hatte – angeregt durch die SPD-Ratsfraktion, die offenbar Wiedergutmachung betreiben wollte – Anzeige wegen Volksverhetzung und Benutzung nationalsozialistischer Symbole gegen den NPD-Redner Heinrich Gerlach und den Anmelder der Veranstaltung, Adolf Dammann, erstattet.[72]

Herbst 1978: Verbotene Offensive

Vor allem aufgrund der – zu diesem Zeitpunkt noch laufenden – staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wurde eine weitere Veranstaltung der NPD in der Stadthalle im September desselben Jahres von der Stadt untersagt. Ihre Haltung hatte sich nun also – basierend auf den Ereignissen aus Februar und April – deutlich geändert. SPD und CDU hatten das Verbot gefordert, lediglich die FDP verharrte in ihrer grundsätzlichen Ablehnung einer Untersagung.[73] Da die NPD sich gegen die Entscheidung zur Wehr setzte, wurde der Streit letztlich vor Gericht ausgetragen. Dammann zeigte sich anfangs siegessicher: Obwohl einige Äußerungen der Parteigenossen am 15.04. „nicht glücklich gewählt" gewesen seien, hätten keine Verstöße gegen geltendes Recht vorgelegen, so Adolf Dammann, der in ironisch-sprechender Wortwahl beteuerte: „Wir stehen auf dem Grundgesetz!" Auch er bemerkte, dass sich die politische Kultur im Vergleich zu den Nachkriegsjahrzehnten in Göttingen verändert habe. Denn dass die Stadt im Lauf des Jahres 1978 „zu einem Zentrum von NPD-Aktivitäten" geworden sei, sei kein Zufall: „Wir gehen dahin, wo wir den Wind von vorn bekommen, wollen wir diesen Kräften zeigen, dass wir nicht ausweichen."[74] Doch Dammanns Optimismus wurde enttäuscht: Das Oberlandesgericht Lüneburg verbot die NPD-Veranstaltung, weil die Partei am 12. Februar und 15. April tätliche Angriffe durch Verhetzung in ihren Reden veranlasst hätte; für das Verbot sei nicht der Inhalt

68 Stengel, Eckhard: Von roten Ratten und anderen Volksschädlingen, in: Hiero Itzo, H. 5/1978, S. 8–11, hier S. 8. Stengel spricht von lediglich 100 NPDlern, 2.500 Gegendemonstranten und 600 Polizisten.

69 Vgl. Ebd., S. 9.

70 Vgl. b/ptg: Göttingen SPD-Fraktionschef wollte Mandat zurückgeben, in: Hessische/Niedersächsische Allgemeine, 24.04.1978.

71 Stengel: Von roten Ratten und anderen Volksschädlingen, S. 9.

72 Vgl. Hillebrecht, Hermann: NPD-Nachspiel: Strafanzeige gegen Redner, in: Göttinger Tageblatt, 04.08.1978.

73 Vgl. joh.: Wieder Diskussion um Verbot von NPD-Kundgebung, in: Göttinger Tageblatt, 23.08.1978.

74 joh.: „... Wo wir den Wind von vorn bekommen", in: Göttinger Tageblatt, 13.09.1978.

der Reden ausschlaggebend, sondern dass diese zu Tätlichkeiten herausgefordert und damit eine Gefährdung mit sich gebracht hätten; ferner gehe man auch in Zukunft nicht davon aus, dass die NPD sich an die Auflagen halten werde.[75]

Interessanterweise betonte der Stadtdirektor, das Verbot durch die Stadt sei „keine politische Entscheidung", denn „die politische Richtung" dürfe „überhaupt nicht interessieren". Außerdem könnten Verbote, so die etwas stereotypenhaften Allgemeinplätze des städtischen Beamten, die „politische Auseinandersetzung nicht ersetzen", man brauche vielmehr verstärkte politische Bildung, um „allgemeine Kritikfähigkeit"[76] zu fördern. Nichtsdestotrotz untersagte die Stadt mit Verweis auf die Gerichtsurteile alle weiteren Veranstaltungen,[77] während die NPD sogar Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht einzulegen versuchte,[78] in der Erwartung, „ein für sie günstiges höchstrichterliches Urteil zu erhalten."[79] Kurzum: Obwohl die NPD bzw. ihre Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) 1978 versuchte, im Rahmen einer „Großoffensive"[80] 60 (!) weitere Veranstaltungen in Göttingen anzumelden, blieben diese allesamt gerichtlich verboten.

Fazit

Trotz des resoluten Verbotes trifft das *Göttinger Tageblatt* im November 1979 die politische Stimmung in der Stadt, als es titelt: „Die harte Konfrontation kündigt sich an" und das „politische Klima"[81] als aufgeheizt und angespannt beschreibt. Die Ereignisse der 1980er Jahre werfen bereits ihre Schatten voraus, denn: Die bisherigen Auseinandersetzungen bieten bereits einen Vorgeschmack auf die bewaffneten Ausschreitungen, die in den folgenden Jahren im Raum Göttingen zur Regelmäßigkeit werden, bei denen vor allem Mitglieder der Freiheitlichen Arbeiterpartei (FAP) eine zentrale Rolle spielen. Am Ende des Jahrzehnts, im Jahr 1990, sollte es sogar einen rechtsextrem motivierten Mord in Göttingen geben.

Mit Blick auf die langen siebziger Jahre lässt sich resümieren: Während städtische Gremien 1967 hartnäckig versuchten, mit Verweis auf frühere Ausschreitungen ein Verbot einer NPD-Veranstaltung durchzusetzen und damit scheiterten, gleichwohl sie dezidiert *politisch* argumentierten, hatten die Verbote gut zehn Jahre später juristisch Bestand, obwohl die Stadt ihr eigenes Verhalten zu diesem Zeitpunkt als dezidiert *nicht* politisch verstanden wissen mochte, sondern das Verbot als rechtliche respektive verwaltungstechnische Entscheidung auswies. 14 Jahre nach ihrer Gründung hatte sich der politische Umgang mit der Rechtsaußenpartei in einen formal-juristischen gewandelt, jedenfalls von Seiten der Mandatsträger. Doch wir sehen auch: Die provokative Äußerung der NPD, sie gehe dorthin, „wo wir den Wind von vorn bekommen", zeigt an, dass sich im vormals rechtskonservativen Göttingen nunmehr eine antifaschistische Gegenwehr etabliert hatte, welche vehement gegen Rechtsaußen agierte. Die Reaktion der Göttinger Leserbriefschreiber verblieb indes, wie sie vermutlich auch in den 1950ern ausgefallen wäre: Gewalt „aller Extremisten" ablehnend, allerdings mit einer auffälligen teils revisionistischen Schlagseite in Richtung

75 Vgl. lle: Tätlichkeiten gezielt in Kauf genommen, in: Göttinger Tageblatt, 07.11.1978.

76 rd: Brauchen wir mehr Verbote?, in: Blick, 14.09.1978.

77 Vgl. ters: Neues Verbot für NPD, in: Göttinger Tageblatt, 7./.8.10.1978.

78 Vgl. Der Bundesminister des Innern (Hrsg.): betrifft: Verfassungsschutz 1978, Hürth 1979, S. 62. Auf Anfrage teile das Bundesverfassungsgericht mit, dass die erhobene Verfassungsbeschwerde durch unanfechtbaren Beschluss vom 06.02.1979 nicht zur Entscheidung angenommen wurde (1 BvR 1388/78).

79 Der Bundesminister des Innern: betrifft: Verfassungsschutz 1978, S. 23.

80 mgu: NPD will „Großoffensive" starten, in: Hessische/Niedersächsische Allgemeine, 07.10.1978.

81 wi: Die harte Konfrontation kündigt sich an, in: Göttinger Tageblatt, 09.10.1979.

NPD-Verharmlosung. Gleichwohl zeigten sich auch zivilgesellschaftliche Bürgerinitiativen, die Unterschriften sammelten und den Gegenprotest unterstützten. Die NPD, welche – im Versuch ihrer Marginalisierung im Lager entgegenzuwirken und im Fahrwasser des „konservativen Zeitgeistes" Ende der 1970er zu segeln – ihre Strategie wechselte und zunehmend militant agierte, blieb in Göttingen zwar weniger durch Veranstaltungen, doch gleichwohl in der politischen Debatte präsent. Der Resonanzraum hatte sich verlagert und wird sich in den 1980er Jahren wiederum verlagern: Weg von der städtischen Halle, erneut auf die Straße, in Form gewaltvoller Auseinandersetzungen und politisch motivierter Straftaten.

Literatur:

Böhme, Ernst: Zwischen Restauration und Rebellion. Die Georgia Augusta und die politische Kultur Göttingens in den fünfziger Jahren, in: Göttinger Jahrbuch, H. 53/2005, S. 125–156.

Dahms, Hans Joachim: Die Universität Göttingen 1918 bis 1989, in: Thadden, Rudolf von/Trittel, Günter J. (Hrsg.): Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Bd. 3, Göttingen 1999, S. 395–456.

Der Bundesminister des Innern (Hrsg.): betrifft: Verfassungsschutz 1978, Hürth 1979.

Finkbeiner, Florian: Nationale Hoffnung und konservative Enttäuschung. Zum Wandel des konservativen Nationenverständnisses nach der deutschen Vereinigung, Bielefeld 2020.

Gassert, Philipp: Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart 2018.

Hoeres, Peter: Von der „Tendenzwende" zur „geistig-moralischen Wende". Konstruktion und Kritik konservativer Signaturen in den 1970er und 1980er Jahren, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 61 (2013), H. 1, S. 93–119.

Kopke, Christoph: Die Aktion Widerstand 1970/71. Die „nationale Opposition" zwischen Sammlung und Zersplitterung, in: Livi, Massimiliano/Schmidt, Daniel/Sturm, Michael (Hrsg.): Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt a. M. 2010, S. 249–262.

Livi, Massimiliano/Schmidt, Daniel/Sturm, Michael (Hrsg.): Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt a. M. 2010.

Rödder, Andreas: Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, München 2004, S. 211–214.

Schmollinger, Horst W.: Die Deutsche Konservative Partei-Deutsche Rechtspartei, in: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 2, Opladen 1986, S. 982–1024.

Schildt, Axel: „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten". Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 44 (2004), S. 449–478.

Trittel, Günter J.:, Göttingens Entwicklung seit 1948, in: Thadden, Rudolf von/Trittel, Günter J. (Hrsg.): Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Bd. 3, Göttingen 1999, S. 291–356.

Trittel, Katharina/Finkbeiner, Florian/Isele, Sören: Göttingens rechte Protestgeschichte nach 1945, in: Demokratie-Dialog, H. 8/2021, S. 46–60.

Wagener, Gerald: Ich heiße Gerald Wagener...: Ein rechtsradikaler Jugendlicher berichtet, Berlin 1981.

Online-Ressourcen:

Der Bundeswahlleiter (Hrsg.): Informationen des Bundeswahlleiters. Ergebnisse früherer Landtagswahlen, Wiesbaden 2021, S. 67, URL: https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/a333e523-0717-42ad-a772-d5ad7e7e97cc/ltw_erg_gesamt.pdf [eingesehen am 03.08.2021].

Stadtarchiv Göttingen: Chronik für das Jahr 1978, URL: http://www.stadtarchiv.goettingen.de/chronik/1978_04.htm [eingesehen am 03.08.2021].

Zeitungs- und zeitgenössische Zeitschriftenartikel:

ann: Musterprozeß fällt aus, in: Göttinger Tageblatt, 28.06.1979.

Arbeitskreis Antifaschismus: Kommentar zur Berichterstattung, in: Aufgepasst, H. 3/1978, S. 7–8l.

Arbeitskreis Antifaschismus: NPD-Kundgebung ausgefallen, in: Aufgepasst, H. 3/1978, S. 2.

Arbeitskreis Antifaschismus: Rachefeldzug in SA-Manier, in: Aufgepasst, H. 3/1978, S. 6.

Arbeitskreis Antifaschismus/Arbeitskreis Gewerkschafter gegen Faschismus/Gewaltfreie Aktion Göttingen et al.: Gemeinsamer Aufruf, in: Antifaschistisches Tageblatt, H. 1/1978, S. 2.

ast/ic: Am 15. April: Keine Chance für Schläger?, in: Blick, 06.04.1978, S. 2.

ast: Kein Versammlungsverbot – aber: NPD runter vom Markt!, in: Blick, 06.04.1978.

b/ptg: Göttingen SPD-Fraktionschef wollte Mandat zurückgeben, in: Hessische/Niedersächsische Allgemeine, 24.04.1978.

Brügel, W.: NPD hat das Recht zu demonstrieren, [Leserbrief betr. NPD-Kundgebung], in: Göttinger Tageblatt, 16.02.1978.

Dietrich, O.: Und die anderen?, [Leserbrief betr.: NPD-Kundgebung], in: Göttinger Tageblatt, 16.02.1978.

ggo: Polizei bahnte Bundespräsidenten einen Weg durch die Demonstration, in: Göttinger Presse, 14./15.06.1969.

H.: Keine Halle für die NPD in Göttingen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.05.1967, Seite 3.

H.: Die NPD in der Göttinger Stadthalle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.06.1967, S. 3.

Haertel, G.: Geradezu grotesk, [Leserbrief betr.: Leserbrief R. Neubauers (GT vom 18.3.1978)], in: Göttinger Tageblatt, 23.03.1978.

Hillebrecht, Hermann: NPD-Nachspiel: Strafanzeige gegen Redner, in: Göttinger Tageblatt, 04.08.1978.

joh.: Wieder Diskussion um Verbot von NPD-Kundgebung, in: Göttinger Tageblatt, 23.08.1978.

joh.: „... Wo wir den Wind von vorn bekommen", in: Göttinger Tageblatt, 13.09.1978.

Kahlweit, Manfred: Warum man die NPD nicht verbieten sollte, in: Hiero Itzo, H. 5/1978 S. 10.

lle: Tätlichkeiten gezielt in Kauf genommen, in: Göttinger Tageblatt, 07.11.1978.

Meyerhoff, Walter: Ein gesetzwidriger Beschluss?, in: Göttinger Tageblatt, 29.05.1967.

Mörig, V.: Hier praktizierten ‚Antifaschisten' Faschismus, [Leserbrief betr.: Berichterstattung über NPD-Kundgebung (GT vom 13.2.78)], in: Göttinger Tageblatt, 17.02.1978.

o. V.: Tomaten für die NPD, in: Göttinger Presse, 20.04.1967.

o. V.: Göttingen muß Stadthalle zur Verfügung stellen, in: Göttinger Tageblatt, 26.05.1967.

o. V.: NPD darf in Stadthalle, in: Göttinger Presse, 26.05.1967.

o. V.: NPD – Zentrum des Rechtsradikalismus, in: Göttinger Tageblatt, 27./28.05.1967.

o. V.: NPD gab 350 000 DM für Wahlkampf aus, in: Göttinger Tageblatt, 01.06.1967.

o. V.: Tumult blieb aus, in: Göttinger Tageblatt, 01.06.1967.

o. V.: Mit Schlagstöcken eine Gasse für den Bundespräsidenten, in: Göttinger Tageblatt, 14./15.06.1969.

o. V.: Demokratische Spielregeln beachten, in: Göttinger Tageblatt, 26.09.1969.

o. V.: DGB gegen Anti-NPD-Demonstration, in: Göttinger Tageblatt, 26.09.1969.

o. V.: NPD-Kundgebung aufgelöst. Auf dem Markt floß das Blut, in: Göttinger Tageblatt, 13.02.1978.

Osthold, F.: K-Gruppen gingen planmäßig vor, [Leserbrief betr. NPD-Kundgebung], in: Göttinger Tageblatt, 16.02.1978.

rd: Brauchen wir mehr Verbote?, in: Blick, 14.09.1978.

Richter, L.: Zu den demokratischen Tugenden zurückkehren, [Leserbrief betr. Artikel über die Kundgebung der NPD], in: Göttinger Tageblatt, 16.02.1978.

Stengel, Eckhard: Von roten Ratten und anderen Volksschädlingen, in: Hiero Itzo, H. 5/1978, S. 8–11, hier S. 8.

ters: Minister Groß: NPD ignorieren, in: Göttinger Tageblatt, 15./16.04.1978.

ters: Neues Verbot für NPD, in: Göttinger Tageblatt, 7./8.10.1978.

Tgn.: NPD-Kundgebung nach Schlägereien aufgelöst, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.02.1978, Seite 2.

Wahlanzeige der NPD, in: Göttinger Tageblatt, 27./28.09.1969.

Archivalische Quellen im Stadtarchiv Göttingen:

Bestand Flugblätter 1960–1969.

Bestand Amt für öffentliche Ordnung/Allgemeine Ordnungsangelegenheiten, C 35.

Bestand Ausschussprotokolle, C 18.

Sören Isele ist studentische Hilfskraft an der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen.

Dr. Katharina Trittel, geb. 1984, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im FoDEx-Fachbereich Rechtsradikalismus am Institut für Demokratieforschung. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts (insbesondere die Zeit des Nationalsozialismus, Elitenkontinuität und Erinnerungskultur), Rechtsradikalismus und Proteste.

Finkbeiner, Florian (2021): „Wie die „Neue Rechte“ mit der AfD hadert. Zur Partei- und Organisationsfrage der radikalen Rechten.“ In: Demokratie Dialog 9 (2021) S.78–89. doi: 10.17875/gup2021-1776

Wie die „Neue Rechte“ mit der AfD hadert

Zur Partei- und Organisationsfrage der radikalen Rechten

Florian Finkbeiner

Die radikale Rechte ist im politischen „Mainstream“[1] angekommen, dies ist laut dem Rechtsextremismusforscher Cas Mudde der zentrale Unterschied im Vergleich zu früheren Phänomenen und Phasen der extremen und radikalen Rechten seit 1945. Die Alternative für Deutschland (AfD) ist inzwischen in der Geschichte der Bundesrepublik die erfolgreichste Partei am rechten Rand. Einen entscheidenden Anteil für diesen Siegeszug hat die sogenannte „Neue Rechte“ geleistet, der sich große Teile des formal aufgelösten „Flügels“ um Björn Höcke verpflichtet fühlen. Mit der Etablierung der AfD im Parteienspektrum und der derzeitigen Stagnation in Wählerumfragen, sogar dem teilweisen Rückgang der Wahlergebnisse (mit Ausnahme von Ostdeutschland), wirkt das Verhältnis dieser „Neuen Rechten“ zur AfD zunehmend angespannt. Ein entscheidender Bruch zeigt sich hierbei in der Auseinandersetzung um die weitere Entwicklung der AfD und deren politisch-ideologische Ausrichtung. Um die Bedeutung dieses Konfliktes einschätzen zu können, untersucht der vorliegende Beitrag exemplarisch das neurechte Verhältnis zur Partei- und Organisationsfrage. Hierzu wird das aktuelle neurechte Hadern mit der AfD in die historischen Traditionslinien und die Transformationsphasen der radikalen Rechten in der Bundesrepublik eingeordnet. Pointiert formuliert: Ist die AfD als Parteiformation überhaupt das lang ersehnte Ziel der „Neuen Rechten“?

1 Mudde, Cas: Rechtsaußen. Extreme und radikale Rechte in der heutigen Politik weltweit, Bonn 2021, S. 36.

Die Transformationsphasen der radikalen Rechten

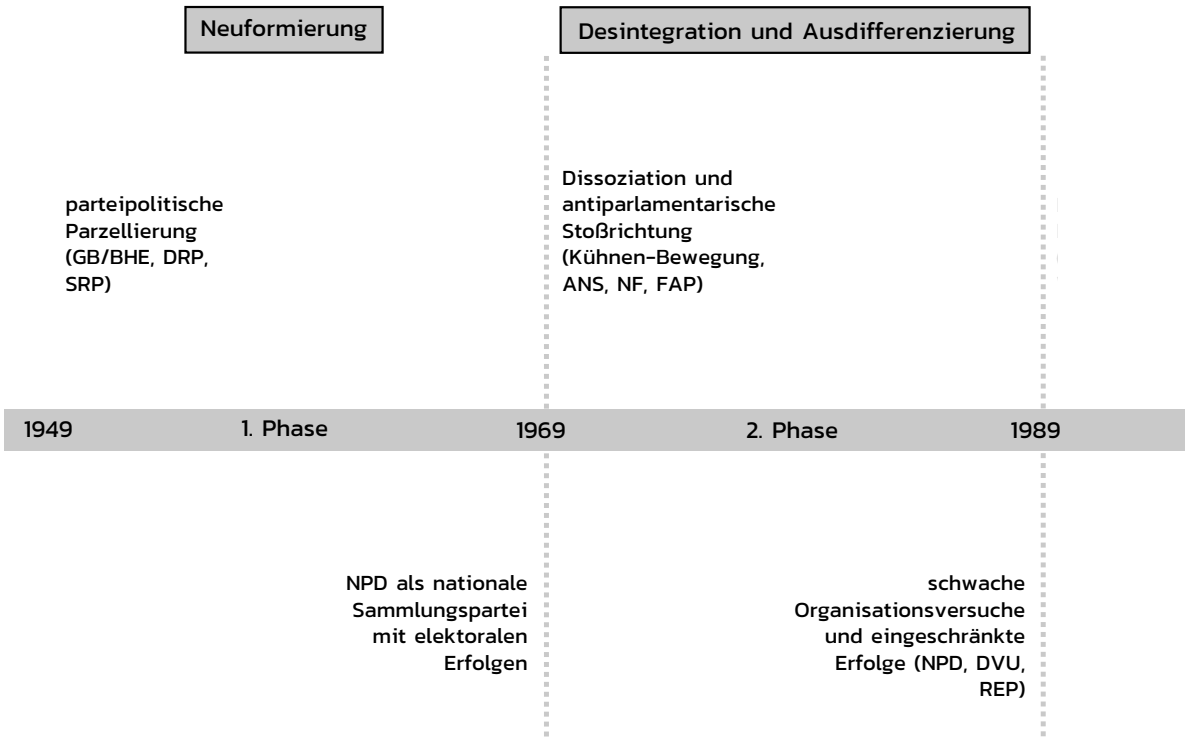
Die radikale Rechte gehört, wie immer man dies bewerten mag, doch seit 1949 untrennbar zur Geschichte der Bundesrepublik. Ihre politischen Ausdrucksformen wechselten historisch zwischen Parteien, politischen Organisationen und sozialen Bewegungen. Die Geschichte der radikalen Rechten lässt sich in der Bundesrepublik in vier Phasen einteilen, die jeweils etwa 20 Jahre andauerten.[2] In der *ersten Phase* der Neuformierung von 1949 bis 1969 sammelte sich die politische Rechte in heterogenen Gruppierungen, Vereinigungen und Parteien neu. Die verschiedenen Strömungen suchten sich selbstständig neue Betätigungsfelder, organisierten sich in neuen Verbänden und gründeten entsprechende Publikationsorgane. So bildete sich eine parteipolitische Parzellierung aus mehreren konkurrierenden rechtsradikalen Parteien von GB/BHE (Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) und DRP (Deutsche Reichspartei) bis zur SRP (Sozialistische Reichspartei) heraus, die allesamt relative Erfolge neben konservativ-bürgerlichen Parteien wie CDU/CSU und FDP erzielten. Diese Situation änderte sich erst durch das Verbot der SRP 1952 und die später einsetzenden Integrationsprozesse der Wählerschaft anderer rechter Parteien in die Christdemokratie, die sich erst in den 1950er Jahren von der Honoratioren- zur überkonfessionellen Massen- und später dann zur Volkspartei weiterentwickelte.[3] Mitte der 1960er Jahre gründeten ehemalige und frustrierte DRP-Mitglieder die NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands), die schnell zur nationalen Sammlungspartei rechts der CDU/CSU wurde und erste beachtliche Erfolge bei mehreren Landtagswahlen verbuchen konnte. Infolge der knappen Wahlniederlage der NPD bei der Bundestagswahl 1969, bei der sie mit 4,3 Prozent knapp den Einzug in den Bundestag verpasste, war die *zweite Phase* von 1969 bis 1989 bestimmt durch eine antiparlamentarische Stoßrichtung der radikalen Rechten. Die unerwartete NPD-Niederlage führte zu einem parteipolitischen Verdruss und zur „Dissoziation"[4] bei ihrer Klientel, was diese Organisationsformierung für das rechte Lager für lange Zeit unattraktiv werden ließ. Die Folge war eine Desintegration und Ausdifferenzierung der radikalen Rechten, die sich in viele verschiedene neue Strukturen und Strömungen aufspaltete, neue Strategien erprobte und sich teilweise – wie die Kühnen-Bewegung und die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) – radikalisierte.[5] Daher gab es bis Mitte der 1980er Jahre nur schwache parteiförmige Organisationsversuche mit geringer Integrationsdichte und nur eingeschränkten Wahlerfolgen der NPD oder der DVU (Deutsche Volksunion) bzw. kurzzeitigen Landtagswahlerfolgen der Republikaner. Die deutsche Vereinigung leitete die *dritte Phase* ab 1989 ein, die ungefähr bis 2010 bzw. 2013 anhielt. Infolge der in den 1990er Jahren einsetzenden Diversifikation und Informalisierung in verschiedene subkulturelle Szenen wie die neu entstehenden Freien Kameradschaften und der daraufhin einsetzenden Verbote einiger Vereinigungen wie der Wiking-Jugend stieg erneut das Bedürfnis der radikalen Rechten nach einem par-

2 Vgl. Kopke, Christoph: Die Aktion Widerstand 1970/71: Die „nationale Opposition" zwischen Sammlung und Zersplitterung, in: Livi, Massimiliano/Schmidt, Daniel/Sturm, Michael (Hrsg.): Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter. Frankfurt a. M./New York 2010, S. 249–262; Botsch, Gideon: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Darmstadt 2012.

3 Zur Wählerentwicklung der Parteien der radikalen Rechten v. a. in den 1950er und 1960er Jahren, vgl. Kaltefleiter, Werner: Wirtschaft und Politik in Deutschland. Konjunkturen als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems, Köln 1968, S. 134 ff.

4 Vgl. Schmollinger, Horst W.: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, in: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 4, Opladen 1986, S. 1922–1994, hier S. 1928.

5 Vgl. Zimmermann, Ekkart/Saalfeld, Thomas: The Three Waves of West German Right-Wing Extremism, in: Merkl, Peter H./Weinberg, Leonard (Hrsg.): Encounters with the Contemporary Radical Right, Oxford 1993, S. 50–74, hier S. 54.



teipolitischen Anschluss – in Form der NPD. So waren die 1990er Jahre bestimmt durch eine (Re) Integration des gesamten Lagers, das sich verstärkt an der NPD orientierte.[6] Diese wiederum suchte als neue Dachorganisation aktiv die Öffnung zum neonazistischen Spektrum. Diese innere (Re)Integration der radikalen Rechten fand in den Nullerjahren somit zum Preis der Isolation nach außen statt; nennenswerte elektorale Erfolge konnte sie entgegen ihres Anspruchs abseits vereinzelter ostdeutscher Länder nicht mehr erzielen.[7] Die Gründung der AfD 2013 und die ersten Dresdner Aufmärsche der Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida) 2014 markierten den Beginn einer *vierten Phase*, die bis heute anhält. Die Charakteristika dieser aktuellen Phase sind noch nicht genau zu bestimmen, gleichwohl sie doch dominiert ist von einer Zentralisierung und parteipolitischen Etablierung der AfD. Zunächst war die radikale Rechte – nachdem die NPD Ende der 2000er Jahre ihre Führungsrolle wieder eingebüßt hatte – organisatorisch zerstreut in viele verschiedene neu auftretende Parteien (von Die Rechte und Der III. Weg bis zur AfD), neue soziale Bewegungen (wie Pegida und die sogenannten Pro-Bewegungen) und neue politische Organisationen wie die Identitäre Bewegung (IB). Entscheidend für die vierte Phase ist, dass es der AfD als erster Rechtsaußenpartei in der Bundesrepublik gelungen ist, sowohl lagerübergreifend zu integrieren als auch elektorale Wahlerfolge zu erzielen und sich parteipolitisch-parlamentarisch zu etablieren, also im Mainstream (Cas Mudde) anzukommen.

6 Vgl. Kopke: Die Aktion Widerstand 1970/71, S. 251.

7 Vgl. Jesse, Eckhard: Das Auf und Ab der NPD, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 42/2005, S. 31–38.

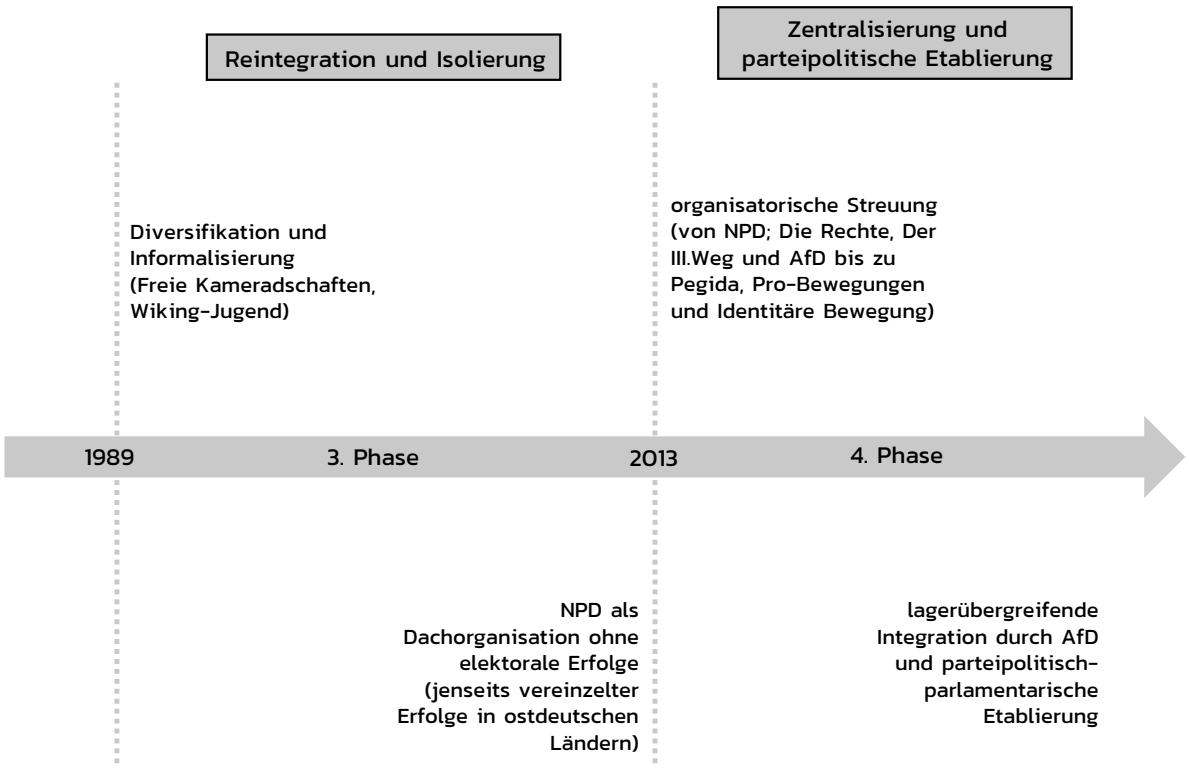


Schaubild: Transformationsphasen der radikalen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland seit 1949
Eigene Darstellung in Anlehnung an Schmollinger: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Botsch: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute; Kopke: Die Aktion Widerstand 1970/71; Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina/Geiges, Lars: Rechtsradikalismus in Niedersachsen. Akteure, Entwicklungen und lokaler Umgang, Bielefeld 2019, S. 37–85.

In der international vergleichenden Forschung wird in diesem Zusammenhang auch von vier Wellen gesprochen. Diese Wellen sind nicht ganz deckungsgleich mit dem Phasenmodell, was sich dadurch erklären lässt, dass die Bundesrepublik gerade in Bezug auf die aktuelle Welle einen Sonderstatus einnimmt.[8] Denn anders als in Frankreich mit dem Rassemblement National (RN, ehemals Front National) oder der österreichischen FPÖ gab es Deutschland seit den Nullerjahren keine vergleichbare erfolgreiche Rechtsaußenpartei.[9]

Die „Neue Rechte" und das Institut für Staatspolitik

Die sogenannte „Neue Rechte" entstand in den 1970er Jahren in der Phase der Desintegration und Ausdifferenzierung im Zuge der parteipolitischen Frustration. Sie war zunächst eine kleine

8 Vereinzelt wurde das Wellen-Modell auch zur Konzeptualisierung der Erklärungsfaktoren von Rechtsaußenparteien genutzt. Im Unterschied zum Phasen-Modell setzt das Wellen-Modell die Wahlerfolge der Parteien in Beziehung zu den jeweils vorher bestehenden Koalitionsregierungen, sodass sich die zeitlichen Einteilungen der Wellen von den hier beschriebenen Phasen-Einteilungen unterscheiden, vgl. Zimmermann/Saalfeld: The Three Waves of West German Right-Wing Extremism.

9 Vgl. Beyme, Klaus von: Right-Wing Extremism in Western Europe, in: West European Politics, Jg. 11 (1988), H. 2, S. 1–18; Die vierte Welle beginnt laut Mudde (Rechtsaußen, S. 23 f., 207) international um die Jahrtausendwende.

Gruppierung französischer Aktivisten um Alain de Benoist, die als *Nouvelle Droite* bekannt wurde und in Deutschland rund um das Personennetzwerk von Henning Eichberg und Armin Mohler relativ schnell Nachahmer fand. Diese Strömung unterschied sich vor allem in zwei Punkten vom tradierten politischen Lager der radikalen Rechten: Erstens suchten die jungen Rechten neue, subkulturell-aktivistische Wege jenseits der aus ihrer Sicht erfolglosen Parteistrategie. Diese neue Taktik wurde als „Metapolitik" bezeichnet.[10] Zweitens modernisierten die jungen antiparlamentarischen Rechten das politisch-ideologische Rüstzeug, um an die Grundvorstellungen der Mehrheitsgesellschaft anschlussfähig zu werden. Die bis heute wohl erfolgsreichste Strategie ist die Erfindung des sogenannten „Ethnopluralismus", der als Leiterzählung die des tradierten „alten Rassismus" abgelöst hat. In der ethnopluralistischen Argumentation gibt es keine höherwertigen Rassen oder Völker mehr, alle Völker seien hingegen insofern gleich, als dass sie alle am meisten davon profitierten, wenn ihre jeweilige kulturelle Homogenität gewahrt werde. Diese beiden Momente – Antiparlamentarismus und Ethnopluralismus – sind bis heute prägend für die neurechten Protagonisten. Armin Mohler etwa hat zwar immer wieder versucht, Parteien rechts der Mitte wie Die Republikaner in den 1980er Jahren politisch-ideologisch zu beeinflussen, scheiterte aber letztlich.[11]

Bis heute ist die „Neue Rechte" als analytische Kategorie umstritten. Es gibt keinen Konsens in der Forschung, wer oder was damit gemeint ist und wer damit wann eingeschlossen ist. Es konkurrieren verschiedene politisch-ideologische, historische und funktionalistische Begriffsverständnisse, die wiederum teilweise auch quer zu medialen Debatten liegen. Allen Begriffsverwendungen gemeinsam ist, dass sie das Personengeflecht rund um das Institut für Staatspolitik (IfS) als Nukleus der „Neuen Rechten" ansehen.[12] Die vorliegende Analyse verwendet den Begriff daher zur Charakterisierung dieses Netzwerkes und ordnet es in Anlehnung an Cas Mudde und Richard Stöss ideologisch unter der „radikalen Rechten" ein.[13] Vor dem Hintergrund der Transformationsphasen der radikalen Rechten ist die Entwicklung der „Neuen Rechten" als flexibel taktische Abgrenzungsbewegung zu sehen – je nachdem welchen gesellschaftspolitischen Status die Parteifrage innerhalb der radikalen Rechten im historischen Moment besitzt.

Wenn auch die „Neue Rechte" in Deutschland maßgeblich durch Armin Mohler geprägt wurde, führte genau dieser die Gruppierung im Laufe der 1990er Jahre bis zum Nischendasein ohne nennenswerte Bedeutung. Zwar konnte sein Schüler Karlheinz Weißmann kurze Zeit öffentliche Aufmerksamkeit genießen mit Werken wie „Rückruf in die Geschichte" und „Weg in den Abgrund" in der Propyläen-Reihe „Geschichte Deutschlands"[14], doch auch er zog sich politisch erfolglos Ende der 1990er Jahre zurück. Aufgrund der politischen Isolation änderten Weißmann und seine Anhänger die Strategie. Mit einer „Zitadellenpolitik"[15] sollten Kadernetzwerke aufgebaut werden, die nach Vorbild des Hamburger Instituts für So-

10 Vgl. Waldstein, Thor: Metapolitik. Theorie, Lage, Aktion, Schnellroda 2015, S. 10.

11 Vgl. Finkbeiner, Florian: Armin Mohler und die Frühgeschichte der „Neuen Rechten" in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Wandel von Konservatismus, Nationalismus und Rechtsextremismus, in: Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus- und Terrorismusforschung 2015/2016 (I), Brühl 2016, S. 209–233.

12 Vgl. Backes, Uwe: Zum Weltbild der Neuen Rechten in Deutschland, Analysen & Argumente Nr. 321, Konrad Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin 2018.

13 Vgl. Mudde: Rechtsaußen, S. 43; Stöss, Richard: Der rechte Rand des Parteiensystems, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 563–618, hier S. 567.

14 Weißmann, Karlheinz: Rückruf in die Geschichte. Die deutsche Herausforderung. Alte Gefahren – Neue Chancen, Berlin/Frankfurt a. M. 1993; Weißmann, Karlheinz: Der Weg in den Abgrund. Deutschland unter Hitler 1933–1945, Frankfurt a. M. 1995.

15 Weißmann, Karlheinz: Kurze Geschichte der konservativen Intelligenz nach 1945, Schnellroda 2011, S. 74.

zialforschung (HIS) politischen wie kulturellen Einfluss auf die Gesellschaft ausüben sollten. Das HIS hatte zuvor mit der Wehrmachtsausstellung ab 1995 die medialen Debatten entscheidend mitbestimmt. Weißmann urteilte daraufhin, dass sich ein politisches Projekt nur durch die politische Beeinflussung der Öffentlichkeit realisieren ließe. Dieser gegenkulturelle, antiparlamentarische Impuls bestimmte nun den politisch-organisatorischen Gehalt des neurechten Projektes, das sich mit dieser metapolitischen Ausrichtung von Parteipolitik grundlegend distanzierte. Nach Vorbild des HIS sollte das 2000 gegründete IfS, dessen Leitung Weißmann zusammen mit Götz Kubitschek übernahm, die Arbeit der kulturellen Prägung übernehmen – Dieter Stein, Chefredakteur der Jungen Freiheit, nannte es deshalb ein „Reemtsma-Institut ‚von rechts'"[16].

Die AfD zwischen neurechtem Anspruch und Aversion

In den 2000er Jahren hatte das Institut für Staatspolitik mit seinem Vorhaben lediglich bescheidenen Erfolg – was aber auch für andere Gruppierungen und Organisationen rechts der Mitte gilt. Erst mit dem Aufstieg und den sukzessiven politischen Suchbewegungen der AfD begann sich diese Situation zu ändern. Das neurechte Netzwerk unterstützte von Beginn an die AfD: Kubitschek wollte zunächst selbst in die Partei eintreten, was jedoch an der Intervention Bernd Luckes scheiterte. Dennoch wirkte die AfD wie ein Katalysator, der die lose nebeneinander bestehenden Strukturen des rechten Lagers zusammenführte, was die neuen Rechten ausdrücklich begrüßten.[17] Deshalb setzten diese sich früh dafür ein, die neue Partei vor allem mit Pegida zu vernetzen.[18] Jedoch kam es bereits in der Anfangsphase der AfD zu Verwerfungen zwischen Weißmann und Kubitschek. Grund dafür waren neben persönlichen Auseinandersetzungen vor allem unterschiedliche strategisch-taktische Ausrichtungen und divergierende Vorstellungen von einem Parteikonzept für die AfD: Weißmann favorisierte eine rechtskonservativ-bürgerliche Ausrichtung der Partei, die sie langfristig koalitionsfähig machen sollte. Kubitschek forderte stattdessen eine zunehmende nationalrevolutionäre Radikalisierung der Partei, die sich entschieden gegen den vereinnahmenden Druck der Parteistrukturen wie auch gegen eine Institutionalisierung wehren müsse.[19] Für das neurechte IfS um Kubitschek stand die Bewegung über der Partei. Deshalb plädierten Kubitschek, Höcke und André Poggenburg dafür, dass die AfD der parlamentarische Arm von Pegida sein müsse.[20] Weißmann hingegen warnte in der Jungen Freiheit vor einer zu engen Bindung an Pegida und folglich einer Radikalisierung der AfD, die sonst zu einer „Lega Ost" verkomme und politisch ohne Einfluss bleibe. Die Vordenker einer solchen Parteiausrichtung verortete Weißmann eben im IfS. Während er seinen ehemaligen Schüler Kubitschek dafür kritisierte, dass dieser einen existenzialistischen Kampfmythos pflege und seine Positionen radikalisiert habe, distanzierte sich Kubitschek umgekehrt von seinem Lehrer, weil sich dieser in seiner Ausrichtung „geändert"[21] habe. Die früheren Weggefährten, die trotz innerer Spannungen immerhin gemeinsame Ziele und Gegner hatten, haben sich mittlerweile überworfen und gehen politisch getrennte Wege.[22]

16 Stein, Dieter: „Ein politisches Kolleg als Vision". Gespräch mit Karlheinz Weißmann über die Bedeutung wissenschaftlicher Arbeit, in: Junge Freiheit 45/1999, S. 3.

17 Wagner, Thomas: Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten, Berlin 2017, S. 176.

18 Vgl. Waldstein: Metapolitik, S. 49 f.

19 Vgl. Kubitschek, Götz: Die Spurbreite des schmalen Grats 2000–2016, Schnellroda 2016, S. 136 f.

20 Vgl. Weiß, Volker: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017, S. 144.

21 Kubitschek: Die Spurbreite des schmalen Grats, S. 120.

22 Vgl. Weiß: Die autoritäre Revolte, S. 85. Die Wogen zwischen Weißmann und Kubitschek scheinen sich bis heute nicht geglättet zu haben. So hat Kubitschek zwar

Auch mit Unterstützung des neurechten Netzwerks konnte sich der „rechte Flügel" der AfD – ein Begriff, der zumindest zu diesem Zeitpunkt für die politisch-ideologische Parteitektonik noch halbwegs semantisch passte – mit dem programmatischen Appell der sogenannten „Erfurter Resolution" 2015 im innerparteilichen Machtkampf durchsetzen, sodass Lucke auf dem Essener Bundesparteitag gestürzt wurde, woraufhin dieser mit seinem Unterstützerkreis aus der Partei austrat – und mit ihnen etwa ein Viertel der damaligen Parteimitglieder.[23] Dieser innerparteiliche Sieg markierte zugleich den vorläufigen Höhepunkt des IfS, das durch den Machtgewinn des Flügels an Bedeutung gewann. Noch nie zuvor wurden die mysteriösen und daher für die Medien besonders interessanten Protagonisten auf ihren ostdeutschen Rittergütern interviewt, ihre Reden und Botschaften, die sie auf den Straßen von Dresden und Leipzig hielten, breit gestreut und in Zeitungen thematisiert. In den politisch aufwühlenden Jahren 2014 bis 2016, im Zuge der sogenannten „Flüchtlingskrise", erhielten neurechte Themensetzungen wie beispielsweise die Erzählung von der „Islamisierung" oder die vom „Großen Austausch" wohl so viel Aufmerksamkeit wie selten zuvor. Das IfS ist daraufhin zum „Zentrum neurechter Theoriebildung"[24] avanciert.

Selbst nach dem Sturz Frauke Petrys 2017 und den weiteren innerparteilichen Konflikten kann die AfD ihre Wahlergebnisse relativ konstant halten. Seither stehen die verschiedenen innerparteilichen Machtblöcke mehr oder weniger lose nebeneinander in einer Art Pattsituation. Zwar gab es immer wieder Versuche, gegen Höcke ein Ausschlussverfahren einzuleiten bzw. ihn parteilich zu disziplinieren, doch scheiterten diese ebenso wie die gegenläufigen Versuche des Flügels, Jörg Meuthen als letzten symbolischen Flügel-Kontrahenten innerparteilich zu isolieren. Denn Meuthen hat parteistrategisches Machtgespür und entscheidende Posten in der Partei besetzt, um entsprechende (Kampf-)Abstimmungen zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Dieses Parteigeschick hat Höcke keineswegs, der sich viel mehr auf sein Charisma verlässt und das Bad in der Menge genießt. Solange die Wählerbasis stabil war und keine neuen Kandidatenaufstellungen für Wahlen anstanden, schien es nach außen zumindest so, als ob ein Burgfrieden zwischen den Lagern herrschte. Doch dann trafen zwei zuvor lose parallel verlaufende Entwicklungen zusammen und führten 2020 zum eruptiv ausbrechenden Machtkampf rund um die Personalie Andreas Kalbitz: Einerseits arbeitete der Flügel an einer weiteren programmatischen Radikalisierung, was lange Zeit nur schleppend voranging, dann aber auf dem Braunschweiger Parteitag Ende 2019 gelang.[25] Andererseits wurden die Reihen hinter Meuthen immer lichter, da der Exodus der Wirtschafts- und Nationalliberalen seit dem Austritt Luckes 2015 anhielt.

Obwohl sich diese Entwicklungen mit Kubitscheks Agenda decken, plant dieser nicht mehr in die AfD einzutreten, sondern vielmehr als Stratege im Hintergrund den Flügel zu beraten. Die Partei müsse seiner Auffassung nach vollständig auf Fundamentalopposition ausgerichtet werden, um die „Erweiterung des Aktionsraums" und die „Ausweitung der Kampfzone" voranzubringen.[26]

kürzlich wieder eine Programmschrift von Weißmann im Verlag Antaois neu aufgelegt, aber wie es im Vorwort von Kubitschek dazu heißt, habe Weißmann trotz Angebot des Verlages „an einer Überarbeitung kein Interesse" gehabt, siehe Weißmann, Karlheinz: Nation. Eine Begründung, Neuauflage, Schnellroda 2020 [2001], S. 8.

23 Jesse, Eckhard: Das Aufkommen der Alternative für Deutschland. Deutschland ist kein Ausnahmefall mehr, in: Brinkmann, Heinz Ulrich/Panreck, Isabelle-Christine (Hrsg.): Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften, Wiesbaden 2019, S. 97–132, hier S. 115.

24 Salzborn, Samuel: Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten, Weinheim 2017, S. 79.

25 Vgl. Funke, Hajo: Die Höcke-AfD. Vom gärigen Haufen zur rechtsextremen „Flügel"-Partei, Hamburg 2020, S. 42 f.

26 Beide Zitate nach Kellershohn, Helmut: Systemkritik oder politischer Pragmatismus?, in: Der rechte Rand

Dieser nationalrevolutionäre Ansatz präferiert eine AfD, die ihre Daseinsberechtigung darin findet, organisatorische, personelle und finanzielle Ressourcen zu liefern, um eine lagerübergreifende Bündnispolitik mit rechtsradikalen Bewegungen auf der Straße aufzubauen, wie dies vor allem in ostdeutschen Landesverbänden auch der Fall ist.[27] In seinem Buch „Nie zweimal in denselben Fluss" artikuliert Höcke diese Strategie erstmals offen. Das parteipolitische wie parlamentarische „Kleinklein" lehnt er ab. Er kandidiert nicht einmal zur Bundestagswahl und bleibt lieber in Thüringen. Das Risiko ist für ihn in Berlin wohl zu groß, seinen Mythos zu verlieren. Denn Höcke träumt vielmehr von einer „Volksopposition", in die er alle zur Verfügung stehenden Kräfte und Gruppen integrieren möchte, denn nur die Kraft der Bewegung könne das „Altparteienkartell" zerschlagen und sich gegen die „global-kapitalistischen Verwüstungen und das neoliberale Migrationsdogma" stemmen. Die AfD spielt in diesem Szenario der Machtübernahme nur eine untergeordnete Rolle, wenn es im Anschluss über die Volksopposition beiläufig heißt: „[Z]u der ich auch die AfD als Parteiformation zähle".[28] Höcke geht es um einen geschichtlichen Kampf gegen die vermeintliche Dekadenz, um nichts weniger als einen „Bürgerkrieg"[29]; es gebe „keine andere Wahl, wenn wir nicht in Spenglerscher Fellachisierung [d. h. Unkultur, Anm. F.F.] verkommen wollen. So könnten wir zwar überleben, aber auf einem sehr niedrigem kulturellen Niveau."[30] Damit rekurriert Höcke auf ein zentrales Grundmotiv der Weimarer Rechtsintellektuellen und schließt sich ihrer Vision der nationalen Erlösung an. Die „Parteiopposition" ist für Höcke nur Mittel zum Zweck, um den „Elitenwechsel", der sich „über eine längere Zeit hinziehen" werde, voranzubringen, wie er es selbst ganz offen als Ziel formuliert.[31]

Die Junge Freiheit plädiert konträr im Frühjahr 2021 für das Meuthen-Lager und lässt dabei Werner Patzelt zu Wort kommen, der ebenfalls zur Mäßigung der Partei aufruft.[32] Auch Weißmann hält weiterhin an dem Anspruch fest, dass die AfD auf Dauer nur erfolgreich sein könne, wenn sie sich parteipolitisch konsolidieren und professionalisieren werde, um am politischen „Tagesgeschäft teilzunehmen"[33]. Er kritisiert ausdrücklich den Weg einer „Fundamentalopposition"[34] von Kubitschek und Höcke und plädiert für eine realpolitische Opposition. Daraufhin bläst Kubitschek zum Generalangriff gegen Junge Freiheit, Patzelt und die „Mäßiger" rund um Meuthen, die letztlich Verräter an der Sache seien.[35] Denn diese würden laut Kubitschek daran arbeiten, die Partei zu einer reinen „für [die] Gegner akzeptable[n] AfD zu formen" und zu einem „erträgliche[n] Abweichler [...], [zum] angekommenen Gesprächspartner" zu

(Hrsg.): Das IfS. Faschist*innen des 21. Jahrhunderts. Einblicke in 20 Jahre „Institut für Staatspolitik", Hamburg 2020, S. 119–124, hier S. 121.

27 Siehe hierzu die Fallanalyse: Minkenberg, Michael/Sündermann, Teresa: Das Verhältnis von AfD und rechtsradikalen Bewegungen in Brandenburg. Der Fall *Zukunft Heimat* in Cottbus, in: Botsch, Gideon/Schulze, Christoph (Hrsg.): Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus 1990–2020, Berlin 2021, S. 245–269.

28 Alle Zitate Höcke, Björn/Hennig, Sebastian: Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig, Lüdinghausen/Berlin 2018, S. 209.

29 Funke, Hajo: Höcke will den Bürgerkrieg, in: ZEIT ONLINE, 24.10.2019, URL: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-10/rechtsextremismus-bjoern-hoecke-afd-fluegel-rechte-gewalt-faschismus [eingesehen am 10.06.2021].

30 Höcke/Hennig: Nie zweimal in denselben Fluss, S. 263.

31 Alle Zitate ebd., S. 286.

32 Vgl. Patzelt, Werner: In Sachen AfD. Mit Vernunft und Maß, in: Junge Freiheit 8/2021, URL: https://jungefreiheit.de/debatte/forum/2021/mit-vernunft-und-mass/ [eingesehen am 19.03.2021].

33 Weißmann, Karlheinz: Wer ist rechts? Versuch einer Typologie, Berlin 2020, S. 13.

34 Ebd., S. 15.

35 Vgl. Kubitschek, Götz: Foul, Werner Patzelt?, in: Sezession, 08.03.2021, URL: https://sezession.de/64057/foul-werner-patzelt [eingesehen am 10.06.2021].

machen.[36] An diesem aggressiv-kämpferischen Impetus wird deutlich, dass für das neurechte Netzwerk die AfD als Parteiformation nur eine nützliche und zweckdienliche Nebenrolle spielt. Viel entscheidender ist die politisch-kulturelle Beeinflussung von sozialen Bewegungen wie der Identitären Bewegung (IB), die aus Sicht der „Szene"37, wie es der Sezession-Autor Martin Lichtmesz nennt, viel effektiver seien als träge Parteien. Diese Einsicht unterscheide das heutige neurechte Lager von früher, als die Junge Freiheit noch den Ton angegeben habe.38

Die neuen Rechten agieren dabei immer fatalistischer. Der emeritierte Professor für Literaturwissenschaft Günter Scholdt legte mit „Brechts ‚Maßnahme' und die AfD" eine Programmschrift vor, die den historischen Auftrag der Partei intellektuell überhöht und in einen Zusammenhang mit neurechtem nationalen Erlösungswahn stellt. Bertolt Brechts Lehrstück „Die Maßnahme" dient Scholdt dabei als Folie für eine politische Lageanalyse. Demnach sei Deutschland keine „funktionsfähige Demokratie"39 mehr, weil kritische Stimmen „mit Abermillionen Maulkörben"40 mundtot gemacht würden. Gleichzeitig ist Scholdt skeptisch gegenüber der AfD und der „in sie gesetzte[n] Freiheitshoffnung"41. Denn nur eine entschlossen-kämpferische Partei, die sich nicht dem Diktat des Establishments beuge, könne wirkliche „Meinungsfreiheit"42 wiederherstellen. Die Parallelität zu Brechts „Maßnahme" sieht Scholdt darin, dass die „Realos" rund um Meuthen wie das stalinistische Kontrollchor bei Brecht urteilen und „säubern" würden, während Höcke im jungen Genossen verkörpert sei, der sich eisern gegen die „massive Unterdrückung" stemme.43 Scholdt sieht sich einer Einheitsfront der „herrschenden Klasse"44 gegenüber, die ein System der „Gesinnungsherrschaft"45 geschaffen habe, das von Grünen und SPD bis FDP und CDU/CSU reiche – selbst der Verfassungsschutz sei als „Gesinnungsschutz"46 Teil davon.47 Die Anspielung auf sowjetische Verhältnisse in Deutschland muss Scholdt nicht einmal offen aussprechen, man liest sie in jeder Zeile mit.48 Die AfD kann aus Sicht von Scholdt Teil der nationalen Erlösung sein, aber nur, wenn sich die Fundamentalopposition durchsetzt – womit Scholdt impliziert, dass ihm die Partei derzeit noch nicht einmal radikal genug ist.

Der Flügel um Höcke, formal aufgelöst, doch als geistige Bruderschaft omnipräsent, hat sich im parteiinternen Machtkampf augenscheinlich durchgesetzt, weshalb beispielsweise der Politikwissenschaftler Hajo Funke die Partei auch weiterhin demonstrativ die „Höcke-AfD" nennt.[49] Diesen Eindruck belegen weitere Beobachtungen: Alexander Gauland sieht sein Lebenswerk in Gefahr und bemüht sich um Mediation; Alice Weidel hat sich mit Höcke arrangiert und steht nun eher hinter ihm als hinter ihrem früheren Weggefährten Meuthen; und Höcke hat mit dem

36 Alle Zitate Kubitschek, Götz: Meuthen, Parteitag, Höcke, in: Sezession, 01.12.2020, URL: https://sezession.de/63663/meuthen-parteitag-hoecke [eingesehen am 10.06.2021].

37 Lichtmesz, Martin: Ethnopluralismus. Kritik und Verteidigung, Schnellroda 2020, S. 25.

38 Vgl. ebd., S. 25 f.

39 Scholdt, Günter: Brechts „Maßnahme" und die AfD, Schnellroda 2020, S. 8.

40 Ebd., S. 9.

41 Ebd., S. 8.

42 Ebd., S. 67.

43 Alle Zitate ebd., S. 63.

44 Ebd., S. 77.

45 Ebd., S. 78.

46 Ebd., S. 73.

47 Ganz ähnlich argumentiert Schüßlburner, Josef: Scheitert die AfD? Die Illusion der Freiheitlichkeit und die politische Alternative, Schnellroda 2020.

48 Zum Eklektizismus und der mehr als nur tendenziösen Auslegung von Scholdt, vgl. Gladic, Mladen/Thomalla, Erika: Literatur als Klartext. Wie Rechte lesen, in: Merkur, Jg. 75 (2021), Nr. 862, S. 5–15, hier S. 8 f.

49 Funke: Die Höcke-AfD.

Bauernopfer Andreas Kalbitz, seinem vormals treuen Flügelgefährten, wie vorher schon mit André Poggenburg seine Stellung mehr als gefestigt – von einem Parteiausschlussverfahren ist in der AfD schon länger keine Rede mehr. Vielmehr ist die Partei heute mehr denn je auf ihn angewiesen: „[O]hne ihn, erst recht gegen ihn ist keine Entscheidung der Partei mehr möglich"[50]. Die AfD ist somit längst auf Höcke-Kurs. Und diese Höcke-AfD sucht keine parteipolitische oder programmatische Mäßigung, sondern den weiteren Schulterschluss mit antiparlamentarischen, subkulturellen Kräften. Wie schon erwähnt, ist die Partei für Höcke nur Mittel zum Zweck, weshalb er auch sagt: „Auch die AfD wird irgendwann einmal erstarren. Und sie kann auch irgendwann meinetwegen einmal erstarren, aber bitte erst, nachdem sie ihre historische Mission erfüllt hat."51 Und diese Mission ist langfristig die Erringung der absoluten Mehrheit oder zumindest die AfD-Führung einer Koalitionsregierung mit CDU/CSU, die sich dem Kurs der AfD unterordnet, um letztlich mit einer gesamtrechten Bewegung die Gesellschaft zu verändern.

Ausblick

Die Auseinandersetzung um die weitere Entwicklung der AfD und ihre politisch-ideologische Ausrichtung offenbart ein grundlegendes Spannungsverhältnis in der neurechten Partei- und Organisationsfrage. Das Personengeflecht rund um das Institut für Staatspolitik hat von Beginn an die AfD als neue Parteiformation unterstützt, war dabei aber stets an ihrer Radikalisierung interessiert, damit die Partei nicht zu einem in sich abgeschlossenen Block verkomme, sondern das Bündnis mit antiparlamentarischen Kräften suche. Das neurechte Hadern mit der AfD liegt in einem historisch gewachsenen Urmisstrauen gegenüber Parteistrukturen begründet. Das IfS hat sich bereits 2007 in einer Studie unter dem programmatischen Titel „Parteigründung von rechts. Sind schlanke Strukturen möglich?" mit der Frage beschäftigt, „ob es möglich ist, eine bürgerliche Rechtspartei neben der CDU"[52] zu gründen. Die grundlegende Skepsis gegenüber Parteien wird hier bereits mehr als deutlich: Laut dem IfS gibt es zwar ein konstantes Wählerpotential zwischen 15 und 20 Prozent, das prinzipiell empfänglich für eine Partei rechts der Mitte ist. Die Gretchenfrage aber ist weiterhin, ob die Organisation dieser Wählerschaft auf Dauer dem genuinen Ziel näherkäme oder ob diese Parteistrukturen nicht neue Primate und Verlockungen setzen würden und damit vom eigentlichen Ziel abkämen. Die Antwort des IfS ist eindeutig: Dem Ziel einer „grundsätzlichen Änderung der politischen Institutionen der BRD" komme man allein mit Parteien nicht näher, denn: „Eine Partei, die in dem deutschen System etwas erreicht, trägt dieses System auch mit."[53] Von daher dürfe man sich nicht auf die reine Parteiarbeit konzentrieren und müsse den parlamentarischen Verlockungen gewissermaßen widerstehen. Hier zeigt sich ein ausgeprägtes Grundmisstrauen in Manier des klassischen Antiparlamentarismus (und Antiliberalismus) gegenüber Kollektivierungsformen, die das Risiko beinhalten, den vermeintlichen Willen der Massen zu verfälschen. Aus diesem Grund hadert das neurechte Netzwerk auch mit der AfD, die in dessen Augen lediglich Mittel zum Zweck sein könne. Die Fokussierung auf eine Bündnispolitik von antiparlamentarischen Kräften mit der AfD und deren Kurs der fundamentaloppositionellen Bewegungspartei verspricht aus neurechter Sicht zumindest, dem „Ehernen Gesetz der Oligarchie" des Soziologen Robert Michels (kurz gefasst: Das Streben nach Machterhalt verdrängt die idealis-

50 Ebd., S. 84.

51 Hier zit. n. Kellershohn, Helmut: AfD – Kampf zweier Linien. Über das Verhältnis von AfD und der Neuen Rechten, in: DISS-Journal 14.02.2017, FN. 17, URL: https://www.diss-duisburg.de/2017/02/helmut-kellershohn-afd-kampf-zweier-linien/ [eingesehen am 08.06.2021].

52 Institut für Staatspolitik: Parteigründung von rechts. Sind schlanke Strukturen möglich? Wissenschaftliche Reihe, Heft 10, Albersroda 2007, S. 3.

53 Beide Zitate ebd., S. 36.

tische Zielsetzung) im Parteiwesen entgegenzuarbeiten.[54] Von daher ist die AfD keineswegs der langersehnte Fluchtpunkt der Neuen Rechten, sondern lediglich ein temporär-instrumentelles Vehikel.

Diese ideengeschichtliche Dimension der Partei- und Organisationsfrage innerhalb der radikalen Rechten kann hier nicht weiter ausgeführt oder vertiefender berücksichtigt werden. An diesem Punkt sollten zukünftige Forschungen zur radikalen Rechten stärker ansetzen. Denn diese Dimension zeigt das ambivalente Verhältnis zwischen geistesgeschichtlicher Tradition der Ablehnung der Organisationsform Partei und realer Parteigeschichte am rechten Rand an. Beide Tendenzen bilden eine wechselseitige Dynamik zwischen Angebot und Nachfrage, ob in einer bestimmten gesellschaftlichen Lage der radikalen Rechten parteiliche Organisationsgebilde den jeweiligen Ansprüchen autoritärer Politik- und Gesellschaftsvorstellungen entsprechen.[55] Diese Dialektik prägt nicht zuletzt auch die Transformationsphasen der radikalen Rechten in der Bundesrepublik.[56] Cas Mudde betont, dass diese jeweilige „soziale Funktion"[57] herausgestellt werden muss, um die soziokulturelle Performanz der radikalen Rechten analysieren zu können.[58] Nach den Bundestagswahlen 2017 wurde erwartet, dass die Radikalisierung der AfD und ihr mehr fundamentaloppositioneller Kurs zu Einbußen bei ihrer Wählerschaft führen werde. Dies ist auch infolge der Corona-Krise nur bedingt eingetreten. Zwar konnte die Partei nicht in dem Maße von dieser Krise profitieren, wie zu Beginn alarmistisch befürchtet, allerdings deuten die Wahlen in Sachsen-Anhalt darauf hin, dass die AfD im Sommer 2021 auf eine gefestigte, ideologisch-überzeugte Stammwählerschaft setzen kann. In der Geschichte der radikalen Rechten in der Bundesrepublik war bisher stets die innerparteiliche Zerfleischung der verlässlichste Garant dafür, dass sich Parteien rechts der Mitte nie lange halten konnten. Diese Hoffnung hatten viele Beobachter auch zu Beginn der AfD. Doch wie sich die Rechtsaußenpartei weiterentwickelt, wird sich zeigen.

54 Vgl. Michels, Robert: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Leipzig 1911, S. 362.

55 Vgl. Mudde: Rechtsaußen, S. 70.

56 Vgl. Klose, Bianca/Richwin, Sven: Organisationsformen des Rechtsextremismus, in: Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 205–223.

57 Mudde: Rechtsaußen, S. 79.

58 Über die veränderte Rolle rechtsradikaler Parteien in der Corona-Krise siehe den Beitrag „Niedersächsische Rechtsparteien in Corona-Zeiten" in diesem Heft.

Literatur:

Backes, Uwe: Zum Weltbild der Neuen Rechten in Deutschland, Analysen & Argumente Nr. 321, Konrad Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin 2018.

Beyme, Klaus von: Right-Wing Extremism in Western Europe, in: West European Politics, Jg. 11 (1988), H. 2, S. 1–18.

Botsch, Gideon: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Darmstadt 2012.

Finkbeiner, Florian: Armin Mohler und die Frühgeschichte der „Neuen Rechten" in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Wandel von Konservatismus, Nationalismus und Rechtsextremismus, in: Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus- und Terrorismusforschung 2015/2016 (I), Brühl 2016, S. S. 209–233.

Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina/Geiges, Lars: Rechtsradikalismus in Niedersachsen. Akteure, Entwicklungen und lokaler Umgang, Bielefeld 2019.

Funke, Hajo: Höcke will den Bürgerkrieg, in: ZEIT ONLINE, 24.10.2019, URL: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-10/rechtsextremismus-bjoern-hoecke-afd-fluegel-rechte-gewalt-faschismus [eingesehen am 10.06.2021].

Funke, Hajo: Die Höcke-AfD. Vom gärigen Haufen zur rechtsextremen „Flügel"-Partei, Hamburg 2020.

Gladic, Mladen/Thomalla, Erika: Literatur als Klartext. Wie Rechte lesen, in: Merkur, Jg. 75 (2021), Nr. 862, S. 5–15.

Höcke, Björn/Hennig, Sebastian: Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig, Lüdinghausen/Berlin 2018.

Institut für Staatspolitik: Parteigründung von rechts. Sind schlanke Strukturen möglich?, Wissenschaftliche Reihe, Heft 10, Albersroda 2007.

Jesse, Eckhard: Das Auf und Ab der NPD, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 42/2005, S. 31–38.

Jesse, Eckhard: Das Aufkommen der Alternative für Deutschland. Deutschland ist kein Ausnahmefall mehr, in: Brinkmann, Heinz Ulrich/Panreck, Isabelle-Christine (Hrsg.): Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften, Wiesbaden 2019, S. 97–132.

Kaltefleiter, Werner: Wirtschaft und Politik in Deutschland. Konjunkturen als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems, Köln 1968.

Kellershohn, Helmut: AfD – Kampf zweier Linien. Über das Verhältnis von AfD und der Neuen Rechten, in: DISS-Journal 14.02.2017, FN. 17, URL: https://www.diss-duisburg.de/2017/02/helmut-kellershohn-afd-kampf-zweier-linien/ [eingesehen am 08.06.2021].

Kellershohn, Helmut: Systemkritik oder politischer Pragmatismus?, in: Der rechte Rand (Hrsg.): Das IfS. Faschist*innen des 21. Jahrhunderts. Einblicke in 20 Jahre „Institut für Staatspolitik", Hamburg 2020, S. 119–124.

Klose, Bianca/Richwin, Sven: Organisationsformen des Rechtsextremismus, in: Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 205–223.

Kopke, Christoph: Die Aktion Widerstand 1970/71: Die „nationale Opposition" zwischen Sammlung und Zersplitterung, in: Livi, Massimiliano/Schmidt, Daniel/Sturm, Michael (Hrsg.): Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter. Frankfurt a. M./New York 2010, S. 249–262.

Kubitschek, Götz: Die Spurbreite des schmalen Grats 2000–2016, Schnellroda 2016.

Kubitschek, Götz: Meuthen, Parteitag, Höcke, in: Sezession, 01.12.2020, URL: https://sezession.de/63663/meuthen-parteitag-hoecke [eingesehen am 10.06.2021].

Kubitschek, Götz: Foul, Werner Patzelt?, in: Sezession, 08.03.2021, URL: https://sezession.de/64057/foul-werner-patzelt [eingesehen am 10.06.2021].

Lichtmesz, Martin: Ethnopluralismus. Kritik und Verteidigung, Schnellroda 2020.

Michels, Robert: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Leipzig 1911.

Minkenberg, Michael/Sündermann, Teresa: Das Verhältnis von AfD und rechtsradikalen Bewegungen in Brandenburg. Der Fall Zukunft Heimat in Cottbus, in: Botsch, Gideon/Schulze, Christoph (Hrsg.): Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus 1990–2020, Berlin 2021, S. 245–269.

Mudde, Cas: Rechtsaußen. Extreme und radikale Rechte in der heutigen Politik weltweit, Bonn 2021.

Patzelt, Werner: In Sachen AfD. Mit Vernunft und Maß, in: Junge Freiheit 8/2021, URL: https://jungefreiheit.de/debatte/forum/2021/mit-vernunft-und-mass/ [eingesehen am 19.03.2021].

Salzborn, Samuel: Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten, Weinheim 2017.

Stein, Dieter: „Ein politisches Kolleg als Vision". Gespräch mit Karlheinz Weißmann über die Bedeutung wissenschaftlicher Arbeit, in: Junge Freiheit 45/1999, S. 3.

Schmollinger, Horst W.: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, in: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 4, Opladen 1986, S. 1922–1994.

Scholdt, Günter: Brechts „Maßnahme" und die AfD, Schnellroda 2020.

Schüßlburner, Josef: Scheitert die AfD? Die Illusion der Freiheitlichkeit und die politische Alternative, Schnellroda 2020.

Stöss, Richard: Der rechte Rand des Parteiensystems, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 563–618.

Wagner, Thomas: Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten, Berlin 2017.

Waldstein, Thor: Metapolitik. Theorie, Lage, Aktion, Schnellroda 2015.

Weiß, Volker: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017.

Weißmann, Karlheinz: Rückruf in die Geschichte. Die deutsche Herausforderung. Alte Gefahren – Neue Chancen, Berlin/Frankfurt a. M. 1993.

Weißmann, Karlheinz: Der Weg in den Abgrund. Deutschland unter Hitler 1933–1945, Frankfurt a. M. 1995.

Weißmann, Karlheinz: Kurze Geschichte der konservativen Intelligenz nach 1945, Schnellroda 2011.

Weißmann, Karlheinz: Nation. Eine Begründung, Neuauflage, Schnellroda 2020 [2001].

Weißmann, Karlheinz: Wer ist rechts? Versuch einer Typologie, Berlin 2020.

Zimmermann, Ekkart/Saalfeld, Thomas: The Three Waves of West German Right-Wing Extremism, in: Merkl, Peter H./Weinberg, Leonard (Hrsg.): Encounters with the Contemporary Radical Right, Oxford 1993, S. 50–74.

Dr. Florian Finkbeiner, geb. 1988, Projektkoordinator der FoDEx-Forschungsstelle am Institut für Demokratieforschung und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Rechtsradikalismus. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politische Ideengeschichte, Konservatismus und Rechtsradikalismus sowie Parteien- und Politische Kulturforschung.

Podcast der

BUNDESFACHSTELLE

LINKE MILITANZ

Podcast der Bundesfachstelle Linke Militanz

Wissenschaftliche Erkenntnisse direkt ins Ohr!

Im Podcast der Bundesfachstelle Linke Militanz erfahren Sie spannende Informationen zu aktuellen linksradikalen Themen und Entwicklungen. Dabei kommen nicht nur Mitarbeiter'*innen der Bundesfachstelle zu Wort, sondern auch externe Expert*innen. Der Podcast bietet Interessierten die Möglichkeit, sich mit Themen wie „Antifa" oder „Häuserkampf" zu beschäftigen oder auch mit Fragen und Herausforderungen der politischen Bildung im Untersuchungsbereich.

Der Podcast kann frei zugänglich auf der Homepage der Bundesfachstelle Linke Militanz gehört werden.

Referenz: Homepage der Bundesfachstelle Linke Militanz, Veröffentlichungen/Podcast; Podcast | Bundesfachstelle Linke Militanz (linke-militanz.de)

Impressum

Verantw. i. S. d. nieders. Pressegesetzes:
Dr. Katharina Trittel
Institut für Demokratieforschung der
Universität Göttingen
Weender Landstraße 14
37073 Göttingen
Tel.: +49 551 39 1701-00
Fax: +49 551 39 1701-01

Redaktion:
Dr. Katharina Trittel / Philipp Scharf

Gestaltung, Satz:
Katja Töpfer

Lektorat:
Philipp Heimann

Die „Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen" wird gefördert vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport.

Schrift:
Kanit Font, Cadson Demak [http://cadsondemak.com/], 2015, SIL Open Font License v1.10 [http://scripts.sil.org/cms/scripts/page.php?item_id=OFL_web]

Rechte
Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz.

© 2021 Universitätsverlag Göttingen
http://univerlag.uni-goettingen.de

ISSN (Print) 2568-0641
ISSN (Online) 2748-0127

doi:10.17875/gup2021-1767

FoDEx

Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen

www.fodex-online.de

If|Dem

Institut für Demokratieforschung Göttingen

www.demokratie-goettingen.de